

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 10. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein Mahnruf des Elends.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando, vierteljährlich 3,30 RM, monatlich 1,10 RM, täglich 38 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummern mit Malstrich. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Behält für die sechsgeheiligte Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für vollstehende und gemeinschaftliche Vereins- und Bekannlichungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 35 Buchstaben zählen für zwei Worte. Preisliste für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Um dieselbe Zeit, als die neugierigen Gaffer und byzantinischen Spitzbuben gestern den Linden aufstrebten, um prunkvolle Hofequipagen und mittelalterlich aufgeputzte Lakaien zu bewundern, zogen die Arbeitslosen nach den Versammlungsorten, um die Vertreter der herrschenden Gesellschaft an die Einlösung einer sozialen Schuld zu mahnen. — Dort ein bürgerliches Publikum, gut gekleidet und gefittigt und freudig erregt, wenn es auch nur von fern zuschauen darf, wo sich ein Teil eines höfischen Festes auf offener Straße abspielt. — Hier eine nach vielen Tausenden zählende Volksmenge in Alltagsgewändern, oft nur dürftig gegen die Winterkälte geschützt, mit leerem Magen oder nur notdürftig gefittigt, die dem Schaugepränge unter den Linden verächtlich den Rücken kehren und ihr Recht auf Arbeit fordern. — Während die Vertreter der städtischen Behörden mit dem Oberbürgermeister an der Spitze am Brandenburger Tor laubend einen Gast des Kaisers begrüßten, wurden dieselben Behörden in fünfzehn überfüllten Versammlungen von Arbeitslosen daran gemahnt, daß eine Gemeindevertretung wie die Berlins doch noch höhere Aufgaben zu erfüllen hat, als bei Hoffestlichkeiten auf Kommando Glückgratbegewungen vor fremden Potentaten auszuführen, und daß gerade jetzt, wo ein großer Teil der Einwohner Berlins Not leidet, die Mittel der Steuerzahler besser angewandt werden können als zum Kauf hunderter Papiergirlanden und ähnlichem Tand.

Seit Jahr und Tag lastet der Druck einer schweren wirtschaftlichen Krise auf dem Proletariat. Einen ungeheuren Umfang hat die Arbeitslosigkeit angenommen. Noch ist kein Ende der Not und des Elends abzusehen, welche die Krise über hunderttausende von Arbeitern verhängt hat. Seit Jahr und Tag fordern die Arbeitslosen, fordern die Vertreter der Arbeiterschaft in den Gemeindebehörden Groß-Berlins, daß Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit getroffen werden. Die bürgerliche Gesellschaft ist schuld an der Krise mit all ihren schlimmen Folgen für die Arbeiter. Wehrlos wie dem Willen einer Elementarmacht stehen die Arbeiter den verheerenden Wirkungen der Krise gegenüber. Sie können dieselben nicht von sich abwenden. Wohl aber können Staat und Gemeinde viel zur Verringerung der Not tun. Nicht durch Hergabe von Almosen, die Arbeiter wollen keine Almosen, Arbeit wollen sie. Und die Behörden können in gewissem Umfang Arbeit und Verdienst schaffen für diejenigen, welche durch eine sinnlose Wirtschaftsordnung zur Arbeitslosigkeit, das heißt zum Hungern verurteilt sind. — Staat und Gemeinde haben die Pflicht, in dieser Weise den Arbeitslosen zu helfen, denn es liegt ein Notstand vor, unter dem Tausende und Abertausende leiden, ohne daß sie auch nur die geringste Schuld an dem Notstande haben und ohne daß sie imstande sind, aus eigener Kraft die Not von sich abzuwenden.

Seit Jahr und Tag sind derartige Forderungen an die Behörden gestellt worden. Was haben sie in dieser Hinsicht getan? — So viel wie nichts. Hier und da einige unzureichende Maßnahmen, im großen und ganzen aber stehen Staat und Gemeinde dem Problem der Arbeitslosigkeit unbefähigt und auch nicht mit dem ernststen Willen, wirklich zu helfen, gegenüber. Ja, man will nicht einmal glauben, daß die Arbeitslosigkeit den großen Umfang angenommen hat, für den die Arbeiter aus eigener Anschauung täglich neue Beweise liefern. In echt bürokratischer Weisheit will man erst den Umfang des Übels feststellen, ehe man zugibt, daß Maßnahmen zur Bekämpfung desselben notwendig sind. Aus diesem Gedanken entstand die Arbeitslosenzählung im November vorigen Jahres. Das System, nach dem sie vorgenommen wurde, war so mangelhaft, daß der wirkliche Umfang der Arbeitslosigkeit auch nicht annähernd festgestellt werden konnte. Die organisierte Arbeiterschaft schlug ein besseres System vor — die Zählung durch Hauslisten — und erbot sich, die dazu erforderlichen Arbeitskräfte zu stellen. Vergebens — Mißtrauen gegen die organisierte Arbeiterschaft sowie der stille Wunsch, es möge nur ja nicht die volle Wahrheit über die erschreckende Ausdehnung der Arbeitslosigkeit an den Tag kommen, veranlaßten die Behörden, die Zählung nach dem Meldebestem, welches sich im November als unbrauchbar erwies hatte, auch bei der von ihnen in Aussicht genommenen nächsten Zählung anzuwenden. Das aber werden die organisierten Arbeiter nicht wieder mitmachen. Aus eigener Kraft nehmen sie in den nächsten Tagen eine Arbeitslosenzählung vor und führen damit ein Werk aus, vor dem sich die Behörden, die es eigentlich ausführen müßten, scheuen. — Auf diese Arbeitslosenzählungen aufmerksam zu machen und gleichzeitig die Forderungen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit aufs neue an die Behörden zu stellen, war der Zweck der Versammlungen. Wieder ertönte der Mahnruf an die berufenen Vertreter der heutigen Gesellschaftsordnung: Tut, was in euren Kräften steht, um die Not der Arbeitslosigkeit zu mildern. Helft denen, die durch euer System, durch die kapitalistische Wirtschaft, in große Not, in namenloses Elend gestürzt sind. Schafft Arbeit und

Brot für die Opfer des sinnlosen Systems, vor deren höchsten Spitzen die berufenen Vertreter des Bürgertums heute, in Ehrfurcht erstorbend, den Rücken beugen.

Der Besuch der Versammlungen war durchweg ein sehr starker. Und doch war es nur ein kleiner Teil der Arbeitslosen, der sich hier eingefunden hatte, um seine Forderungen an Staat und Gemeinde geltend zu machen. Meist waren es Arbeiter, die noch nicht allzusehr von der Not betroffen sind, die trotz allem Elend ihrer augenblicklichen Lage noch Sinn und Verständnis haben für die Bestrebungen des Klassenbewußten Proletariats. Diejenigen, die durch lange Arbeitslosigkeit in tiefste Not geraten und infolgedessen gleichgültig geworden sind gegen alles, was sie nicht unmittelbar persönlich berührt, mögen auch am Dienstagmorgen der Jagd nach Arbeit nachgegangen und deshalb nicht in die Versammlungen gekommen sein. Trotzdem herrschte in den meisten Versammlungsorten drückende Fülle. Wohl am stärksten war der Andrang im Gewerkschaftshaus. Im Saal und auf den Galerien standen die Besucher dicht zusammengedrängt, und viele, die noch Einlaß begehrten, mußten umkehren, weil es schlechterdings nicht möglich war, noch ein Plätzchen zu bekommen. — Auch der Freyerische Saal in der Kopenstrasse war in gleicher Weise überfüllt, ebenso die sehr geräumigen Säle in der Bielestrasse (Prachtäle Nordwest), der Badstrasse (Vollschmieders Salon). Obgleich Saal in der Schwedter Straße reichlich bei weitem nicht aus, um die Erschienenen aufzunehmen. An den offenen Saaltüren standen die Zuhörer dicht gedrängt auf dem Hofe, um so an der Versammlung teilzunehmen. Auch der Hofjägerpalast in der Hasenheide sowie der Saal der Drahenburg vor dem Schlesienschen Tor waren vollständig gefüllt.

Die Polizei machte sich wenig bemerkbar. Vor manchen Lokalen war überhaupt kein preussischer Ordnungshüter zu sehen, weshalb denn auch hier die Ordnung nicht gestört wurde. — Vor der Vordrauererei II in der Chausseestrasse war die Polizei durch einige Beamte vertreten, die den Saal absperrten, obwohl noch viele Stehplätze hätten besetzt werden können. Einige Hundert Arbeitslose, die nicht mehr in den Saal gelassen wurden, warteten auf der Straße das Ende der Versammlung ab. — Auch vor dem Vollschmiederschen Lokal in der Badstrasse und vor dem „Hofjäger“ in der Hasenheide hielten sich einige Schuppleute auf.

Die Versammlungen in den Vororten nahmen einen ähnlichen Verlauf.

Alle Versammlungen nahmen folgende Resolution an:

Obwohl feststand, daß in diesem Winter die Arbeitslosigkeit in besonders starker Weise eintreten werde, haben die Kommunen und der Staat so gut wie nichts getan, um die verheerenden Wirkungen der Krise abzumildern.

Allgemeine, zu nichts verpflichtende Redensarten hatte der Berliner Oberbürgermeister für die Arbeitslosen, als eine Deputation ihn aufsuchte. Im übrigen überläßt man die Hungernden der Armenkommission und der Verzweiflung.

Die Krise würde sich noch weit schroffer und vernichtender unter der Arbeiterschaft äußern, wenn nicht die gewerkschaftlichen Organisationen das Bestreben der Arbeitgeber, die Situation auszunutzen und die Löhne auf das niedrigste Niveau herabzubringen, einigermassen verhinderten.

Die versammelten Arbeitslosen machen nochmals Staat und Kommune darauf aufmerksam, daß es deren ureigenste Pflicht ist, der herrschenden Not — so weit es irgend in ihrer Kraft steht — abzuhelfen, wenn sie nicht wollen, daß dauerliche Verzweiflungsausbrüche der Hungernden gereizt werden.

Die Versammelten weisen jedoch jede Hilfe zurück, die ihnen in der entehrenden Form der Armenunterstützung gewährt werden soll.

Alle Anwesenden sind sich klar bewußt, daß die Arbeitslosigkeit keine zufällige Erscheinung ist, sondern begründet ist in dem herrschenden kapitalistischen System. Alle Hilfe kann deshalb auch nur über den argsten augenblicklichen Notstand hinweghelfen. Eine gründliche Abhilfe ist nur möglich durch eine vollständige Aenderung des herrschenden Systems im Sinne der sozialdemokratischen Weltanschauung.

Die Versammelten versichern weiter ihre tätige Mithilfe bei der Arbeitslosenzählung am Freitag und am Sonntag. Sie werden alles aufbieten, damit sich jeder Arbeitslose an der Zählung beteiligt, so dokumentierend, wie entsetzlich groß die Not und das Elend in der Arbeiterbevölkerung grassiert.

Die Polizei hatte ihre Mannschaften meist nach den Linden beordert, um das gaffende und hurrahschreiende Publikum in Ordnung zu halten. Die Arbeitslosenversammlungen hat sie in der Hauptsache sich selbst überlassen.

Strafendemonstrationen.

Obgleich seitens der Arbeitslosen Strafendemonstrationen nicht geplant waren, kam es doch an manchen Stellen spontan zu solchen. Aus Freyers Festsälen in der Kopenstrasse wälzte sich um 11 Uhr ein dicker schwarzer Menschenstrom. Die imposante Versammlung hatte ihr Ende erreicht. Draußen stand ein Polizeioffizier mit einem halben Dutzend Schuppleuten, die beobachteten, wie die Menge sich nach der Großen Franzfurter Straße hin ergoß und dort einen stillen Zug bildete. Arbeiterlieder wurden angestimmt, Rufe ertönten: „Nieder mit Bülow!“ „Noch das

freie Wahlrecht!“ Der Zug bewegte sich ungehindert nach dem Strausberger Platz zu und von dort bis zur Markussstraße. Nachfahrende Polizisten jagten vorüber, die anscheinend Meldung über die Richtung und die Stärke des Zuges erteilt hatten. Die Polizei verhielt sich aber zurückhaltend, war fast gar nicht zu sehen; selbst da, wo der Zug Polizeiwachen passierte, zeigte sich kein Schutzmännchen. Der Zug bewegte sich die Markussstraße entlang, über die Michaelbrücke durch die Michaelkirchstraße nach dem Gewerkschaftshaus am Engel-Ufer. Überall erregte die Demonstration großes Aufsehen, mächtig ertönten die Parzellirufe und andere Arbeitergesänge. Eine freudige Begrüßung fand am Engel-Ufer statt, als der Zug aus der Kopenstrasse nach den Massen begegnete, die im Gewerkschaftshaus versammelt waren. Verstärkt durch die neue Menge, zogen die Demonstranten die Kopenstrasse entlang nach der Prinzenstraße zu. Hier fanden sie auf der anderen Seite der Prinzenstraße, nach der inneren Stadt zu, den Weg versperrt durch eine dichte Reihe von Schuppleuten. Nun ging es über den Moritzplatz die Oranienstraße entlang nach der Lindenstraße zu, wo die allmählich auf 4000 Köpfe angewachsene Menge vor dem „Vorwärts“-Gebäude eine Ovation darbrachte.

Auf dem Wege kamen einige kleine Ausbrechungen vor. Von einzelnen Wagen, besonders von Omnibussen, wurden die Fahnen heruntergerissen. Dadurch entstand oftmals ein Lärm, der ängstliche Gemüter erbeben machte, der aber ebenso schnell vorüberzog und weiter keine Folgen hatte, als daß einige Fahnenstücke zerbrochen und etwas Fahnenzeug zerrissen wurde. Das war die einzige Unordnung in dem Demonstrationenzuge, der ungehindert durch die Polizei sich in der vollen Breite der Straße ergoß. Die Fuhrwerke, die Elektrische konnten überall ungehindert passieren, wenn auch natürlich mit etwas verminderter Geschwindigkeit. Vom „Vorwärts“-Gebäude aus bog der Zug in die Junfermannstraße ein und begegnete in der Markgrafstrasse dem von den Festlichkeiten „Unter den Linden“ zurückkehrenden Militär. Hier war die Begrüßung eine feindselige. Ein durchdringendes allgemeines Pfeifen erhob sich. Eine Militärkapelle setzte ein: „Heil Dir im Siegerkranz.“ Schwer und mäßig antwortete der Gesang: „Wir sind die Arbeitsmänner, das Proletariat!“

Durch das Militär wurde der Zug in zwei Teile zerschnitten, die sich auf beiden Seiten der Markgrafstrasse in der Richtung nach den „Linden“ zu fortbewegten. Bis nach dem Gendarmen-Markt kam der Zug noch in imponierender Stärke; an der Taubenstraße teilte er sich und bildete kleinere Trupps. Hier trat überall Polizei auf und verhinderte ein geschlossenes Weitermarschieren. In einigen Fällen kam es auch zu Zusammenstößen; an der Tauben- und Friedrichstraße wurde ein Mann schwer verletzt. Nach den „Linden“ waren die Zugänge an der Wehnsenstraße überall abgesperrt; das Publikum wurde von der Polizei gemustert oder sozusagen „gefißt“, kein Trupp von Arbeitslosen hätte da hindurchbringen können, aber diese hatten es auch gar nicht auf die „Feststrasse“ abgesehen. Sie konnten mit ihrer Demonstration außerhalb der „Feststrasse“ zufrieden sein.

Nach dem Friedhof der Märzgefallenen.

Weiter wird uns berichtet, daß von der Vordrauererei in der Chausseestrasse aus ein größerer Zug von Arbeitslosen durch die Invaliden-, Brunnen-, Müng-, bis an die Kaiser-Wilhelm-Straße zog. Dort trat ihnen ein starkes Schutzmännchen entgegen. Um einen Zusammenstoß zu vermeiden, bog der Zug links ab. Dort gab aber schon der Polizeioffizier, der sehr aufgeregt war, Befehl, Schuppenletten herunterzunehmen und blank zu ziehen, und gleich schlugen die Schuppleute mit blanker Klinge auf die wehrlose Menge ein. Diese sammelte sich jedoch bald wieder und zog über den Alexanderplatz nach dem Friedhof der Märzgefallenen. Dort 800 Personen hatten sich mittlerweile angeschlossen. Auf dem Friedhof hielt einer der Demonstranten eine kernige Ansprache, in der er auf die hohe Bedeutung der jetzigen Kämpfe hinwies und die braven Toten, die unter den Hügeln schlummerten, als leuchtende Vorbilder im Kampfe um Volksrechte pries. Dann zog die lange Kette der Arbeitslosen entblößten Hauptes und in musterhafter Ordnung an den Gräbern vorüber und von da nach der Lothringer Straße. Vorn an der Spitze des Zuges wehte mit einem Male eine Fahne, deren leuchtendes Rot sich hell und freundlich von dem dunklen Waffenzuge abhob. An der Alten Schönhofstrasse, Ecke Lothringer Straße, ertönte der Zug eine kleine Störung. Dort sprang ein Mann in die Menge, entriß dem Träger die Fahne und wollte diesen — arrelieren! Die Fahne wurde dem Wiederholer wieder abgenommen, wobei er allerdings einige fühlbare Liebesbezeugungen in Kauf nehmen mußte. Er flüchtete darauf in ein Lokal und drohte mit dem Revolver in der Faust, jeder, der näherkäme, niederzuschießen. Als der Zug etwa 30 Schritte weitergekommen war, tauchten plötzlich wieder eine Anzahl Schuppleute auf und hieben mit der Waffe blindlings ein. Auch einige Sistierungen wurden vorgenommen. Am Hochplatz wurde nochmals eine Ansprache gehalten, dann löste sich der Zug in aller Ruhe auf.

Polizei-Mantaffen.

Wolffs Bureau bringt über die Demonstrationen folgenden merkwürdigen offiziellen Bericht: Berlin, 9. Februar. Die Versammlungen der Arbeitslosen, die auf heute vormittag 10 Uhr angesetzt waren, sind durch-

beg nur schwach besucht gewesen. Nur nach Kellers Festfällen in der Kopenstrasse machte sich ein starker Zug bemerkbar. Die Lokale waren von etwa 6000 Personen besetzt, während sie etwa 8000 fassen konnten. Ueber 1000 Personen wurden nur im Gesellschaftshaus und in Kellers Festfällen gezählt. Außerdem waren drei Versammlungen im Osten und drei im Norden angelegt. Es war beschlossen worden, die Versammlungen um 11 Uhr zu schließen; im Norden und Osten geschah das auch. Nach Schluß der Versammlung bei Keller versuchten etwa 1000 Personen nach dem Stadtinnern zu ziehen. Das Ziel war diesmal nicht das Schloß, sondern das Rathaus. Der Zug wurde durch die Polizei abgedrängt und schwenkte nach dem Gesellschaftshaus. (Gemeint ist das Gesellschaftshaus, Red. d. B.) Inzwischen war dort die Versammlung ebenfalls geschlossen worden und die Besucher beider Lokale vereinigten sich etwa am Marktplatz, durchzogen die Orianenstrasse, konnten aber schließlich von der Polizei nach dem Wilhelmplatz abgelenkt werden. Dieser Zug hat nicht nur erhebliche Verkehrsstörungen verursacht, sondern die Mitglieder — meistens Janhagel — haben Omnibusse und Straßenbahnwagen attackiert und ihres Fahnerschmuckes beraubt. Dabei sind zwei Personen verletzt worden. Der andere Zug vom Norden ging mit viel geringerer Stärke in kleineren Gruppen nach dem Stadtinnern, wurde aber nach dem Alexanderplatz abgedrängt. Hier ordneten sich die Gruppen zu einem sehr starken Zug, der versuchte, von der Zentralmarkthalle aus nach dem Rathaus durchzubrechen. Die Arbeiter der Zentralmarkthalle stellten sich aber ihnen entgegen und trieben sie mit Besenstielen und Schaufeln auseinander. Die anderen Versammlungen in Moabit schlossen etwa um 11 Uhr. Die Teilnehmer gingen dann rechtlich auseinander.

Zunächst fällt an dem Bericht die merkwürdige Behauptung auf, es sei beschlossen worden, die Versammlungen um 11 Uhr zu schließen. Woher weiß die Polizei das? Den Leitern der Versammlungen war jedenfalls von solchem Beschluß nichts bekannt. Sonst wäre natürlich derselbe auch innegehalten worden. Auch die Behauptung, das Ziel derzüge sei diesmal das Rathaus gewesen, enttarnen eine allzu lebhaften Polizeiphantasie. In Wirklichkeit war nicht das geringste geplant; es wurde im Gegenteil von den Versammlungsleitern ausdrücklich vor Demonstrationen gewarnt, und ohne die Ungeschicklichkeit der Polizei, welche die das Lokal verlassenden Besucher der Kopenstrassen-Versammlung mit denen des Gesellschaftshauses zusammentrieb und so den Zug aus dem Osten selbst formierte, wäre der Hauptzug der Demonstration gar nicht zustande gekommen.

Die Versammlungen sollten ausschließlich dem Zwecke dienen, die demnächst vorzunehmende Arbeitslosenzählung so in die Wege zu leiten, daß man in der Lage ist, ihr Resultat auch als ein wirklich den Tatsachen entsprechendes bezeichnen zu können. Damit ist auch die Antwort auf die weinerliche Frage des „Tageblatts“ gegeben: „Was kann der König von England dafür, daß es in Berlin eine Armee von Arbeitslosen gibt?“ Die Arbeitslosenzählung, zu deren Vorbereitung die Versammlungen gehörten, ist lange geplant — das sollte man selbst in der Redaktion des „Berliner Tageblatts“ wissen —, ehe ein Mensch etwas von Unkel Edes Besuch in Berlin wußte. Auch die Daten sind zu einer Zeit festgelegt, als man davon noch keine Ahnung hatte. Was können die Berliner Arbeitslosen dafür, daß der König von England nach Berlin kommt? Was kann sich die Polizei und mit ihr das „Berliner Tageblatt“ gesagt sein lassen: Wenn die Sozialdemokratie die Absicht gehabt hätte, das Familien-Idyll unter den Linden zu stören, dann hätten alle schönen Vorbereitungen der Polizei und alle Bedenken des braven „Tageblatts“ sie nicht davon abgehalten. Wir haben aber schon bei Gelegenheit erklärt, daß wir, die wir das Recht zur Demonstration für uns fordern, auch das Demonstrationsrecht anderer achten. Die Polizei und das „Berliner Tageblatt“ wissen, daß ohne diese unsere Haltung jede sogenannte patriotische Kundgebung in Berlin unmöglich wäre. Im vorliegenden Falle ist aber noch am Dienstag durch ein Mitglied des Aktionsausschusses im „Vorwärts“ ausdrücklich ersucht worden, sich diesem dynastischen Familienfeste fernzuhalten!

Was nun die Ausschreitungen bei den Umzügen der Arbeitslosen anlangt, die übrigens von der bürgerlichen Presse sehr übertrieben dargestellt werden, so bedauert sie niemand mehr als wir. Wer kann aber in einem Zeitalter, wo Witmenschen wie Draber, Raffabe usw. mit russischen Orden dekoriert werden, die Verantwortung für jeden Teilnehmer eines solchen Umzuges übernehmen? Die Sozialdemokratie doch zu allerletzt!

Ein Abkommen über die Marokkofrage.

Die wir vor einiger Zeit mitteilten, waren zwischen der deutschen und französischen Regierung Verhandlungen begonnen worden, die jetzt zu einer Verständigung über die Marokkofrage geführt haben. Offiziell wird darüber gemeldet:

Sieute vormittag ist nach der Rückkehr des französischen Votischasters Cambon aus Paris im Auswärtigen Amt von dem Staatssekretär Freiherrn v. Schoen und dem Votischaster nachstehendes Abkommen unterzeichnet worden:

Die kaiserliche deutsche Regierung und die Regierung der französischen Republik sind, geleitet von dem gleichen Wunsch, die Ausführung des Vertrages von Algeciras zu erleichtern, übereingekommen, die Bedeutung, die die diesen Bestimmungen belegen, genauer festzustellen, um künftig jeden Anlaß zu Mißverständnissen zwischen ihnen zu vermeiden.

Demgemäß ist einerseits die Regierung der französischen Republik, die an der Wahrung der Integrität und der Unabhängigkeit des Scherifischen Reiches unbedingt festhält, entschlossen, die wirtschaftliche Gleichberechtigung aufrechtzuerhalten und demzufolge den deutschen Handels- und gewerblichen Interessen daselbst nicht entgegenzuwirken. Andererseits ist die kaiserliche deutsche Regierung, welche in Marokko ausschließlich wirtschaftliche Interessen verfolgt, und die anerkennt, daß die besonderen politischen Interessen Frankreichs mit der Sicherung von Ordnung und Frieden daselbst eng verknüpft sind, bestimmt gewillt, diesen Interessen nicht entgegenzuwirken.

Beide Regierungen erklären, daß sie keine Maßregel ergreifen noch ermitteln werden, die geeignet wäre, zu ihren eigenen Gunsten oder zugunsten irgend einer Macht wirtschaftliche Vorrechte zu schaffen, und daß sie trachten werden, ihre Staatsangehörigen an denjenigen Geschäften gemeinsam zu beteiligen, deren Ausführung diesen übertragen werden sollte.

Spät kommt es, doch es kommt, dieses Abkommen, das die Sozialdemokratie in Deutschland wie in Frankreich seit Beginn des leidigen Marokkoabenteuers unablässig gefordert hat. Den Standpunkt, den wir von allem Anfang an vertreten haben, daß Deutschland in Marokko nur wirtschaftliche Interessen zu verfolgen habe, die durch die

Garantie der offenen Tür völlig gewahrt werden, hat nun endlich auch die deutsche Regierung akzeptiert, und nur dadurch ist ihr endlich ein befriedigender Abschluß einer unverständigen und gefährlichen Politik geglückt, die Deutschland viel Leid und keinen Vorteil gebracht hat. Die Politik der Hasenheide hat in dieser Frage ihre Ueberlegenheit über die Politik der Wilhelmstraße eklatant bewiesen.

Das Abkommen hält sich im Rahmen der Algecirasakte, deren „authentische Interpretation“ es darstellt. Indem es ausdrücklich die „politischen Interessen Frankreichs“ anerkennt und für Deutschland nur wirtschaftliche Interessen gelten läßt, befreit es Deutschland von der Gefahr, sich in Marokko in koloniale Abenteuer einzulassen, die nicht nur neue Opfer, sondern eine Gefährdung des europäischen Friedens bedeuteten hätten. Zugleich schafft es einen Konfliktstoff aus der Welt, der die Spannung zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und seinen Verbündeten auf der anderen Seite bis ins Unerträgliche gesteigert, und zweimal bereits hart an den Abgrund eines europäischen Krieges vorbeigeführt hat.

Für die deutsche Regierung bedeutet das Abkommen den Abschluß einer der funlofesten und verworrensten Abschnitte ihrer auswärtigen Politik. Die deutsche Marokkopolitik war nichts als eine ununterbrochene Kette von Mißgriffen und Gefahren. Sie hat dem deutschen Ansehen um so mehr geschadet, als sie jede Einheitlichkeit, Zuverlässigkeit und Geradheit vermissen ließ, wie eben eine Politik, die von dem Treiben unverantwortlicher Ratgeber fortwährend durchkreuzt wird. Um des Marokkophantoms willen ist unser Verhältnis zu den Westmächten immer schlechter geworden, ist die Gelegenheit, mit Frankreich schon längst zu einer allgemeinen Verständigung zu gelangen und dadurch den englischen Ententen jede Schärfe gegen Deutschland zu nehmen, verjämmt worden. Jetzt hat die steigende Not unserer auswärtigen Politik unsere Regierenden zu einer Einsicht gezwungen, die früher befolgt zu größeren und wichtigeren Resultaten hätte führen können.

In der deutschen Presse wird das Abkommen, mit Ausnahme natürlich der alldutschen Organe, günstig aufgenommen. Sehr warm begrüßt die französische Presse und ebenso die französischen Parlamentarier den Abschluß der Verhandlungen. Auch die englische Presse begrüßt die Verständigung mit Freude.

Die Kompromiß-Subkommission.

In unseren gestrigen Erörterungen zur Lage der Dinge in der Finanzkommission des Reichstags haben wir vorausgesetzt, die Freisinnigen würden ihrem konservativen Vorkandidaten eine goldene Brücke bauen helfen, auf der das Nachlasssteuerkompromiß zurückgeschickt werden kann. Und in der Tat haben die Liberalen am Dienstag dem Antrage zugestimmt, die Vorlage (somit den Anträgen zur Reichsvermögens- bezw. Einkommensteuer, ev. Erhöhung der Patrimonialbeiträge) einer Subkommission zu überweisen! Der Antrag wurde mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen, nachdem Wiener im Namen der Freisinnigen erklärt hatte, sie würden nur dann auf die Nachlasssteuer verzichten, wenn der Beschluß in anderer Form mit herangezogen würde (namentlich durch eine Vermögenssteuer).

Daß der Beschluß nichts weiter ist als der erste Schritt auf dem Wege zu einem kompletten Kompromiß, das ist klar.

Den Wählern sind offenbar die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ aus dem agrarischen Handbuche mehr als unangenehm, wie die Drumherumrede des Hauptlings Dr. Köfke erkennen ließ, der sich die größtmögliche Nähe gab, die vom „Vorwärts“ gebrauchten Sätze in ihr Gegenteil umzuwenden, freilich mit ebensowenig Geschick wie Erfolg; denn später mußte er vom Reichstagssekretär hören, daß es ihm nicht gelungen war, auch nur diesen von der Richtigkeit seiner Auffassung der bezeichneten Stellen zu überzeugen! Im übrigen steht Dr. Köfke natürlich auf demselben Standpunkt wie die anderen Konservativen: Fort mit allen Entwürfen, die den Beschluß treffen, und her mit mehr indirekten Steuern! Dabei verfliegt er sich zu der Behauptung, daß die Schultern der industriellen Arbeiter viel tragfähiger seien als die der Bauern, weil diese gegenüber den Arbeitern enorm viel mehr Lasten zu tragen hätten als jene!

Gegenüber der von Köfke besprochenen Tatsache, daß der Bund der Landwirte besonders gegen die Nachlasssteuer mobil gemacht habe, wies der Reichstagssekretär auf die Tatsache hin, daß die meisten Petitionen dagegen von Mitgliedern des Bundes, von Landwirtschaftskammern usw. stammen. Wenn den Regierungsvvertretern immer ihre veränderte Stellung zu der Vorlage seit 1900 vorgehalten werde, so sei zu bedenken, daß sich die Situation seit jener Zeit wesentlich verändert habe: damals waren „nur“ 200 Millionen neuer Steuern erforderlich, jetzt 500 Millionen! Durch keine andere Steuer seien die großen Vermögen so kräftig mit heranzuziehen als durch die Nachlasssteuer, die Ansicht Köfkes aber, daß sie eine potenzierte Vermögenssteuer bedeute, sei unzutreffend.

Dr. Baasche konstatierte, daß weiteres Leben eigentlich keinen Zweck habe, da eine große Mehrheit gegen die Vorlage sei. Er konstatierte, daß auch seine Fraktion dagegen und für eine Vermögenssteuer stimmen würde, und wandte sich eindringlich an die Regierungsvvertreter, ihren Widerstand gegen diese Steuer aufzugeben, da sonst die Gefahr vorliege, daß die ganze Finanzreform scheitere. Dorum würde natürlich die Regierung allein den Schaden haben. Gehe sie auf den Vorschlag nicht ein, so hätten er und seine Freunde kein Interesse mehr an der Durchberatung der indirekten Steuervorlagen!

Einem letzten Versuch, die Gegner der Nachlasssteuer umzustimmen, machte trotz aller Anstrengungen der sächsischen Finanzminister, der aus Reden des Reichsfinanzlers und diversen Sachverständigen-Gutachten zu beweisen sich bemühte, daß nur durch die Nachlasssteuer alle Kalamitäten beseitigt werden könnten.

Nachdem noch Graf Schwerin konstatiert hatte, daß die Ausführungen des Vorredners ebenso wenig wie die aller anderen Regierungsvvertreter geeignet seien, die Konservativen zur Aufgabe ihres Standpunktes zu veranlassen, erhielt Genosse Seher das Wort. Er betonte von vornherein, daß wir für das in der Vorlage zum Ausdruck gelangende Prinzip stimmen, trotzdem es durch Begünstigung der Landwirtschaft usw. verzerrt erscheint. Von einer prinzipiellen Uebereinstimmung der Regierung mit den Sozialdemokraten könne aber trotzdem nicht die Rede sein, da die im zweiten Teil unseres Programms enthaltene Forderung einer progressiven Erbschaftsteuer ebenso wenig eine spezifisch sozialdemokratische sei wie alle anderen in diesem Teil enthaltenen Forderungen, die innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung und Staatsform durchführbar seien. Tatsächlich sei ja auch die Erbschaftsteuer schon in einigen europäischen Staaten, sogar in Romandien durchgeführt. Wer also in unserer Unterstützung dieses Entwurfs eine prinzipielle Uebereinstimmung mit der Regierung erblicke, der beweise, daß er vom sozialdemokratischen Prinzip keine Ahnung habe. Was nun den Entwurf der Beeinträchtigung des Familienstandes und der Sprengung der Familienbände anbelange, der immer wieder-

kehre, so denke man doch hierbei immer nur an die Familien der Reichenden, nicht an die weit zahlreicheren Familien des arbeitenden Volkes, wo das Moment überhaupt nicht in Betracht komme, auch bei $\frac{1}{2}$ der landwirtschaftlichen und wohl bei ebensoviel der industriellen Kreise nicht, da es nicht viele davon dürfte, die 20000 M. und mehr hinterlassen. Man will den sogenannten Steuerknäuel nicht in die Papiere hineinschauen lassen, damit er nicht etwaige Steuerhinterziehungen des Erblassers herausknäuelte. Man will die Besitztenden ihrer Pflicht entziehen, dem Staate, der ihnen durch seine Gesetzgebung und seine Einrichtungen die Ansammlung großer Vermögensbestände ermöglicht, den schuldigen Tribut zu entrichten. Das werden die Massen draußen verstehen und zu wärdigen wissen. Die Einwendungen der Finanzminister und anderer Regierungsvvertreter gegen die direkte Vermögens- und Einkommensteuer beruhen auf denselben Grundtügen und sie schlagen mit ihren Argumenten gegen diese Steuern auch die Nachlasssteuer. Wenn hier, auch vom sächsischen Finanzminister, von einer „Mediatifizierung“, einer Unterordnung der Einzelstaaten gegenüber dem Reiche geredet werde, so sei die Unterordnung der sächsischen Regierung der preussischen gegenüber, der sie stets bei allen Sprüngen eine der willigsten Stützen im Reiche war, eine viel bedeutendere und bellagenerere. — Was nun die ganze Opposition gegen die Nachlasssteuer hier in der Kommission anbelange, so laufe sie doch nur darauf hinaus, den Beschluß möglichst zu schonen und die breite Masse mehr zu belästigen; dabei mache das Zentrum den Vater der Hindernisse, das hier wieder die Geschäfte der Agrarier wahrnehme. Die Behauptung Köfkes betreffend die größere Tragfähigkeit der Schultern der Arbeiter gegenüber dem landwirtschaftlichen Beschäftigten so ziemlich alle gewöhnlichen agrarischen Unverschämtheiten. Vereit, an der Lösung der Frage der Finanzreform in unserem Sinne und getrennt unseren Grundtügen, mitzuarbeiten, lehnen wir es ab, teilzunehmen an Sklavenarbeit, die den Zweck verfolgt, den Beschluß zu schonen und die durch die Verteuerung der Lebensmittel, — mit denen die Lohnrückgehungen in keinem entsprechenden Verhältnis stehen — ohnehin schwer genug bedrückten Schultern der arbeitenden Bevölkerung aufs neue zu belasten.

Nachdem Dr. Köfke in einer persönlichen Bemerkung den empfangenen Hieb quittiert hatte, entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, die mit der Einsetzung der (Kompromiß-) Subkommission und der oben erwähnten Ueberweisung der Anträge an diese endete.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Februar 1900.

Glasarbeiterschut.

Aus dem Reichstage. (9. Februar.) Die Fortsetzung der sozialpolitischen Debatte zerließ heute mehr noch als früher in die Breite. Da wurde über die Vorteile des Sparens moralisiert von dem Konservativen Herrn v. Brockhausen aus Hinterpommern, natürlich nur für das Volk, dem der Sparinn erhalten werden muß. Er hatte auf dem Tisch des Hauses eine Sparbüchse deponiert, die die schöne Inschrift trug: „Wohlgeschmack bringt Bettelstuch“. Offenbar verhalten sich seine Standesgenossen streng nach dieser Lebensregel.

Herr Raemy (fr. Rp.) legte sich für die Milderung der Handelsverträge ins Zeug und gab der brünftigen Hoffnung Ausdruck, daß die Finanzreform zustande kommt. Herr Dr. Struve (fr. Rp.) hielt eine ärztliche Interessensrede und verteidigte dann den technischen Beamtenverein gegen den Grafen Garmar.

Genosse Horn begründete eingehend den sozialdemokratischen Antrag auf erhöhten Glasarbeiterschut, insbesondere auf Einführung des Achtstundentages. Großen Eindruck machte er, als er aus einer Denkschrift des Arbeiterschutverbands deutscher Glasfabriken den Nachweis erbrachte, daß dieser Unternehmerverband in schamloser Weise die Gesetze umgeht, um mißliebigen Arbeitern durch Urlassbriefe das Fortkommen unmöglich zu machen. Schließlich rechnete er auch noch mit dem Reichsverbandsgeneral v. Niebert ab wegen dessen Verdächtigungen der Glasarbeiterbewegung.

Dann wurde die Debatte auf Mittwoch vertagt. —

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Im preussischen Abgeordnetenhaus gab es am Dienstag zunächst eine kleine Uebertragung. Die an erster Stelle auf der Tagesordnung stehenden Pfarrerbesoldungsgesetze wurden, weil verschiedene Parteien neue Anträge dazu gestellt hatten, an die Kommission zurückverwiesen. Es scheint sich immer mehr die Unfälle einzubürgern, alle Gesetzesentwürfe hinter verschlossenen Türen zu beraten und so nach und nach die Öffentlichkeit völlig auszuschließen.

Sodann setzte das Haus die zweite Beratung des Lehrerbesoldungsgesetzes bei den von den Alterszulagen, der Dienstwohnung und der Weisenschädigung handelnden §§ 8 bis 19 fort. Nach kurzer Debatte, in der der Konservative v. Tilly seinem Gegner über die gestrigen Ausführungen des sozialdemokratischen Redners Luft machte, gelangten diese Bestimmungen in der Kommissionsfassung zur Annahme. Die weiteren Bestimmungen der Vorlage, die §§ 20 bis 25, die sich auf die Orts- und Amtszulagen beziehen, riefen nochmals den Genossen Vorganann auf den Plan, der in kurzen, aber scharfen Worten die gefehliche Fiktion des Dreimittelbeschlusses bekämpfte. Daß die Sozialdemokraten gegen diejenigen Paragrafen stimmten, die den Dreimittelbeschlüssen weichen wollen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Charakteristisch aber ist es, daß die Sozialdemokraten mit ihrer Anshawung allein standen. Man sieht daraus, wie wenig ernst es dem Liberalismus mit seiner Agitation gegen den Dreimittelbeschlusses gewesen ist.

Die weitere Beratung, die bis dahin sachlich gewesen war, wurde durch eine Agitationsrede des Bundeshauptlings Dr. Dieberich Hahn auf das dem Bunde der Landwirte angepaßte Niveau heruntergedrückt. Herr Hahn wehrte weiblich gegen seine freisinnigen Vorkämpfer, die er so niedrig einschätzte, daß er ihnen sogar den Diebstahl von Palstöcken aus dem Bundesbureau zutraut. Wir sind natürlich nicht in der Lage, den Tatbestand festzustellen, aber selbst wenn der Freisinn diesen Diebstahl begangen hat, so braucht doch Herr Dieberich Hahn sich darüber nicht zu erbosen. Der Erlaß wird zweifellos dem Wahlfonds zustiegen, aus dem sowohl dem Bunde der Landwirte, als auch den Freisinnigen Munition zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie geliefert wird.

Im übrigen war es interessant, zu beobachten, wie auf der einen Seite Abg. Dr. Hahn, auf der anderen Seite Abg. Cassel immer und immer wieder versicherten, daß es ihnen nicht darauf ankomme, die Lehrer für ihre Parteien zu gewinnen; sie wiederholten das so oft, daß schließlich kein Mensch mehr daran zweifeln konnte, daß sowohl die Konservativen als auch die Freisinnigen sich einzig und allein von parteipolitischen Erwägungen leiten lassen und sich den Lehrern für gelegentliche Wahlen in empfindende Erinnerung bringen wollen.

Die Bekkerbetätigung der Vorlage wurde vollständig, nachdem die „Freisinnigen“ Shepp und Cassel noch das „Berliner Tageblatt“ wegen seines Eintretens für freisinnige Ideen von ihren Redaktionen abgeschüttelt hatten, auf Mittwoch verlag. Inhaber des Tagesblatts über Wahlprüfungen auf der Tagesordnung, darunter die über die Wahlen unserer Genossen Heimann, Bergmann, Girsch und Hoffmann.

Konservative Meinungsverschiedenheiten.

Obgleich die konservative Presse versichert, daß die konservative Partei sich in bezug auf die Unannehmbarkeit der Nachlasssteuer völlig einig sei, ist es doch ein offenes Geheimnis, daß in den konservativen Kreisen manderlei verschiedene Meinungen über die Stellungnahme zu den Schwedischen Vorschlägen bestehen. Die landwirthschaftlichen Krausjunker verlangen strikte Ablehnung jeder Nachlasssteuer für Kinder wie Ehegatten und Erhebung des dadurch entstehenden Steueranfalls durch eine Vermehrung der Verbrauchssteuern oder, falls sich das nicht erreichen lasse, durch Erhöhung der Matrifularbeiträge oder Einführung einer Dividendensteuer. In konservativen Beamten- und Militärskreisen steht man dagegen keineswegs der Nachlasssteuer so schärf gegenüber und hat gegen die von den Nachbarn des Bundes der Landwirte geforderte Dividendensteuer manche Bedenken.

Zu recht interessanter und zugleich belustigender Weise kamen diese Meinungsverschiedenheiten in einer Polemik zwischen der „Kreuztg.“ und der „Deutschen Tages-Ztg.“ zum Ausdruck. Das Wandlerblatt hatte als Ersatz für die Nachlasssteuer die Reichsdividendensteuer empfohlen und von mühelosen Gewinnen gesprochen. Darauf antwortet die „Kreuztg.“:

„Die konservative Partei... will nicht, daß das Familienvermögen angetastet wird. Gegen die Erbschaftsteuer der entfernten Verwandten hat sie sich nicht erklärt. Und daß die angeblich bei den Konservativen ausschlaggebenden Interessen der Großgrundbesitzer tatsächlich nicht von uns gesont werden sollen, ergibt sich für jeden, der ehrlich nachdenkt, schon daraus (?), daß die Konservativen auch eine Erhebung direkter Vermögenssteuern durch die Einzelstaaten für das Reich (im Sinne des Antrages Camp) nicht ablehnen, auch nicht grundsätzlich opponieren werden, wenn die verbündeten Regierungen es vorsehen sollten, eine weniger harte Form der höheren Besteuerung von Erbschaften vorzuschlagen. Es liegt doch auf der Hand, daß besonders die bezeichnete Form der Erhöhung der Matrifularbeiträge (Anträge Camp) gerade den Besitz und vornehmlich den Grundbesitz sehr stark für das Reich in Anspruch nehmen würde, daß also nicht die Steuerlichen die Konservativen zur Ablehnung der Nachlasssteuer bewogen hat, sondern nur die Notwendigkeit, alles zu vermeiden, was einer Vermögenskonfiskation ähnlich sieht.“

Aus diesen Rücksichten sieht die Mehrheit der konservativen Reichstagsfraktion auch der von anderer Seite empfohlenen Reichsdividendensteuer ablehnend gegenüber. Eine solche Steuer wäre in gewissem Sinne auch eine Expropriation; wer ein Industripapier, das 10 vom Hundert Dividende bringt, zu 200 kauft, verliert, wenn ihm ein Zehntel der Dividende als Steuer abgezogen wird, nicht nur diesen Teil der Einnahme, sondern auch ein Zehntel vom Kapital; der Kurswert der Aktie wäre nur noch 180 Prozent.

Das Schlagwort von der „Besteuerung des mühelosen Gewinns“ für das Reich unterliegt aber auch verfassungsmäßigen Bedenken. Nach müheloser als der Dividenden Gewinn, der doch mit Risiko (= Mühe) verknüpft ist, ist das Abschneiden von Coupons der Rentenpapiere. Das gleiche gilt von Hypothekenzinsen. „Mühelos“ ist auch der Reingewinn aus Beteiligung an Genossenschaftsunternehmungen; die „Mühe“ hat nur der Vorstand, der dafür bezahlt wird. „Mühelos“ ist endlich der Pachtzins oder Mietzins, soweit er die Schuldzinsen übersteigt. Man sieht: die „Besteuerung des mühelosen Gewinns“ führt zwingend zu einer allgemeinen Zinsensteuer. Ob aber eine Reichszinsensteuer nicht allzu sehr in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingreifen würde, ist ernstlich zu erwägen.“

Diese Ausführungen haben die „Deutsche Tageszeitung“ aufs ärgste gereizt. Mit der ihr eigenen Verbitterung repliziert sein (heutiges Morgenblatt):

„Dazu (zu den Auslassungen der „Kreuz-Zeitung“) möchten wir bemerken, daß die Reichsdividendensteuer nicht von anderer Seite, sondern aus konservativen Kreisen empfohlen worden ist. Ob die Mehrheit der konservativen Fraktion ihr ablehnend gegenübersteht, wissen wir nicht. Wir würden das bedauern, glauben aber, daß irgend ein Beschluß darüber noch nicht gefaßt worden ist.“

Was die „Kreuzzeitung“ im übrigen gegen die Steuer anföhrt, ist nicht im mindesten durchschlagend. Verfassungsmäßige Bedenken können nicht vorgebracht werden. Wenn man die Dividendensteuer zu den direkten Steuern rechnet, so steht sie durchaus auf einer Linie mit der Lantiensteuer, die von den Konservativen anstandslos gebilligt worden ist. Andere verfassungsmäßige Bedenken sind unerfindlich. Die Forderung der Besteuerung des mühelosen Gewinns, der über eine gewisse Grenze hinausgeht, ist kein Schlagwort, sondern sachlich durchaus begründet und den konservativen Grundsätzen völlig entsprechend. Wir haben immer nur vorgeschlagen, daß die Dividendensteuer erhoben werde von Gewinnanteilscheinern, deren Ertrag über die durchschnittliche Verzinsung des Kapitals hinausgeht, daß sie also etwa bei 5 oder 6 Proz. einsetzen solle. Es würden also die Kupons der Rentenpapiere, die Hypothekenzinsen, die Pachtzinsen usw. nicht unter die Steuer fallen, weil der Ertrag des so angelegten Kapitals fast immer unter 5 oder 6 Prozent bleiben wird. Deshalb war es durchaus nicht nötig und sachlich unberichtigt, das Wesen einer allgemeinen Zinsensteuer an die Wand zu malen. Was schließlich den Gedanken anlangt, daß eine derartige Steuer in gewissem Sinne auch eine Enteignung sei, so ist schließlich jede Steuer in gewissem Sinne eine Enteignung.“

Glaube und Wissenschaft.

Die Inhaber der oberkirchlichen Würde im Erzbistum Köln sind besonders stark im Glauben, was andererseits in sich schließt, daß sie dem Wissen und der Bildung mit ebenso großem Mißtrauen gegenüberstehen. Einer der letzten, Erzbischof Krementz, war groß in der Kenntnis der Schriften, die sich mit dem Untergang der Welt beschäftigen und er galt als einer derjenigen, die über das Eintreten und den Verlauf dieses Ereignisses auf das genaueste Bescheid wissen. Der gegenwärtige Inhaber des erzbischöflichen Stuhles, Kardinal Fischer, rühmt sich, daß er in Thomas von Aquino, dem Scholastiker des 13. Jahrhunderts, den Grund und den Quell, den Anfang und das Ende alles Wissens gefunden habe. Und wenn man seinen neuesten Fastenbrief liest, so begreift man es, daß Kardinal Fischer mit der Kreuztg., die so wenig Respekt vor den Ueberlieferungen des Mittelalters hat, recht unzufrieden ist. Die oberkirchliche Kundgebung, die über den Glauben als übernatürliche

Zugend handelt, warnt in besonders eindringlichen Worten vor der „unheilvollen Geschäftigkeit des Unglaubens“. Es heißt da:

„Es sind nicht so sehr einzelne Glaubenslehren, die heute angegriffen werden; es sind die christlichen und religiösen Grundwahrheiten, die man offen leugnet und anfeindet, die Lehre von der allerböchlichen Dreifaltigkeit, die Gottheit Jesu Christi, ja geradezu das Dasein des persönlichen Gottes, die Unsterblichkeit der Seele und die ewige Vergeltung. Haben wir es nicht noch jüngst erlebt, daß auch in deutschen Prejorgane das schreckliche Erdbeben in Seditativen den Anlaß geboten hat zu frecher Leugnung der göttlichen Vorsehung? Und dieser nackte Materialismus, diese offene Gottesleugnung, vielfach verbunden mit gotteslästerlichen Verhärungen über unseren Herrn und Heiland Jesus Christus, wird in Hunderten von größeren oder kleineren Schriften verbreitet, wird auch von einer gewissen Tagespresse kolportiert und dem gewöhnlichen Volke als geistige Nahrung geboten: Steine statt Brot. Dabei fehlt es dann durchgängig nicht an Verunglimpfung unserer heiligen Kirche, an Entstellung ihrer Lehre, an Verdächtigungen ihrer Einrichtungen und ihres Wirkens, an Hohn und Spott für ihre Diener: Alles berechnet, um dem Leser Mißtrauen beizubringen, Abneigung einzuföhren und ihn so reiz zu machen für die Pläne des Unglaubens. Man weiß es eben, daß die katholische Kirche das festeste Bollwerk ist gegenüber dem Geiste der Verneinung.“

Kardinal Fischer ermahnt seine Gläubigen deshalb mit allem Nachdruck, sich vor solchen Schriften zu hüten und sie nicht über die Schwelle des Hauses zu lassen, namentlich sie nicht den Kindern in die Hand zu geben. Der Sturmlauf gegen die katholischen Grundlehren, so meint Kardinal Fischer, geschehe vielfach unter der Fahne der Wissenschaft, indem man der Kirche vorwerfe, daß ihre Lehre mit den wissenschaftlichen Ergebnissen unvereinbar sei. Aber das sei nicht der Fall; die Kirche habe keine Furcht vor der Wissenschaft, schäme sie vielmehr, pflege und fördere sie.

„Wir wollen von der Wissenschaft der Jetztzeit vollen und ausgiebigen Gebrauch machen und sind gesonnen, auch uns Platz und Luft zu sichern im vielgestaltigen Leben der Gegenwart. Aber wir werden und dürfen uns nie und nimmer auf schwächliche Zugeständnisse einlassen auf Kosten unseres Glaubens und auf Kosten unserer kirchlichen Bestimmung, wir müssen vielmehr offen und frei unseren heiligen Glauben nach seinem ganzen Umfang und mit allen seinen Folgerungen hochhalten und festhalten und dürfen uns durch die löblichen Redensarten von Unfreiheit, Unwissenschaftlichkeit, kirchlicher Verbormundung, Engherzigkeit — und wie all das Gerede heißt — nicht im geringsten beeinflussen lassen.“

Das alte Lied: Die Kirche ist der Wissenschaft zugetan, so lange sich die Wissenschaft ihr unterordnet! Die Kirche ist die Herrin, die Wissenschaft hat sich ihr zu fügen. Trotz dem guten Willen der herrschenden Klasse, der Kirche bei ihren Annahmungen Hilfe zu leisten, ist auf die Dauer dem Siegeslauf der Wissenschaft und der Wahrheit nicht zu widerstehen und die Herren Oberbirten werden wohl noch oft in die Lage kommen, ihre mittelalterlichen Weis- und Klugheits erliden zu lassen.

Gegen den Breslauer Polizeipräsidenten

haben unsere Genossen eine Klage wegen Freiheitsberaubung eingeleitet. Der Herr hat, wie sich jetzt herausgestellt hat, die Wahlrechtsdemonstration (siehe Freitagnummer des „Vorwärts“) ohne jede Veranlassung über 18 Stunden lang in Haft gehalten. Seine Beamten waren sich bewußt, daß die Sijierten alsbald wieder freigelassen werden mußten. Drei von ihnen begaben sich auch auf den Weg zum Polizeigefängnis, um die Sünder zu vernehmen und wieder lassen zu lassen. Da aber kam (gerade hatte man einen Redakteur der „Volksmacht“ wieder rausgelassen) eine Verfügung des Polizeipräsidenten, die sämtlichen Verhafteten bis zum anderen Morgen dazubehalten. Und diese Verfügung erging um die Mittagszeit! Um 3 Uhr hätte die Vernehmung beendet sein können, man ließ die Verhafteten aber erst am anderen Tage um 9 Uhr wieder frei! Eine Beschwerde gegen Herrn Dr. Wienko ist außerdem an den neuen Regierungspräsidenten abgegangen. —

Der Kampf um das Oldenburger Wahlrecht.

In der heutigen Plenarsitzung des Oldenburger Landtages kam es gleich zu Beginn zu einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte über die am gestrigen Tage von der agrarisch-ultramontanen Mehrheit beliebte Obstruktion und über den von der Minderheit eingebrachten Geschäftsordnungsantrag, die Abstimmung über die Pluralwahlrechtsanträge zu wiederholen. Das Ergebnis der Debatte gipfelte darin, daß in der wiederholten Abstimmung der Antrag des Abgeordneten Müller-Drake: das Pluralwahlrecht nach dem Alter abzustufen, und dem Besitz, den Beamten des Staates und der Kommunalverbände sowie den selbständig Gewerbetreibenden eine zweite Stimme zu geben, mit 22 gegen 22 Stimmen, also mit Stimmengleichheit, abgelehnt wurde, im Gegensatz zu der Sitzung vom Freitag voriger Woche, in der dieser Antrag mit 23 Stimmen angenommen wurde (gegen 21 Stimmen). Die eine Stimme des Abgeordneten Funch hat also diesmal den Ausschlag gegeben.

Nach dem Staatsgrundgesetz muß diese Abstimmung — weil Stimmengleichheit vorhanden war — noch einmal wiederholt werden. Das geschieht am Schluß der heutigen Sitzung, das Resultat wird jedoch vermutlich dasselbe bleiben.

In der weiteren Debatte über das Wahlgesetz wurde ein Antrag: bei den Wahlen des Verhältnismäßigsten, verbunden mit der Gruppenwahl, zugrunde zu legen, mit 33 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur die Sozialdemokraten und einige Liberale. Die Debatte wird fortgesetzt. —

Die Volksschul-Novelle im württembergischen Landtage angenommen.

Stuttgart, 9. Februar.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

In der Schlussabstimmung der Zweiten Kammer, die heute nachmittag erfolgte, wurde die Novelle mit 63 gegen 26 Stimmen angenommen. Dafür stimmten geschlossen die Sozialdemokratie, die Volkspartei, die national-liberale Partei und die Konservativen mit Ausnahme eines Bauernbündlers. Dagegen stimmten das Zentrum geschlossen und der letztgenannte Bauernbündler. Die konservative Fraktion gab zu ihrer Abstimmung eine Erklärung ab, wonach sie mit wesentlichen Teilen des Gesetzes nicht einverstanden sei, in Rücksicht auf die Bedeutung des Gesetzes es aber der Ersten Kammer zur Beratung zukommen lassen will. Zu der späteren Beratung, wenn das Gesetz aus der Ersten Kammer an die Zweite zurückkommt, behält sich die konservative Fraktion die Stellung vor. Trotzdem kann das Gesetz im wesentlichen als gesichert gelten, vorausgesetzt, daß die Nationalliberalen und die Volksparteier den Verschlechterungsversuchen der Ersten Kammer gegenüber fest bleiben.

Nach der Abstimmung wurde in die Generaldebatte über den Hauptfinanzetat eingetreten. Nach der einleitenden Rede des Finanzministers nahm zuerst der Ab-

geordnete v. Kiene (Z.) das Wort. Er regte sich ganz besonders über den „Simplicismus“ auf und forderte den Kriegsminister und die Polizei zum Kampf gegen die Unsittlichkeit auf. Die Beratung dauert fort.

Die Karikatur einer Hilfsaktion. Der Magistrat von Wahrenth hat für die durch Hochwasser geschädigten Einwohner der Stadt Kostenaufnahmen in Form unentgeltlicher Abgabe von Brot, Kaffee und Kohlen beschossen. Ein Witwe, die acht Kinder zu versorgen hat, erhielt auf Grund dieses Beschlusses zwei Zentner Kohlen gratis, gleichzeitig aber kam der — Gerichtsbohlzieher zu der bedauernswürdigen Familie, um wegen eines Umfange-rückstandes von 125 Pfennigen Pfändung vorzunehmen! Die Witwe verfügte über ganze 2 W. 40 Pf. „Vorvermögen“. Um die „Schande“ der Pfändung zu verhindern, zahlte die Frau schluchzend die 125 Pfennige, die die kgl. bayerische Kreisobauptstadt Wahrenth zu fordern hatte. Dazu kamen noch „Gebühren“ in Höhe von 1 W., so daß die Familie, deren unbedingte Bedürftigkeit man soeben durch Gratiellieferung eines kleinen Quantums Kohlen anerkannt hatte, auf andere Weise wieder vollständig aller Subsistenzmittel beraubt war!

„Dieser Vengel“.

In der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom Sonnabend, den 6. Februar, rief der konservative Abgeordnete v. Pappenheim dem Genossen Leinert zu: „Dieser Vengel!“ Leinert sprach zum Justizetat und führte das Zeugnis des konservativen Politikers Nordhausen für das Vorhandensein der Klassenjustiz ins Feld. Dabei bemerkte er zu den Konservativen nach dem stenographischen Bericht:

„das wird Sie ganz besonders interessieren (Jurist rechts: Nein!) ganz besonders denke ich deshalb, weil die Möglichkeit vorhanden ist, daß Sie sich auch einmal zu verurteilenden Anschauungen emporrassen.“

(Lebhafter Unruhe rechts — Jurist: Nein! — Abg. v. Pappenheim: Dieser Vengel!)

Ich konstatiere, daß Sie erklären, daß das ausgeschlossen ist.“ Genosse Leinert fragte am Dienstag den ja sonst so ängstlich um die Würde des Hauses besorgten Präsidenten v. Kröcher, ob ein solcher Ton der Würde des Hauses entspreche. Der Präsident nahm, dann mit dem Vizepräsidenten v. Porck, der zur Zeit der Leinertischen Rede präsierte, Rücksprache. Herr v. Porck nahm darauf Veranlassung, zu erklären, daß er diese Bemerkung nicht gehört habe, daß er sie sonst gerügt haben würde. Da aber Herr Porck nicht einen konservativen Abgeordneten wegen einer Flegelie gegen einen Sozialdemokraten bedingungslos erliden mochte, verlegte er dem Genossen Leinert noch einen Seitenhieb, indem er auch dessen Bemerkung gegen die Konservativen rügte. Dabei mußte er aber das Beständnis machen, daß er die Leinertische Bemerkung wohl gehört aber nicht begriffen habe. —

Die „Aufrehrer“ von Dresden.

Zu der Anklage gegen den Genossen Dabell meldet die Dresdener „Volkzeitung“ noch: Neben dem Genossen Dabell ist wegen des gleichen Vergehens der Instrumentenmacher Stenzel unter Anklage gestellt. Auch er soll sich am 17. Januar auf der Schloßstraße des Aufrehrs schuldig gemacht haben. Stenzel wurde schon vor der Polizeilatte aus der Menge herausgegriffen und verhaftet.

Es ist in höchstem Maße erstaunlich, daß eine solche Anklage erhoben werden kann. Nachdem aber schon die Staatsanwaltschaft selbst einen Teil der ursprünglichen Beschuldigungen fallen gelassen hat, nehmen wir an, daß der weitere Gang des Verfahrens diesen „Aufrehr“ in sein Nichts zerstreuen wird. Es ist und völlig unerfindlich, wie gegen einen Teilnehmer an den Vorgängen des Wahlrechtssonntages, der alles getan hat, um Schwierigkeiten zu beseitigen die Beschuldigung des Aufrehrs erhoben werden kann.“

Roter Gewerbegerichtswahltag in Mülhausen i. G.

Eine Gewerbegerichtswahl am roten Wahlrechtssonntag, d. h. am Tage der Wahlrechtsdemonstration, dem 7. Februar, gab's in Mülhausen i. G. Die Hoffnung der Gegner, daß die nach der Bekanntgabe des Tages der Wahlrechtsdemonstration von den Behörden auf diesen Tag angelegte Gewerbegerichtswahl eine schwächere Beteiligung von sozialdemokratischer Seite aufweisen würde, hat sich indessen nicht erfüllt. Vor drei Jahren erzielte die Kandidatenliste der freien Gewerkschaften durchschnittlich 2520 Stimmen und die der christlichen Gewerkschaften 1632. Diesmal erreichten die Christlichen durch einen intensiven Schlepperdienst eine Steigerung ihrer Stimmzahl auf durchschnittlich 2195, aber auch die Stimmen der freien Gewerkschaften stiegen auf 3419, so daß ihre fünf Kandidaten gewählt wurden und die Christlichen, da der Proporz bisher nicht eingeföhrt worden ist, glatt unterlegen sind. Der Prozentsatz der abgegebenen gültigen Stimmen ist bei den Christlichen 39,5 (vor drei Jahren 39,8) und bei den freien Gewerkschaften 60,3 (vor drei Jahren 60,4). Der Mißerfolg der Gewerkschaftskandidaten ist um so bemerkenswerter, als sie sich Abschriften der Wählerliste hatten anfertigen lassen und jedem einzelnen Wähler unter Akzept den Wahlzettel und Stimmzettel hatten zustellen lassen, was die freien Gewerkschaften Mülhausens nicht nötig hatten.

Zur Reichsfinanzreform. Im weimarischen Landtag machte der Finanzdirektor Dr. Gumnus die Mitteilung, daß er über die Verhandlungen, die zur Lösung der Reichsfinanzreform gepflogen wurden, sofort Bericht erstatten werde. Der Präsident ließ die Tribüne räumen, auch die Vertreter der Presse mußten ihre Plätze verlassen, und dann hielt Herr Dr. Gumnus hinter verschlossenen Türen seinen Vortrag, über den unter diesen Umständen näheres nicht mitgeteilt werden kann. —

Ein deutscher Kriminalbeamter wegen Spionage verhaftet!

In Krakau wurde der bei dem Deuthener Grenzkommissariat beschäftigte und beim Bahnhof Myslowitz stationierte Kriminalbeamte Knitsch wegen Spionageverdachts verhaftet. A. hatte sich in Krakau eine Wohnung gemietet und fiel dadurch auf, daß er täglich Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung Krakaus machte, und sich besonders für militärische Dinge interessierte. . . .

Eine Hausdurchsuchung förderte zahlreiches Material zutage, welches genügte, um die Verhaftung zu rechtfertigen. Das Belastungsmaterial, das in der Wohnung gefunden wurde, stellte zweifellos fest, daß A. seit längerer Zeit für eine auswärtige Macht als Spion tätig ist.

Die Balkankrise.

Entlassung der bulgarischen Reserven.

Sofia, 9. Februar. Nachdem die bulgarische Regierung offiziell davon verständigt worden ist, daß der an Rußland gerichtete türkische Gegenorschlag eine Erklärung enthalte, nach der die Türkei auf jede Grenzverletzung verzichte, hat das Kriegsministerium die sofortige Entlassung der einberufenen Reservisten der 8. Grenzddivision verfügt.

Die russisch-türkischen Verhandlungen.

Konstantinopel, 9. Februar. Nach einer Privatdepesche der „Zeni Gazetta“ aus Petersburg hat Minister des Aeußern Jomolski dem Votschafter Turhan Pascha mitgeteilt, daß er den türkischen

Gegenvorschlag dem Ministerrat vorlegen werde. In diplomatischen Kreisen sowie in der Presse habe der Gegenvorschlag Bedenken und Bewegung erregt. Trotzdem hoffte man, daß das russische Kabinett einen den Interessen der Türkei entsprechenden Beschluß fassen werde. Minister Zimoloff sei bereit, unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Türkei Beizeuge seiner Freundschaft zu geben, er finde aber den türkischen Gegenvorschlag schwierig. Die russische Antwort werde in ein bis zwei Tagen gefandt worden.

Oesterreich.

Ein Korruptions-Prozess.

Prag, 9. Februar. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Generaldirektor der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft A. Kestranek und den Redakteur des „Prager Tagblatt“ Horn, die belamüchlich der Prager Stadtverwaltung und besonders dem Reichsratsabgeordneten und Stadtverordneten Cernohorsky (Prag) in einem Artikel des oben genannten Blattes Korruptionswirtschaft und unberechtigte Erschleichung einer Beschäftigungsprovision aus Anlaß der Vergebung der Rohrenlieferung für die Prager Wasserwerke vorgeworfen hatte, ist heute nach dreitägiger Dauer in der vierten Morgenstunde zu Ende geführt worden. Bezüglich der Angeklagten wurden beide Angeklagte von der Anklage der Beleidigung des tschechischen Reichsratsabgeordneten Cernohorsky freigesprochen und nur wegen formeller Beleidigung der Prager Stadtverwaltung, des Stadtverordnetenkollegiums und der Mitglieder des Verwaltungsrats der Prager Wasserwerke verurteilt. Kestranek erhielt eine Strafe von 14 Tagen Arrest, die aber sofort in eine Geldstrafe von 3000 Kronen umgewandelt wurde. Gegen Redakteur Horn wurde auf eine Geldstrafe von 50 Kronen erkannt. Die Tatsache, daß dies verhältnismäßig milde Urteile von einem in nationaler Beziehung gegen beide Angeklagte voreingenommenen Forum gefällt ist, liefert den besten Beweis dafür, daß die Vorwürfe der beiden Angeklagten sich im wesentlichen als berechtigt herausgestellt haben.

Rußland.

Die Verteidigung der Schuldigen.

Petersburg, 9. Februar. Um 1 Uhr nachts wurde folgendes Regierungskommunique veröffentlicht: Die Presse und Gesellschaft besprechen fortgesetzt eine Reihe vom Ingenieur Azew terrorisierter Akte, darunter die Ermordung des Großfürsten Sergius, des ehemaligen Ministers v. Plewe usw., wobei fast alle politischen Morde und schweren Verbrechen Azew zugeschrieben werden. Gleichzeitig wird auf die Beteiligung einiger Amtspersonen an den genannten Verbrechen hingewiesen, wobei die auf Befehl des Untersuchungsrichters erfolgte Verhaftung Popuchins sogar als Maßnahme gegen weitere regierungsfeindliche Enthüllungen hingestellt wird. Diese tendenziösen Mitteilungen hören nicht auf, trotz der offiziellen Erklärungen der Regierung, daß die erwähnten Mittermeldungen und Gerüchte grundlos sind, und daß der verabschiedete Popuchin lediglich deswegen zur Verantwortung gezogen wurde, weil er den Sozialrevolutionären über Azew's Zusammenhang mit der Polizei zur Vorbeugung terroristischer Anschläge Mitteilung gemacht hatte. Da die angeführten Gerüchte in der Gesellschaft vollkommen ungerechtfertigte Aufregung und Mißtrauen erweckten, hält die Regierung es für ihre Pflicht, abermals kategorisch zu erklären, daß keine Amtspersonen, auch nicht der in Zeitungsartikeln genannte Wirkliche Staatsrat Katschkowsky und andere Beamte, jemals an irgendwelchen terroristischen Akten oder sonstigen verbrecherischen Handlungen der Revolutionäre beteiligt gewesen sind, daß ferner hinsichtlich Azew's Teilnahme an politischen Verbrechen an Regierungsgorganen niemals irgendwelche Hinweise gemacht worden sind. Eingehende hierauf bezügliche Erklärungen werden von der Regierung in der Reichsduma gemacht werden als Antwort auf die hierzu eingebrachten Interpellationen.

Die Treue der russischen Regierungsbanden ist wirklich stark. In demselben Moment, wo sie zugehört haben, daß Azew ihr Vorkriegs war — denn sonst wäre ja Popuchins Verhaftung nicht erklärlich —, suchen sie der Welt einzureden, daß Azew's Rolle ganz bedeutungslos gewesen sei. Gläubige werden sie allerdings nicht finden; denn der Eifer, mit dem sie sich einschuldigen, beweist nur, wie sehr sie sich durch die Anklagen getroffen fühlen.

Es ist übrigens charakteristisch, daß die Regierung besonders Katschkowsky, dessen Verzicht Azew war, in Schutz zu nehmen sucht. Die Rolle dieses Chefs der russischen Lockspindel wird näher beleuchtet durch eine Unterredung, die der kadettische „Netsch“ mit einem Manne hatte, der Plewe sehr nahe gestanden und sehr genau die Beziehungen Plewe's zu Katschkowsky gekannt hat.

Anfangs führt der Gewährsmann der „Netsch“ aus, war Plewe mit der Tätigkeit Katschkowsky's zufrieden, wie wohl er ihn stets mit Strenge behandelte. Aber dann plötzlich sagte Plewe den Gedanken, ihn, wie er selbst sagte, davon zu sagen. Ich kann nicht genau sagen, worum es sich dabei handelte. Aber ich weiß, daß er sich später nur selten über Katschkowsky vernahmen ließ. Einmal sprach er davon, Katschkowsky spiele auf eigene Faust ein sehr kompliziertes Spiel, das er (Plewe) nicht billigen könne. Plewe wollte überhaupt die ausländische Agentur in der Form, wie sie bestand, beibehalten, doch Katschkowsky zeigte sich stärker als Plewe, indem er, als Plewe ihn kalt stellte, es verstand, in das Vertrauen Pobjedonoszew's einzudringen, der ihm bei der Verfolgung seiner Ziele half. Besonders wuchs die Macht Katschkowsky's in den letzten Jahren, als Pobjedonoszew, beherrscht vom Verfolgungswahn, ganz unter den Einfluß Katschkowsky's und seiner Agenten geriet. Es hängt dies, glaube ich, eng zusammen mit der häufigen Auffindung von Bomben in der Wohnung Pobjedonoszew's. Seinen Verdenzustand wußten die Herren trefflich auszunutzen, um ihn gründlich zu verängstigen.

Zu den seltsamsten Sonderbarkeiten, die trefflich das herrschende System charakterisieren, gehört es, daß nach dem Tode Plewe's folgende Tatsache festgesetzt wurde: Es zeigte sich, daß von der einen Seite gegen Plewe, von der anderen gegen Pobjedonoszew ein geheimer Ueberwachungsdiens eingrichtet war, zu welchem Zwecke man den Kammerdiener bestochen hatte.

Das ist der Ehrenmann Katschkowsky, den der Ehrenmann Stolypin natürlich nicht preisgeben will. —

Die Korruption.

Petersburg, 9. Februar. Fürst Rechtichersky wurde wegen Unterschlagungen bei der Moskauer Polizeiverwaltung verhaftet.

Türkei.

Wahrung der Parlamentsrechte.

Konstantinopel, 8. Februar. In der Deputiertenkammer teilte der Präsident dem Eingang eines Schreibens des Großwesirs mit, in dem dieser die Kammer von der Ernennung einer außerordentlichen Kommission zur Untersuchung der Mißstände in Anatolien benachrichtigt mit dem Bemerkung, daß der Sultan den darauf sich beziehenden Beschluß des Ministerrats bereits genehmigt habe und die Kammer ersucht, die Beratm. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Nordost. Inzerate veranlt.

durch die Kommission entstehenden Kosten zu bewilligen. Auf allen Seiten des Hauses erhob sich lebhafter Widerspruch gegen dieses Vorgehen, da das Vorgehen des Großwesirs verfassungswidrig sei. Es wurde beschlossen, dem Großwesir zu antworten, er möge, bevor die Kammer die Kosten bewillige, die Gründe für die Ernennung der Kommission angeben und zugleich einen Gesetzentwurf über die der Kommission zu fallenden Ausgaben zur Bewilligung vorlegen. Der Großwesir legte ferner Gesetzentwürfe betr. die Arbeitslosen und die Pressefreiheit vor.

Persien.

Zurück vor Intervention.

Teheran, 9. Februar. In nationalen Kreisen herrscht große Befürchtung, daß die Verhandlungen in London und Petersburg zur Aufnahme einer Anleihe führen können, ehe die Verfassung eingeführt ist. Man hat das Gefühl, daß eine pekuniäre Unterstützung gerade jetzt höchst ungünstig wirken und den Kampf bis auf unabsehbare Zeit verlängern würde.

Afrika.

Die südafrikanische Verfassung.

Bloemfontein, 9. Februar. Der Entwurf der südafrikanischen Verfassung ist jetzt veröffentlicht worden. Er sieht den Zusammenschluß der Kapkolonie, Transvaals, Natal und des Oranjesaats vor. Die Regierung besteht nach dem Entwurf aus einem Generalgouverneur, einem Senat und einer Gesetzgebenden Versammlung. Jede der Union beitretende Kolonie wird eine Provinz von ihr unter einem Administrator und einem Provinzialrat. Die Provinzen sollen im Senat gleichmäßig vertreten sein. Dieser soll aus den Provinzialräten gewählt werden. Die Gesetzgebende Versammlung wird voraussichtlich aus der erwachsenen europäischen Bevölkerung gebildet, wobei anfangs der Oranjesaat und Natal bevorzugt werden sollen. Grundsätzlich ist eine proportionale Vertretung angenommen. Die Mitglieder des Senats müssen Europäer sein. Als Amtssprachen sollen englisch und holländisch, beide mit der gleichen Berechtigung, gelten, doch darf kein Beamter wegen Unkenntnis dieser Sprachen entlassen werden.

Amerika.

Die Japanerfrage.

Washington, 8. Februar. Im Weißen Hause fand eine Konferenz über die japanische Frage statt. Präsident Roosevelt besprach seinen weiteren Brief an den Sprecher der kalifornischen Gesetzgebenden Versammlung, in dem der Präsident abermals die Haltung der Bundesregierung sowie das Anklage und Unzeitgemäße irgendwelcher Maßnahmen gegen die Japaner im gegenseitigen Augenblicke betont.

Gewerkchaftliches.

Gesicherte Existenz bis ins hohe Alter!

Je schroffer sich im Wirtschaftsleben die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit geltend machen, um so mehr verschwinden auch die letzten kümmerlichen Ueberreste des von heuchlerischen oder gefühlswidrigen Lippen so hochgepriesenen patriarchalischen Verhältnisses im Produktionsprozess. Der moderne Kapitalismus ist ein strenger, kalter Egoist, der sich den Teufel um Humanität und Billigkeitsrückichten schert, sofern sie an seinen Geldsack greifen. Für den heutigen Unternehmer ist der Arbeiter eine Nummer; alle menschlichen Berührungspunkte sind aufgehoben. Persönliches Interesse verknüpft den Arbeitgeber mit dem Arbeiter nicht. In größeren Betrieben lernt der erstere den letzteren überhaupt nicht kennen. Alle Anordnungen des Inhabers gehen durch Mittelspersonen auf das Arbeitspersonal über. Ausnahmen kommen natürlich auch heute noch vor, allein sie bestätigen auch hier die Regel. Und wenn bürgerliche Mondscheinpolitiker diese Umwandlung dem verheißenden Einfluß der Arbeiterführer zuschreiben und daraus wieder das patriarchalische Arbeitsverhältnis auf den heutigen Produktionsprozess pflanzten möchten, so verkennen sie die wirklichen Ursachen und zeigen, daß sie der neuzeitigen wirtschaftlichen Umwälzung fremd und verständnislos gegenüberstehen. Der Klassenkampf ist keine künstlich erzeugte Erscheinung; er ist das notwendige Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Wenn in früheren Zeiten unter beschränkten und einfachen Verhältnissen Arbeitgeber und Arbeiter in besserem Einvernehmen standen, sich menschlich näher kamen als heute, so war das unter den obwaltenden Umständen begreiflich. Heute ist das anders. Die Rücksichtnahme des Unternehmers geht nur so weit, als gesetzliche Bestimmungen es gebieten. Mit Wangen und Grauen blickt jeder Arbeiter seinem Alter entgegen. So lange er noch stark und gelenkig ist, kann er allenfalls durchweg beschäftigt und wenn er sich still und zufrieden verhält, in einem und demselben Betriebe „alt und grau“ werden.

Sobald aber die ersten Anzeichen eintreten, daß der Körper morsch und verbraucht ist und er nicht mehr genügend Mehrwert erzeugen kann, hört das Interesse des Unternehmers für den betreffenden Arbeiter auf. Mag er 20 oder 30 oder noch mehr Jahre im Betriebe gewesen sein und seine Arbeitskraft geopfert haben, er wird bei der ersten besten Gelegenheit ausgekalltet. Und wenn bürgerliche Mütter von Zeit zu Zeit mit großem Lamtam verkünden, daß ein Arbeiter in irgendeinem Betriebe das 25jährige oder noch längere Arbeitsjubiläum feiert und schmetternde Freudenhymnen anstimmen auf die Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter in dem betreffenden Betriebe, so vergessen sie nur als Gegenstück die Hunderte von Fällen hinzuzufügen, in denen täglich alte, treue Arbeiter nach 20- und 30jähriger Tätigkeit erbarmungslos aufs Pflaster fliegen. Wer im Erwerbsleben steht, wundert sich schon gar nicht mehr darüber. Hier wollen wir aber auf ein äußerst krasses Beispiel hinweisen, das unsere Ausführungen trefflich illustriert.

Eine bekannte Berliner Firma, die es neben einem großen geschäftlichen Aufschwung auch bis zum Hoflieferanten gebracht hat, scheint ein Musterexemplar kapitalistischer Rücksichtslosigkeit zu sein. Dieses Geschäft, das durch den Fleiß seiner ziemlich jämmerlich entlohnten Arbeitskräfte groß und reich geworden ist, ging vor Jahren vom Vater auf den Sohn über. Dem verstorbenen alten Herrn haben die Arbeiter des Betriebes bis heute ein gutes Andenken bewahrt. Er soll ein humaner, menschlich fühlender Mann gewesen sein. Sein Sohn dagegen steht in striftem Gegensatz zu jenem. Alte, gebrechliche Arbeiter, die schon zu seines Vaters Lebzeiten bei schwerer und nebenbei gesagt ungesundeter Arbeit ihre Kraft und Gesundheit geopfert haben, sucht er auf die schärfste Art los zu werden. Der Vater pflegte seinen alten Arbeitern zu sagen: „So lange sie frabbeln können, sollen Sie bei mir Arbeit haben, und wenn Sie verbraucht sind, erhalten Sie einen Pensionszuschuß.“ Und so soll es auch gewesen sein. Der junge Herr hat damit

gründlich aufgeräumt. Mit Bezug hierauf pflegt er zu sagen: „Was mein Vater versprochen hat, geht mich nichts an. Sie haben gearbeitet und dafür Ihren Lohn erhalten, das weitere kümmert mich nicht!“ Einem alten Arbeiter, der 39 1/2 Jahre im Betriebe tätig ist und nun nicht mehr so flott bei der Arbeit wegfommt, rief er im Hofe vor allen anderen zu: „Machen Sie, daß Sie wegkommen aus meinen Augen, ich will Sie nicht mehr sehen!“ So werden alte Arbeiterbetanen behandelt.

Mögen alle jene Arbeiter, die auf eine Lebensstelle bauen und aus diesem Grunde der Gewerkschaft fernbleiben, womöglich ihren Brüdern in den Rücken fallen, die nötigen Lehren aus dem Mitgeteilten ziehen. Die beste Bürgschaft für eine menschenwürdige Existenz, für eine bessere Zukunft ist eine starke, einheitliche Arbeiterbewegung, der sich anzuschließen für jeden Arbeiter eine unerläßliche Pflicht sein muß.

Berlin und Umgegend.

Die Stukkateure und die Erwerbslosenunterstützung.

Der Zentralverband der Stukkateure, Filiale Berlin, hielt am Montag eine Mitgliederversammlung ab, die sich mit dem bevorstehenden Verbandstage befaßte. Die Diskussion drehte sich fast nur um die Erwerbslosenunterstützung. Von den Gegnern dieser Einrichtung wurde betont, daß die Krise der ungünstigste Zeitpunkt für die Einführung einer Unterstützungsrichtung sei, die, wie die vorliegende, eine bedeutende Erhöhung des Beitrages bedinge. Auch seien die Erfahrungen anderer Organisationen nicht gerade ermutigend. Dem wurde entgegengehalten, daß der Arbeiter auf sich selbst angewiesen sei und es eine Pflicht der Solidarität wäre, dem Arbeitslosen zu helfen, von dem man nach langer Not und Entbehrung doch die Einhaltung der geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen verlange. Das Resultat der eingehenden Debatte war folgender Antrag, dem die übergroße Mehrheit der Versammelten zustimmte: „Die Filiale Berlin beauftragt ihre Delegierten, für die Erwerbslosenunterstützung einzutreten, wie sie vom Verbandstag zu Nürnberg beschlossen wurde.“ Die Versammlung lehnte es ab, den Delegierten ein gebundenes Mandat zu geben. Zu Delegierten wurden vorgeschlagen: Siebler, Radtke, Sched, Claus, Hanke, Dieckmann und Bühlertsdorf. Die Wahl findet in der nächsten Versammlung am 14. d. M. statt. Die Sperte der Firma Hauer u. Langhut wurde aufgehoben und dem gemäßigteren Kollegen der Weiterbezug der Unterstützung zugesprochen. In die Bauarbeiterkommission wurde Bengels gewählt. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß über die wichtigste Frage: Kündigung des Tarifes oder nicht? in den Zahlstellenbesprechungen am Donnerstag beraten werden soll. Der endgültige Beschluß fällt in der Versammlung am 14. d. M., mittags 12 Uhr, bei Meier, Sebastianstr. 39.

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiterverband.

In der neuesten Nummer der „Bergarbeiterzeitung“ wird die diesjährige Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes auf den 18. Mai und folgende Tage nach Eisenach einberufen. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Referat über die Möglichkeit und den Wert von Tarifverträgen im Bergbau. — In derselben Nummer der „Bergarbeiterzeitung“ wird der Massenbericht veröffentlicht. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren für das nur 11 Monate-Geschäftsjahr mit rund 2 Millionen Mark, davon entfallen auf die Einnahmen: 1.792.000 M. auf Beiträge und 16.000 M. auf Eintrittsgelder; auf die Ausgaben (in runden Summen): 74.000 M. für Sterbegelder, 32.000 M. für Vermögenszinsen, 45.000 M. für Streikgelder, 18.000 M. für Arbeitslose, 76.000 M. für Rechtsschutz und 254.000 M. für Krankenunterstützung. Das Vermögen wuchs in der Berichtszeit um über 518.000 M. und betrug, am Schlusse des Berichtsjahres, insgesamt 2.885.027,04 M.

Ausland.

Zur Aussperrung in der Wiener Holzindustrie.

Die Aussperrung der Wiener Tischlergehilfen ist zur Tatsache geworden. Entlassen sind jedoch nicht 8000, sondern nur 4000 Gehilfen, die in etwa 400 Betrieben beschäftigt waren. Die Arbeiter erhielten nach Arbeitslosmachung, der am Nachmittag erfolgte, ihre Löhne ausgezahlt, und es wurde dabei bekanntgegeben, daß sie nicht mehr zur Arbeit zu kommen haben.

Die Ursache der Aussperrung lag darin, daß bezüglich der Minimallohne und hinsichtlich der Kompensation des Fünftagsarbeitsverlustes keine Einigung erzielt werden konnte. Von der Organisation der Arbeiter wurde der Standpunkt vertreten, daß die Frage des Arbeitsverlustes erst dann zu beraten sei, wenn eine Einigung bezüglich der Mindestlöhne von 40, 48 und 53 Heller für die Stunde erfolgt sein werde. Die Vereinigung der Tischlermeister nahm dagegen den Standpunkt ein, daß zunächst ein Vertragsabschluss über den Arbeitsverlust (5 1/2 Uhr abends) zustande kommen müsse, und daß dann eine Erhöhung der Mindeststundenlöhne von 40, 44 und 47 Heller kongediert werde.

Eine Versammlung der Arbeitnehmer beschloß, vorläufig zur Aussperrung eine abwartende Stellung einzunehmen. Von anderer Seite wird berichtet, daß bisher nur 900 Gehilfen bei 70 Meistern ausgesperrt worden sind.

Streik der Schornsteinfeger in Wien.

Ein schon seit geraumer Zeit drohender Ausbruch der Wiener Rauchfangkehrer ist zur Tatsache geworden. In einer nachts abgehaltenen Vollversammlung der Rauchfangkehrergehilfen wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, vom Montag ab die Arbeit einzustellen.

Die Gehilfenschaft klagt über schlechte Entlohnung sowie über die Ausherdachlung der vom Wiener Magistrat erlassenen Reihenordnung. An die Meister und den Magistrat haben die Gehilfen entsprechende Forderungen gestellt. Sie verlangen in der Hauptsache: Einführung eines Wochenlohnes von 50 Kronen, zehnstündige Arbeitszeit mit zweistündiger Pause; jede Ueberstunde 1 Krone 20 Heller; Sonntagsarbeit die erste Stunde 4 Kronen, jede weitere Stunde 3 Kronen; ferner einen entsprechenden Waschraum mit unentgeltlicher Beleuchtung und Heizung, sowie abgeforderte Schlafräume für Gehilfen, die bei den Meistern wohnen und für jeden Gehilfen ein Bett.

Verfammlungen.

Jugenderziehung und Jugendorganisation lautele das Thema, über das Gen. Centr. Sch u l z in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins in Steglitz referierte. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage schloß sich eine rege Diskussion an. Es wurde beschlossen, das Thema im nächsten Jahr zur Diskussion zu stellen und nach geeigneten Personen für einen später zu wählenden Bildungsausschuß umsehen zu halten. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Eppinger, Zinat und Schmidt gewählt. Zum Schluß wurden die Genossen ersucht, sich für die am 12. Februar stattfindende Arbeitslosenräumung zur Verfügung zu stellen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

„Staatsgefährliche“ Wahlen.

Frankfurt a. M., 9. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Das hiesige Stadtparlament wählte zum erstenmal je einen Sozialdemokraten in die Schuldeputation und das Schulkuratorium.

Reichstag.

202. Sitzung vom Dienstag, den 9. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg.

Eingegangen ist der Entwurf einer Fernspreckgebührenordnung und eine Novelle zum Bankgesetz.

Die zweite Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Hug (S.) empfiehlt die Schiffbarmachung des Oberrheins; seine Ausführungen sind im einzelnen nicht zu verstehen.

Abg. v. Brodhausen (kons.) jammert darüber, daß alle Parteien, außer den Konservativen, beim Etat zu lange Reden halten und zu viel Resolutionen einbringen; nur die Konservativen huldigen dem Grundsatz: „In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister“.

Der Redner widmet dann Adolf Stöcker einen Nachruf, dessen Tätigkeit den Arbeitern mehr zum Segen gereicht habe als das ganze Gebaren der Sozialdemokratie.

Abg. Dr. Arnung (natl.): Die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Gewerbe, land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Heimgewerbetreibende und unabhängige Arbeiter findet meinen Beifall; sie geschieht aber auf Kosten der Ärzte.

Abg. Dr. Arnung (natl.): Die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Gewerbe, land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Heimgewerbetreibende und unabhängige Arbeiter findet meinen Beifall; sie geschieht aber auf Kosten der Ärzte.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Bemerkungen, die ich über Mißbrauch des ärztlichen Koalitionsrechts gemacht habe, waren a l l e m e i n g e h a l t e n und konnten nur allgemein sein, weil ich über die Adäner Vorgänge nicht authentisch informiert bin.

Ich weiß, daß die Versicherungsverordnung bedeutsam und nicht immer vorteilhaft in die Lebenshaltung der Ärzte eingegriffen hat.

Ueber die Verhältnisse der reinen und gemischten Walzwerke ist hier ebenfalls gesprochen worden. Der in den Resolutionen vorgeschlagene Weg, der zu einer Aufhebung der Eisenzölle führt, scheint mir nicht geeignet, der Notlage der reinen Walzwerke abzuwehren.

Herr Brodhausen bemerkt ich, daß die von ihm gewünschte Versicherung der in Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Arbeiter ins Auge gefaßt ist.

Herr Hug hat von der Schiffbarmachung des Oberrheins gesprochen. Diefür interessieren sich die Schweiz und Baden seit langem.

Auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Pachtke möchte ich erwidern, daß wir den Bund deutscher Arbeiternachweise vom nächsten Etatsjahre an aus bürokratischen Mitteln des Reiches unterstützen werden.

Der ärztliche Beruf soll ein idealer sein; er wird vielfach aber keineswegs so aufgefaßt. Das zeigt ja auch die Belamtnachung des Ärztevereinsbundes; die Krankenassenmitglieder und ihre Familienmitglieder, wofern die Kassen nicht das System der freien Arztwahl haben vom 1. Februar ab nicht mehr zu behandeln.

Herr Mugdan tat neulich so, als ob mein Freund Hug wegwendend über die deutsche Sozialpolitik gesprochen habe. Hoch ist das nicht eingefallen.

die „Kera der Sozialreform“

geknüpft! Aber wie wenig von den Hoffnungen ist Wahrheit geworden! Wie weit sind wir doch entfernt von jenem aus lauterlichem Wunde verklärten Idealzustande, daß in Deutschland jeder Arbeiter ohne materielle Sorgen seinen Lebensabend genießen solle!

Die hygienischen Mißstände in den Glashütten sind eine schwere Gefahr für Leben und Gesundheit der in ihnen beschäftigten Arbeiter.

Kleines feuilleton.

Bei Père Lunette. Aus Paris wird der Wiener „Neuen Freien Presse“ geschrieben: Eines der berühmtesten Kabarets des Quartier Latin, eine Hauptnummer der famosen Amusereisen der Großstädter, ist unlängst den Demoskierungsarbeiten zum Opfer gefallen.

starke Emotionen, und man könnte sicher sein, daß alle die feiden-rauchenden Damen, wenn sie das Lokal verlassen und ihr Auto herbeiwinkeln, den begleitenden Cavalieren verzückt anvertrauen: „O'est exquis!“

So haben menschliches Elend und Laster in dieser besten der Welten neben den alten Aufgaben, die ihnen Mathus anwies (die zu große Zunahme der Bevölkerung zu mindern) noch eine neue gefunden.

Eine Ordensstatistik. Am Tage nach dem großen Ordensregen, der alljährlich am Ordensfeste niedergeht, wurde im Unterhaltungsblatt die Klarheit der Rang- und Ordensspielerei behandelt.

In Deutschland haben, wie sich aus den Hof- und Staatshandbüchern und den Amtsblättern feststellen läßt, ohne die militärischen Abzeichen aller Art (Eisernes Kreuz, Verdienstkreuz usw.) und ohne den Johanniter- und Malteserorden und ohne nicht-deutsche Orden gegenwärtig über 50 000 einzelne Deutsche einen von einem deutschen Landesherren (Regenten) verliehenen Orden, über 12 000 einzelne andere Deutsche ein nichtmilitärisches Ehrenzeichen, die Rettungsmedaillen nicht gerechnet.

Rechnet man die ausländischen Orden dazu, wofür offenbar die statistischen Unterlagen fehlen, so dürfte der nationale Reichtum an Ausgezeichneten noch viel höher wachsen.

Theater.

Der Jbien-Zyklus des Lessing-Theaters bringt alle Woche zwei Dramen in sorgfältig durchgearbeiteten, musterhaften Aufführungen. Darstellung und Regie feiern ihre wohlverdienten Triumphe.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Nun sind die Freisinnigen allerdings, wie gestern selbst Herr Raumann ausführte, prinzipiell gegen gesetzliche Regelung der Arbeitszeit erwachsener Arbeiter.

Die geheime Feme der Nechtungen

blüht auch in der Glashüttenindustrie. Die schwarzen Risten werden durch heimtückische Kramlichmachung der Entlassungsscheine erreicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Fraktion hat dieselbe Resolution wie im vorigen Jahre wieder eingebracht, weil damals der Punkt 8, welcher die achtstündige Arbeitszeit verlangt, abgelehnt wurde, und zwar vom Zentrum aus Gründen, die mir nicht ganz klar sind.

Ferner würde die Einschränkung der Arbeitszeit auch dem unfaulteren Wettbewerb der Unternehmer, welche die Arbeitszeit ungemessen auszudehnen versuchen, ein Ende machen.

Schau der jugendlichen Arbeiter

im Alter von 14—16 Jahren, deren Verwendung beständig zunimmt. Wir verlangen sodann, daß an Glas- und Strecköfen, bei denen Schichtwechsel eingeführt ist, die erste Schicht nicht vor 4 Uhr morgens, die zweite nicht nach 10 Uhr abends beginnen darf.

Die schwereren Anlagen, die ich hier oftmals im Namen der Glasarbeiter erhoben habe, sind angeblich widerlegt worden in einer Rede, die Herr v. Liebert hier — nicht gehalten hat.

(Zehnfaches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das konnte Herr v. Liebert, wenn er nur wollte, aus amtlichen Quellen erheben.

Die hiesigen Aufgaben, die den einzelnen Schauspieler bald in dieser bald in jener Verkleidung physischer Gestalten zeigen, lassen seine Art und Fähigkeit rund und plastisch hervortreten.

Humor und Satire.

Zentrum und Konervative. Ihr habt Euch wieder! Nach zwei bitteren Jahren sinkt ihr euch in die Arme voller Nahrung.

Aus einem bösen Rauch erwacht ihr nüchtern, und eure Augen, die sich fromm verbrennen und ineinander tauchen, fragen schäferlich: Wie konnten wir einander nicht verstehen?

Was konnte töricht Pfaff und Ruder scheiden? Denn welchen Schaden — laßt euch offen sagen — Ruß das Geschäft der Frömmigkeit euliden, wenn Himmelhubler sich nicht vertragen!

Jetzt werden edle Junker wohl enthalten, Weh böse Reden sie so sehr verbieten, daß sie, statt ihre Tischen anzufüllen, zwei Jahre lang vom Vaterlande schwägten.

Wie es sie reut, das soll nun Wälten spüren; Hoffi könnte dieses Schauspiel und ergreifen Wenn ihn die Junker zum Altare führen, Indes die Pfaffen ihre Messer schleifen.

Notizen. — Gartenbau-Ausstellung. Der Verein zur Beförderung des Gartenbaues veranstaltet vom 2. bis 13. April in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten eine internationale Gartenbau-Ausstellung.

— Gartenbau-Ausstellung. Der Verein zur Beförderung des Gartenbaues veranstaltet vom 2. bis 13. April in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten eine internationale Gartenbau-Ausstellung.

Notizen. — Gartenbau-Ausstellung. Der Verein zur Beförderung des Gartenbaues veranstaltet vom 2. bis 13. April in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten eine internationale Gartenbau-Ausstellung.

— Gartenbau-Ausstellung. Der Verein zur Beförderung des Gartenbaues veranstaltet vom 2. bis 13. April in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten eine internationale Gartenbau-Ausstellung.

den Sozialdemokraten.) Herr v. Liebert hat in der nicht gehaltenen, aber als Flugblatt verbreiteten Rede, um es gelinde zu sagen, eine Fälschung

gegangen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts, Glöde des Präsidenten.)

Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, Sie dürfen einem Mitglied dieses Hauses nicht Fälschungen verwerfen. Ich rufe Sie zur Ordnung! (Bravo! rechts.)

Abg. Horn (fortfahrend): In dem Flugblatt sind die schwersten Vorwürfe gegen mich und gegen meine gewerkschaftliche Organisation erhoben worden. Die Vorwürfe sind begründet auf Behauptungen, die sich als Unwahrheiten erweisen — ob als bewusste Unwahrheiten, will ich nicht behaupten. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts, Glöde des Präsidenten.)

Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, Sie dürfen einem Kollegen nicht Unwahrheiten vorwerfen! (Sehr richtig! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Horn (fortfahrend): Hier habe ich das Flugblatt, das den Namen des Herrn v. Liebert als Verfasser trägt und das die Unwahrheiten enthält, von denen ich hier gesprochen habe. (Lebhaftes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man wird doch noch das Recht haben, hier auf Angriffe antworten zu dürfen. (Erneutes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Glöde des Präsidenten.)

Präsident Graf Stolberg: Ich habe Ihnen den weitesten Spielraum gelassen. (Sehr wahr! rechts.) Wir sind hier aber doch beim Etat des Innern. (Abg. H. ruft: Eben dazu spricht doch der Redner! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte Sie, eine Rede zum Etat des Innern nicht zu persönlichen Angriffen auf den Abg. v. Liebert zu benutzen. (Lebhafter Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Horn (fortfahrend): Die Lage der Glasarbeiter gehört zur Sozialpolitik, und die Sozialpolitik zum Etat des Reichsanwalts des Innern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und da Herr v. Liebert meine Ausführungen über die Lage der Glasarbeiter angegriffen hat, so mußte, konnte und durfte ich hier auf diese Antwort antworten! Das Recht werde ich mir nicht nehmen lassen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Koepf (fr. Sp.): Eine Folgeerscheinung unserer Sozialpolitik ist auch der Kampf der mittleren und kleineren Walzwerke gegen die im Stahlwerksverbande kartellierten großen gemischten Werke. Wir werden die Resolution auf Vorkerleichterungen für die Walzwerke bei der Einführung von Rohmaterial beifalls der Auslandsproduktion unterstützen. Abzulehnen versprechen wir uns aber von dieser halben Maßregel nicht. Durch die Verteuerung der Lebensmittel, welche die Sozialpolitik hervorgerufen hat, ist ein allgemeiner wirtschaftlicher Niedergang in Deutschland veranlaßt. Jetzt spricht man davon, den Konsum zu erhöhen, als ob wir keine Rücksicht auf unseren Export nach Cassilien, von wo wir unseren Konsum beziehen, zu nehmen hätten. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Durch unsere Sozialpolitik treiben wir England, das unsere Konkurrenz gern sich gefallen lassen will, so lange sie eine naturgemäße bleibt, auch zum Schutz. Diese Stimmung Englands gegen uns zeigt sich auch in der neuen englischen Patentgesetzgebung. Auf die weitere Folge unserer Sozialpolitik, daß unsere Industrie auswandert, habe ich schon vor einigen Jahren hingewiesen. Sogar der Reichert v. Camp hat jetzt bestätigt, daß die Anlegung von Fabriken im Auslande seitens deutscher Unternehmer in immer verstärktem Maße vor sich geht. Soll eine Finanzreform von dauernder Wirkung sein, so muß sie begleitet sein von einer Reform unserer Wirtschaftspolitik; es muß für Entlastung der Konsumierten gesorgt werden und dafür, daß die Erzeugnisse unserer Gewerbebetriebe Eingang in fremde Länder finden. Sonst bleibt die ganze Finanzreform Sillwerk. (Lebhaftes Bravo! bei den Freisinnigen, Lachen rechts.)

Abg. Dr. Struve (fr. Sp.): Ich freue mich, daß der Staatssekretär ausdrücklich erklärt hat, er habe mit seiner neuartigen Ausrüstung nicht die speziellen Kölner Verhältnisse gemeint, sondern allgemein gesprochen. Aber er hat doch auch heute auf Köln hingewiesen und das bedauere ich. Auch vor dem Streit hat er die Kerze gewarnt, weil sie einen liberalen Beruf ausüben. Davon haben nur die Patienten den Vorteil. Das Streikrecht werden die Kerze nur anwenden, wenn es sich um ihre Existenz und innere Freiheit handelt. An dem Kölner Streit haben nicht die Kerze schuld, sondern die Krankenkassen. Die Folge ist, daß die Kranken jetzt eine schlechtere ärztliche Versorgung haben als früher. Dabei hat der Leipziger Verband die Kölner Kerzen vorher vor den Streikbrechern, den sogenannten „einwandfreien“ Kölner Kerzen ausdrücklich gewarnt. Trotz der Ueberfälle von Kerzen in Deutschland haben sich nur 30 Streikbrecher gefunden, von weit über 20 000; das ist ein ehrenvolles Zeichen für die ethische Auffassung der deutschen Kerze. Aber der Kölner Krankenkassenverband wollte den Kampf um jeden Preis. Ein Weg zum Frieden kann jederzeit gefunden werden. Der Staatssekretär möge eine Anweisung geben, daß alle Beschwerden der Krankenkassenmitglieder über mangelnde ärztliche Behandlung sogleich, auf telephonischem Wege, erledigt werden. Das ehrengerichtliche Verfahren ist den Kerzen durch Befehl gegeben; da ist es selbst, daß ein Staatssekretär von dem Druck des ehrengerichtlichen Verfahrens spricht. Dabei hat das Ehrengericht schon 1902 erklärt, daß in dringenden Fällen stets ärztliche Hilfe gewährt werden muß. Da hätte der Staatssekretär nicht von einem Boykott Kranker und Sterbender sprechen sollen.

Darauf vertagt sich das Haus. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Liebert (Rp.): Herr Horn hat mir Fälschung und objektive Unwahrheit vorgeworfen. Das ist etwas stark. Es steht hier einfach Meinung gegen Meinung. Ich habe nur von den Verhältnissen in einem bestimmten Werke gesprochen. (Lachen bei den Soz.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (fr. Sp.): Ich rufe das Haus zum Zeugen an, daß der Eifer des Herrn v. Brodhagen, das Gesetz über Doppelbesteuerung ausgerechnet an die Finanzkommission zu verweisen, sehr verdächtig war.

Präsident Graf Stolberg: Das ist nicht persönlich. (Weiterkeit.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer: Die Verweisung an die Kommission hätte nach meiner Auffassung ein Begräbnis bedeutet.

Nächste Sitzung: Mittwoch 3 Uhr. (Fortsetzung der Beratung.) Schluß 1/8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung, Dienstag, den 9. Februar 1903, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

die Pflanzverbreitungsgeetze.

Hierzu liegt ein Antrag der Konservativen vor auf Erhöhung des Fonds für Heilanstaltsversorgung für evangelische Geistliche, ein freisinniger Antrag betreffend Beihilfen an leistungsunfähige jüdische Kultusgemeinden sowie Zentrum's anträge auf allgemeine Regelung des Ruhegehalts von Priestern der katholischen Geistlichen und Beihilfen an katholische Hilfsgeistliche.

Zur Vorberatung dieser Anträge werden beide Gesetze noch einmal in die Kommission zurückverwiesen.

Es folgt die

Fortsetzung der zweiten Lesung des Besoldungsgeetzes für Volksschullehrer und Lehrinnen

bei den §§ 6 bis 19, die von den Alterszulagen, Dienstwohnungen und Mietenschädigungen handeln.

Abg. v. Tilly (L.): Auf die Ausführungen des Herrn Bergmann im einzelnen einzugehen, halte ich für überflüssig. Die fortgesetzten Heiterkeitsfolge, die er gehabt hat, ersetzten die allein richtige Antwort. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber Herrn Cassel betone ich, daß auch wir nicht eine Trennung der Lehrer

in zwei Lager wünschen. Herr Gahn hat sich den Dank aller Landbesitzer durch sein Eintreten verdient. Die Bemühungen des Herrn Cassel um das Zustandekommen des Kompromisses erkennen wir an und ebenso, daß er sich bemüht hat, auch die Interessen der Landbesitzer wahrzunehmen. Bestreiten muß ich, daß Herr Gahn den Lehrern unerfüllbare Verpflichtungen gemacht hat. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoff (fr. Sp.): Gegenüber all den Bemühungen der Konservativen um die Lehrer werden diese sich sagen: Man merkt die Absicht und man wird verstümmelt. Redner bedauert, daß es in der Kommission nicht gelungen ist, die höhere Alterszulage und eine Herabsetzung der Parteizeit für das Höchstalt durchzuführen. Vor allem muß der Zustand beseitigt werden, daß den Lehrern eine ganz unzureichende Dienstwohnung voll angerechnet wird.

Abg. Cassel (fr. Sp.) polemisiert gegen den Abg. v. Tilly: Herr Gahn hat gewiß das Recht, Forderungen aufzustellen, welche er will, aber er durfte nicht eine solche Agitation treiben in der Zeit, in der alle Parteien bemüht waren, ein Kompromiß zustande zu bringen. (Sehr richtig! links.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Jberhoff (L.) und Hoff (fr. Sp.) schließt die Debatte. Die §§ 6 bis 19 werden unbeschadet angenommen.

Die §§ 20 bis 25 handeln von den Orts- und Amtszulagen.

Abg. Schiffer (natl.) verteidigt die Beschlüsse der Kommission über die Rektorengelder.

Abg. v. Tilly (L.): Wir haben dafür sorgen müssen, daß durch die Ortszulagen kein zu großer Unterschied zwischen den Gehältern der Stadt- und Landbesitzer entsteht. Das ist uns gelungen. Die Rektoren werden hoffentlich, wo es sich irgend als notwendig erweist, angemessene Zulagen erhalten.

Abg. Hoff (fr. Sp.): Herr Bergmann hat behauptet, daß in der Kommission alle Parteien für die Bremse bei den Ortszulagen eingetreten seien. Das ist ein Irrtum. Wir haben in der ersten Lesung die völlige Beseitigung der Bremse verlangt.

Abg. Frhr. v. Redlich (L.): Die Amtszulagen für die Rektoren sind ein Nothbehelf. Eine systematische Regelung der Rektorenbefoldung wird sich in Zukunft als notwendig herausstellen.

Abg. Cassel (fr. Sp.): Die Gemeinden werden die Bedeutung des Rektorenamtes auch in Zukunft zu würdigen wissen, die Rektoren brauchen also nicht in Sorge zu sein.

Abg. Bergmann (Soz.):

Die Ortszulagen sollen nach dem § 20 nur in Gemeinden gewährt werden können, die am 1. Januar 1903 ein Höchstalt von 2000 Mark zahlen. Man haben aber eine ganze Reihe von Gemeinden den Anregungen ihrer Lehrerschaft auf Neuordnung der Lehrerbefoldung mit Rücksicht auf das kommende Lehrerbefoldungsgezet in den letzten Jahren nicht Folge geleistet, sondern diese Regelung immer verschoben und haben lediglich Teuerungszulagen gewährt. Die Folge ist, daß in einer großen Anzahl von Gemeinden zurzeit die Befoldung des § 20 nicht erfüllt ist. Diese Tatsache ist in der Kommission eingehend erörtert worden, und man war auch geneigt, darauf Rücksicht zu nehmen. Die Regierung hat aber Widerspruch erhoben und eine Ausnahme in dieser Beziehung für unmöglich erklärt. Das bedeutet eine schwere Schädigung der Lehrer in jenen Gemeinden, welche durch ein etwas größeres Entgegenkommen der Regierung hätte vermieden werden können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Hoff erwidert ich, daß auf meiner Seite kein Irrtum vorliegt. Ich habe gerade betont, daß dem Kompromiß zuliebe auch die Parteien, die zuerst entschieden gegen die Bremse eingetreten waren, ihr nachher zugestimmt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bemerkenswert war die Haltung der Konservativen, die in der Kommission zuerst gegen die Pensionfähigkeit der Ortszulagen auftraten. In dieser Haltung zeigte sich klar die Feindschaft gegen die Lehrer in den großen Städten. Wenn die Ortszulagen nicht pensionfähig gemacht worden wären, so hätte das eine schwere Schädigung der großstädtischen Lehrer bedeutet, eine Entziehung wohlverdienter Rechte, wodurch nicht nur die Lehrer, sondern auch ihre Witwen und Waisen geschädigt worden wären. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir können die im § 20 festgelegte Bremse für die Ortszulagen nicht als notwendig anerkennen, sondern halten es für richtig, den Gemeinden in dieser Beziehung freie Hand zu lassen. Nur dadurch, daß der freien Entwicklung Raum gegeben wird, ist es möglich, den Lehrerstand und damit das Volksschulwesen emporzubringen. Wir werden eine lange Reihe von Jahren warten müssen, bis eine erneute Regelung der Befoldungsverhältnisse entsprechend den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen getroffen wird. Deshalb lehnen wir die Bremse mit aller Entschiedenheit ab. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Die §§ 20—25 werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die §§ 26—28 behandeln die Zahlung des baren Dienstentlohens, Beschaffung des Brennmaterials, Gewährung von Diensturlaub usw.

Abg. Dr. Gahn (L.): Ich muß bestreiten, in Hannover gegenüber dem Kompromiß illegal gehandelt zu haben. Was das Zirkular anlangt, so habe ich es an die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte und an Abgeordnete abgehändigt. In den Besitz des „Berliner Tageblattes“ kam es nur durch Diebstahl gekommen sein. Es ist und damals im Bund der Landwirte auch ein Verzeichnis enthalten. (Große Heiterkeit.) Vielleicht erkundigt sich das „Berliner Tageblatt“ nach dem Ueberbringer des Zirkulars, dort wird sich wohl auch der Verzeichnis vorfinden. (Große Heiterkeit.) Im übrigen lasse ich mir das Recht, solche Zirkulare zu versenden, auch durch die Postpolitik nicht nehmen. Die Herren von der freisinnigen Partei wollen aber den Block auch zur Durchsetzung solcher Dinge benutzen, die mit den Zwecken des Blocks nichts zu tun haben. (Beifall rechts.) Die Linke hat bisher den Landwirten nur Steine statt Brot gegeben. (Unruhe links.)

Abg. Hoff (fr. Sp.): Die Rede des Herrn Gahn lief auf eine vorkäufige Agitation ab. Ich beneide ihn um seinen Optimismus, mit dem er glaubt, daß seine Agitation Erfolg unter den Lehrern haben werde. Man ist sich in Lehrerkreisen durchaus klar, daß die Vernachlässigung der Lehrerbefoldung, besonders der Landbesitzer, in all diesen Jahren der konservativen Partei aufs Konto zu setzen ist. (Sehr wahr! links.)

Abg. Cassel (fr. Sp.): Die Behauptung des Herrn Gahn, wir hätten den Landwirten nur Steine statt Brot gegeben, weisen wir auf das entschiedenste zurück. Wenn wir in der städtischen Verwaltung für die Aufbesserung der städtischen Lehrer sorgen, so folgt doch daraus nicht, daß wir nicht auch für die Landbesitzer eintreten. Mit dem sogenannten Vertrauensbruch haben wir nichts zu tun. Herr Gahn irtet auch, wenn er meint, das Zirkular wäre nur durch Diebstahl in den Besitz der Presse gelangt. Diejenigen, an die Herr Dr. Gahn das Zirkular adressiert hat, haben mit Recht angenommen, daß die weisheitsvollen politischen Lehren dieses Zirkulars (Weiterkeit) kein Geheimnis bleiben, sondern weit in das Land hinausgehen sollten. Sie haben daher das Zirkular direkt versandt an Zeitungen, Verleger und auch an Einzelpersonen des Lehrerstandes. Im übrigen bin ich überzeugt, daß die Lehrer über ihre neuen Freunde nicht diejenigen vergessen werden, die in allen diesen Jahren ihre Interessen mit großem Eifer wahrgenommen haben. (Bravo! links.)

Abg. v. Campe (natl.): Auch ich muß der Behauptung des Herrn Gahn widersprechen, daß die Parteien der Linken den Landwirten nur Steine statt Brot gegeben haben. Mein Freund Hadenberg ist zum Beispiel seit einem Jahrzehnt einer der energischsten Vorkämpfer der Interessen der Landbesitzer in diesem Hause.

Abg. Dr. Gahn (L.): Ich stelle fest, daß ich gegen das Kompromiß niemals Stellung genommen habe. Meine Rede in Hannover wurde lange vor dem Kompromiß gehalten. Wir haben uns auch nicht besonders um die Gänse der Lehrer bemüht, sondern es nur für wünschenswert gehalten, daß gegenüber der freisinnigen Presse ein anderes Blatt vorhanden ist, in welchem die Landbesitzer objektiv unterrichtet werden. (Lachen links.) Das Zirkular das Zirkular an die Presse verschickt hätten, ist ausgeschlossen; sie hätten es dann

vervielfältigen müssen, und dazu hat ein Landwirt keine Zeit (Lachen links.)

Damit schließt die Debatte.

Die Paragrafen 29 bis 33 werden unbeschadet angenommen, ebenso debattierte einige weitere Paragrafen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Neues Grubenunglück.

Am 3. Februar gab der Vertreter der Bergarbeiter aus Hamm auf dem Kongress in Berlin der Befürchtung Ausdruck, der Bezirk Hamm werde noch nicht die letzte Katastrophe gehabt haben, man dürfe sich nicht wundern, wenn in den nächsten Wochen die Begebe der Wendel oder Magimilian von einem Unglück heimgesucht werde. Am Sonntag bereits hatte die Befürchtung sich bewahrheitet; „Magimilian“ war der Schauplatz einer Wetterkatastrophe.

Wiederum haben vier Kohlenhauer ihr Leben lassen müssen. Wenn die Zahl der Toten nicht noch hundertsten zählt, so liegt das nur daran, daß sich nur 18 Mann in der Grube befanden. Die Katastrophe erfolgte auf der 765 Meter Sohle. Die Geretteten erzählten: Wir hielten einen gewaltigen Anfall und standen plötzlich im Dunkeln. Sofort nachdem wir zu Tage gerückt und andere Lampen erhalten hatten, suchten wir wieder vor Ort. Von den fünf dort beschäftigten Arbeitern konnte nur einer gerettet werden. Vier waren tot. In dem Vertiefungspunkte haben immer schwere Wetter gestanden, und das, obwohl der Ort des Unglücks keine 20 Meter vom Schacht entfernt liegt, also leicht mit genügend frischer Luft versorgt werden konnte. Am 9. April v. J. hat auf der 600 Meter Sohle schon einmal eine Explosion stattgefunden. Man mußte, daß die Flöze viele Gase enthielten. Auf dem Unglücksfahrt hat die Kohlenförderung noch gar nicht begonnen. Die Bergarbeiter fragten sich deshalb: Wie soll das enden?

Der Bergwerksdirektor ist nach dem vorigen Unglück zu den Verletzten ins Krankenhaus gegangen und hat ihnen versprochen, für ihre Zukunft zu sorgen. Was aber war das Ende vom Liede? Die verunglückten Arbeiter erhielten die Adress!

Dah auf dieser Begebe, die einem bayerischen Eisentwerk gehört, für die Sicherung der Arbeiterleben wenig getan wird, beweist der Umstand, daß das Unglücksfahrt über Tage erst zula eine halbe Stunde nach dem Unglück beachtet wurde. Häufig mußte der Steiger das Signal geben, ehe der Förderkorb herunter kam! Fahrten gibt es nicht. Die Leute konnten aber nicht hinaus steigen. Ein zweiter Schacht ist nicht da, der Holzsmangel chronisch.

Man wird es aber erleben, daß bei der Untersuchung alles in Ordnung befunden wird oder alle Mängel werden auch auf ein Versehen zurückgeführt, wie es die Verwaltung von Robbod getan hat? Jedenfalls ist das Unglück eine neue Demonstration für Besseren Bergarbeiterfähig.

Urteil im Prozeß gegen die „Arbeiterzeitung“.

Das Urteil im Prozeß gegen den Genossen Redakteur Rottebohm von der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ wegen angeblicher Verleumdung der Reichsverwaltung von Robbod lautet auf 600 Mark Geldstrafe eventuell 100 Tage Gefängnis.

Klerikale Auschlachtung des Erdbebens.

Aus Rom wird uns geschrieben:

Die Klerikalen versuchen in verschiedener Weise, das Erdbeben für ihre Zwecke auszunutzen; einmal suchen sie nachträglich „den Jörn Gottes“ zu rekonstruieren, indem sie alle möglichen Nordgegenden über die Ungläubigkeit der, ach so gläubigen zerstreuten Städte in Umlauf setzen: Nicht nur sollen die Messiasen Gott durch Spottgedichte gereizt und ihn geradezu aufgefordert haben, seine Wacht durch ein Erdbeben zu zeigen, sie sollen sogar, wie der Priester eines Bistums erzählt, erfahren hat, am Weihnachtsabend ein Schweinchen statt eines gesegneten Christusbildes zum Altar herangeführt haben!

Außer durch Verbreitung dieser Beschäftigten, die etwas besser erfinden sein könnten, benutzt man die Folgen des Erdbebens, um möglichst viel Waisenfinder in klerikale Hände zu bringen. Im Einklang mit den Bischöfen arbeitet hier besonders die Königin Margherita. Auch im kleinen wird der Waisensang betrieben. So berichtet der „Avanti“, daß in dem diesigen, von der römischen Presse eingerichteten Hospital drei Waisen des Genossen Campolo, Sekretärs der Arbeiterkammer von Reggio, liegen. Einer der Hinterbliebenen ist groß genug, um sich als Arbeiter sein Brot zu verdienen, den kleinen Mädchen aber wurde von Frau Zitiotti, der Gemahlin des Ministers des Äußeren, die Alternative gestellt: entweder ihr treten in das Nonnenkloster in Santa Catharina oder ihr verzeihen auf jede Unterstufung unseres Patronats! Die Kinder unseres getöteten Genossen wurden darauf von einer Enkelin Garibaldi aufgenommen. Wie viele aber werden durch solche Expressionsversuche dem „rechten Glauben“ gewonnen!

Auch durch Androhung neuer Erdbeben und ihr Verschören durch Gebete sucht man der Kirche zu dienen. In einem klerikalen Erziehungsanstalt hat man auf diese Art die Kinder Rächte durch beten lassen und fast wahnhaft gemacht vor Angst. In Brindisi hatte der Klerus für den 23. Januar ein Erdbeben prophezeit und es durch Gebete und gottesdienstliche Handlungen aufzuhalten gesucht. Bei dem Gottesdienst kam es zu einer Panik, bei der ein Kind schwer verletzt wurde. Das hindert natürlich die alten Weiber beiderlei Geschlechtes nicht zu glauben, daß ohne den Gottesdienst der liebe Gott auch Brindisi mit einem Erdbeben heimgesucht haben würde.

Einen leichten Stand haben freilich die Gottesgläubigen diesmal nicht, ist es doch sogar für uns, die wir nur von einem kalten hinter Naturkräfte wissen, schwerer, uns von dem Einbruch frei zu machen, als ob Bosheit und Niederträchtigkeit mit im Spiele gewesen wären. Wie von Doh gegen den Menschen erfüllt erscheint uns das Herabsturzwerk, wenn man die Säule und Felder blühend und unerschütterlich sieht und jede menschliche Wohnung glücklich zerstört. Und mutet es nicht an wie Vögel, daß in Messina fast die ganze Garnison, der gesunde, arbeitsfähige Nachwuchs getötet wurde, und 600 Tote, 600 Menschen, die sich und anderen zur Qual leben, erhalten blieben? Wo bleibt da „die Allgüte des allmächtigen Gottes“?

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle verhandelte in der Sitzung am Dienstag über die Anwendung der Konkurrenzklause.

insbesondere über den § 113g der Regierungsvorlage. In Art. 1 dieses Paragrafen wird bestimmt, daß die Konkurrenzklause ihre Wirksamkeit verliert, wenn der Angestellte aus einem Grunde das Arbeitsverhältnis löst, der ihm in dem § 113h und § 113d der Gewerbeordnung das Recht zur sofortigen Auflösung des Dienstverhältnisses gibt. In Art. 2 wird bei Lösung des Dienstverhältnisses seitens des Unternehmers die Wirksamkeit der Konkurrenzklause aufgehoben, es sei denn, daß für die Auflösung ein erheblicher Anlaß vorliegt (den der Unternehmer nicht verschuldet hat) oder daß während der Dauer der Beschränkung dem Angestellten das zuletz von ihm bezogene Gehalt weiter gezahlt wird. Unsere Parteigenossen beantragen, daß in jedem Falle bei einer vom Gewerbeunternehmer ausgesprochenen Kündigung die Wirkung der Konkurrenzklause aufgehoben wird.

In Art. 2 will Abg. Fleischer (Z.) an Stelle der Bestimmung über die Fortzahlung des Gehalts die Bestimmung setzen, daß dem Angestellten die ihm zuletzt gewährten vertragmäßigen Leistungen des Arbeitgeberunternehmers weiter gezahlt werden. Abg. Fleischer beantragt folgenden Art. 3 hinzuzufügen: Wenn nach Art. 2 die Fortzahlung der vertragmäßigen Leistungen des Arbeitgeberunternehmers die Voraussetzung für die Wirksamkeit der Vereinbarung ist, so hat der Arbeitgeberunternehmer bei der Kündigung des Dienstverhältnisses dem Angestellten eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben, ob der Angestellte die zuletzt ihm gewährten vertragmäßigen Leistungen weiter erhalten soll. Unterläßt der Arbeitgeberunternehmer eine solche Erklärung, so ist er nicht befugt, dem Angestellten für die Zeit nach der Auflösung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit zu beschneiden.

Von einem Regierungsvertreter wird eingewandt, daß der letzte Antrag überflüssig ist, da die Rechtsprechung bereits diesen Standpunkt einnimmt. Abg. Schack (Wirtsch. Vg.) hält im Hinblick auf diese Erklärung den Antrag für unnötig und wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, der bei Lösung des Arbeitsvertrages seitens des Arbeitnehmers die Konkurrenzklause aufheben will.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Fleischer angenommen, der Antrag unserer Parteigenossen gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Am 3. März will die Regierungsvorlage, daß für Angestellte, die ein Gehalt von über 8000 M. beziehen, die Konkurrenzklause ohne Beschränkung Anwendung findet. Unsere Parteigenossen beantragen die Streichung des Paragraphen. Schmidt-Altenburg (Kpt.) und Ranz (fr. Vp.) wenden sich gegen den Antrag: die Industrie müsse gegen Raub und Diebstahl geschützt, die Wertverwertung der im Betriebe erworbenen Kenntnisse in einem Konkurrenzunternehmen muß unterbunden werden. Vom Genossen Röllensbaur wird demgegenüber eingewandt, daß die Herren im Jertum sind, wenn sie auf diese Art Betriebsgeheimnisse schützen zu können glauben. Der Angestellte kann in einem solchen Falle jederzeit im Ausland die Kenntnisse verwerten, und damit wäre der einschlägigen Industrie wohl nicht gedient.

Die Beratung geht hierauf zu den Bestimmungen über, die den Arbeiterschutz für Betriebe mit über 20 Arbeitern regeln, soweit nicht schon der Arbeiterschutz für Arbeiterinnen durch Annahme der Vorlage im Wesentlichen erledigt ist. Zur Debatte steht ein Antrag unserer Genossen, der folgende Fassung hat:

§ 133. In Betrieben mit ununterbrochener Tag- und Nachtarbeit sind die für die Tag- und Nachtarbeit bestimmten Arbeiter in drei Abteilungen einzuteilen. Die regelmäßige Arbeitszeit der einzelnen Abteilungen darf 8 Stunden innerhalb 24 Stunden nicht übersteigen. In Hütten-, Holz- und Hammerwerken sowie in Metallfabriken, Glasfabriken und in Betrieben der chemischen Industrie darf die regelmäßige tägliche Arbeitszeit 8 Stunden nicht übersteigen.

Genosse Röllensbaur beruft sich zur Begründung dieses Antrages auf die nahezu gleichlautenden Petitionen der freien, der christlichen und der Hütten- und Hammerwerke, die alle eine Regelung der Arbeitszeit verlangen. Auch die außerordentlich hohe Unfallziffer in Hüttenbetrieben — es kommt auf 6 Arbeiter immer ein Unfall — rechtfertigt den größeren Schutz. Durch die Seemannsordnung ist bestimmt, daß die Feuerarbeiter auf Schiffen nur 8 Stunden arbeiten dürfen. Dieser gleiche Schutz gebührt auch den Feuerarbeitern in Hütten- und Holzwerken. Redner untersucht eingehend, ob die Industrie den Kostentendenz bewilligen kann. Die Preise für Eisenfabrikate sind von 1885 auf 1905 von 127 auf 135 M. per Tonne gestiegen, und obwohl die Arbeitslöhne sich auch erheblich aufwärts bewegt, ist dennoch für die Tonne der Arbeitslohn von 32,11 M. auf 29,82 M. herabgegangen. Damit kann wohl der Beweis als geführt erachtet werden, daß die Industrie auch eine größere Belastung tragen kann.

In die Debatte wird ein Antrag Hise (Z.) mit einbezogen, der den Achtstundentag für alle Arbeiter eingeführt haben will und ein Verbot der Nachtarbeit verlangt, soweit nicht die Nachtarbeit durch die technischen Einrichtungen notwendig ist. Für den Antrag unserer Parteigenossen erklärt Hise nicht stimmen zu können: der Antrag sei unannehmbar. Eventuell könnte man einem Antrag zustimmen, daß die vor dem Feuer beschäftigten Arbeiter nur 8 Stunden beschäftigt werden dürfen. Für die übrigen Arbeiter diese Arbeitszeitverlängerung herbeizuführen, läßt sich nicht begründen. — Von dem Regierungsvertreter wird der Antrag abgelehnt: die Heberstunden werden jetzt schon durch die Bundesratsverordnung für Hütten- und Holzwerke beschränkt. Abg. Wiesbeck (Z.) ist der Meinung, daß der sozialdemokratische Antrag zu weit geht; nicht für alle Arbeiter in den Hammerwerken oder in Glasfabriken sei der Schutz so dringend nötig; vor allem handle es sich um die schweren Arbeiten, die einer Einteilung in achtstündige Schicht bedürfen.

Die weitere Beratung wird auf Donnerstag vertagt.

Aus der Geschäftsordnungskommission.

Die Sitzung der Reichstagskommission zur Reform der Geschäftsordnung am 9. Februar begann mit der Abstimmung über die Einzelbestimmungen über die sogenannten kurzen Anfragen. Mit wechselnden Mehrheiten kam schließlich ein Entwurf mit folgenden Bestimmungen zustande:

Die Mitglieder des Reichstags sind befugt, bei Beginn der Sitzung Anfragen tatsächlicher Art über Angelegenheiten der inneren und äußeren Politik des Reiches an den Reichskanzler zu richten. Die Anfragen dürfen Schlussfolgerungen, Beispiele und Angriffe nicht enthalten. (Abgelehnt wurde dabei die Forderung, Fragen für unzulässig zu erklären, die ein schwebendes Gerichtsverfahren oder schwebendes Verwaltungsverfahren betreffen.)

Einem späteren Punkt der Tagesordnung darf nicht vorgegriffen werden. (Abgelehnt wurde die Bestimmung, daß die Anfragen der Unterzeichnung von 15 Mitgliedern bedürfen.)

Der Präsident hat endgültig darüber zu entscheiden, ob die Anfrage den technischen Bedingungen des ersten Ablasses entspricht.

Der Reichskanzler kann die erbetene Antwort ohne Angabe von Gründen verweigern, oder erklären, daß er die Antwort schriftlich erteilen wolle.

Die Stellung von Anfragen soll an allen Sitzungstagen zulässig sein, ist aber auf eine halbe Stunde beschränkt.

Eine Diskussion soll überhaupt ausgeschlossen sein. (Nicht einmal der Antragsteller soll zu ergänzender Anfrage das Wort erhalten.)

Eine einmal gestellte Anfrage darf nicht wiederholt werden.

Die meisten dieser Einzelbestimmungen waren, nachdem weitergehende sozialdemokratische Anträge abgelehnt waren, dadurch zustande gekommen, daß das Zentrum den Ausschlag gab. Als es nunmehr aber zur Gesamtabstimmung kam, schlug sich das Zentrum auf die Seite der Konservativen und Antifemiten, sodaß der Gesamtantrag mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt wurde.

Es wird aber jedenfalls der Versuch gemacht werden, in der zweiten Lesung etwas zustande zu bringen; doch steht auch da zu befürchten, daß das Zentrum wieder die Rolle eines Schrittmachers der Konservativen spielen wird.

Dann wurde über den Antrag der Freisinnigen auf Einführung von Dringlichkeitsanträgen verhandelt. Herr Müller-Meinungen begründete ihn mit dem Vorschlag, die Entscheidung darüber, ob ein Antrag für dringlich erklärt werden und demnach sofort zur Verhandlung kommen soll, von der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit abhängig zu machen. Singer (Zog.) wies nach, daß das geradezu eine Verkürzung der gegenwärtigen Praxis bedeuten würde, da nach § 85 jetzt schon Anträge mit einfacher Mehrheit für dringlich erklärt werden können. Nach

einer Debatte, in der verschiedene andere Mitglieder den Singschen Ausführungen zustimmten, zog Herr Müller den freisinnigen Antrag zurück unter der Voraussetzung, daß später, wie von Seiten des Zentrums geraten war, versucht werden soll, dem § 85 eine präzisere Fassung zu geben.

Schließlich wurde dann noch über den sozialdemokratischen Antrag auf Änderung des § 48 verhandelt, durch den bestimmt werden soll, daß dann, wenn ein Bundesratsmitglied außerhalb der Tagesordnung des Wortes erhält, die Diskussion darüber zu eröffnen ist, was gegenwärtig nicht angängig ist. Ledebour (Zog.) begründete den Antrag mit dem Hinweis auf die Mißbräuche, zu denen die jetzige Bestimmung bereits geführt hat. Es entspreche der Würde des Reichstags und seinem Anspruch auf Gleichberechtigung, daß er auf Ausführungen der Bundesratsmitglieder sofort eine Antwort erteilen könne. Da das Ansehen des Reichstags allen Parteien am Herzen liegen müsse, sei wohl auf einstimmige Annahme zu rechnen.

Lind (natl.) und Strube (fr. Vg.) erklärten sich gleichfalls für den sozialdemokratischen Antrag. Dagegen sprechen Boeren (Zentrum) und mehrere Konlektatve, weil es unnötig sei. Herr Boeren gab allerdings Mißbräuche zu, meinte aber, die Gefahr der Mißbräuche durch den Reichstag sei größer. Singer (Zog.) wies die Einwendungen durch Anführung mehrerer Beispiele aus der Praxis zurück und betonte, die Gleichberechtigung der gleichgebenden Faktoren und das Recht der Minderheit, sich gegen Angriffe wehren zu können, bedingt die Annahme des sozialdemokratischen Antrags. Dann brachte Jehner (Z.) einen Vermittlungsantrag ein, daß die Diskussion zwar nicht von selbst nach der Bundesratsklärung zu eröffnen sei, aber auf Antrag durch Mehrheitsbeschluß eröffnet werden könne. v. Dziembowski (Pole) amendierte den Antrag Jehners dahin, daß an Stelle des Mehrheitsbeschlusses die Unterstützung von 30 Mitgliedern für die Eröffnung der Diskussion genügen solle.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Sozialdemokratie mit 15 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Mit der Mehrheit stimmten außer Zentrum und den drei konservativen Fraktionen auch zwei Nationalliberale, während die Minderheit sich aus den Sozialdemokraten, Freisinnigen, den Polen und den beiden Nationalliberalen Jung und Lind zusammensetzte. Ebenso wurde der Antrag Dziembowski abgelehnt und dann der Antrag Jehner einstimmig angenommen.

Aus der Budgetkommission des Reichstags. (18. Sitzung vom 9. Februar.)

Die Budgetkommission begann heute mit der Beratung des Etats für die Schutzgebiete und in Verbindung damit über das Gesetz, betreffend die Schiffsverbindungen mit überseeischen Ländern. Auf Antrag Lattmann und Genossen ist die verlangte Subventionserhöhung an den Nord- und Ostsee auf 200 000 M. herabgesetzt worden. Wie die Regierung jetzt mitteilt, hat der Lloyd es abgelehnt, unter diesen Umständen die Austral-Hongkong-Linie weiter zu führen. Es gelang der Regierung jedoch, den Lloyd zu bestimmen, daß er die Linie weiter betriebe, dafür mußte sie aber zugeben, daß der Betrieb auf der Linie Neu-Guinea und Singapore eingestellt wurde. Dieser Vertrag läuft mit dem 1. April d. J. ab. Wenn das Reich die Unterstützung für diese Linie nicht auf die geforderten 500 000 M. jährlich erhöht, so will die Lloydgesellschaft keinen neuen Vertrag mehr eingehen, und sie droht, dann die Zahl der Fahrten in der Weise zu ermäßigen, daß Neu-Guinea statt bisher 20 nur noch 8 Dampfschiffsverbindungen im Jahre mit der Heimat haben würde.

In der Kommission drehte sich die Debatte hauptsächlich darum, ob den Norddeutschen Lloyd geschäftliche Gründe zu einer solchen Stellungnahme zwingen, oder ob es sich nur um einen Geschäftstrieb handelt. Der Referent Dr. Semler vertat den ersteren, der Konlektatve Lattmann zum Teil den anderen Standpunkt. Letzterer verlangte eine Nachweisung darüber, was die Lloydgesellschaft an den einzelnen vom Reich subventionierten Linien verdiene. Die Aufschreibungen seien zu hoch, dadurch wäre der Gewinn künstlich heraufgedrückt. Auch die Petitionen der dortigen Weichen seien bestellte Arbeit; denn der Gouverneur habe sie durch ein Rundschreiben veranlaßt! Der Nachweis zu hoher Aufschreibungen wurde noch von anderen Rednern zum Teil an der Hand der Ziffern aus den Jahresberichten des Lloyd erbracht, und es wurde erklärt, daß der behauptete Verlust auf den subventionierten Linien nur ein Buchfug sei, aber kein wirklicher Verlust sei. Vom Staatssekretär Dernburg, dem Unterstaatssekretär von Jonqueres und dem Staatssekretär Kräfte wurde des entgegengesetzte Beweis versucht. Sie vertraten den Standpunkt, daß es die Kommission nichts angehe, was der Lloyd auf den nicht vom Reich subventionierten Linien verdiene. Ein Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigung regte an, das Reich solle, wie seinerzeit die Einzelstaaten die Eisenbahnen, die Schifffahrt nach unseren Kolonien verstaatlichen. Staatssekretär Dernburg wandte sich sehr lebhaft gegen diesen Vorschlag und behauptete, daß ein Vergleich mit dem Eisenbahnbetrieb gar nicht gemacht werden könne.

Abg. Semler beantragt die Abstimmung bis nach Erledigung des Etats für Neu-Guinea auszusetzen, weil bei der Beratung der Kommission die Vorlage der Regierung wahrheitsgemäß mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt werden würde. Die Kommission beschloß demgemäß.

Hierauf erledigte die Kommission den Etat für das Reichsmilitärgericht.

Der Verlehterakter Erzberger verlangt auch hier, daß Ersparnisse gemacht werden. Die Besetzung sei für die zu erledigenden Geschäfte reichlich. Kamentlich behauptete man das vom dritten Senat, von dem Eingewichtete den Weg gemacht hätten, seine Beamten seien bei der Arbeitslosenzählung mitgezählt worden. Der Präsident des Reichsmilitärgerichts verteidigt die auch von anderen Abgeordneten angegriffenen Posten mit dem Erfolg, daß ihm u. a. ein Adjutant von seinen zweien gefürchten wird.

Morgen: Fortsetzung der Beratung des Kolonialetat. — Die Kommissionsitzungen dauern jetzt von Punkt 10 Uhr bis 2 Uhr nachmittags statt wie früher bis 1 Uhr. Die Verhandlungen des Plenums beginnen dementsprechend, außer Sonntags auch eine Stunde später als bisher, also um 2 Uhr.

Aus der Partei.

Die Krise der holländischen Partei.

Amsterdam, 8. Februar.
Die vor nunmehr acht Jahren anlässlich der Schiffsfrage aufgetretenen und von Jahr zu Jahr sich verstärkenden Gegensätze zwischen der marxistischen und reformistischen Richtung in der holländischen Partei haben jetzt einen solchen Höhepunkt erreicht, daß die Parteimehrheit einen außerordentlichen Parteitag für nötig hält zur Austragung der Meinungsverschiedenheiten. Zweifellos hat die Parteimehrheit hierzu das volle Recht. Es kann aber nicht verkannt werden, daß sie diesen Entschluß während einer Verzerrung ohne gleichen gefaßt und dadurch der Gefahr einer Spaltung den Weg bereitet hat. Es ist damit durchaus nicht gemeint, daß eine Spaltung notwendig geworden ist, im Gegenteil; es ist durchaus noch möglich, daß die Parteimehrheit, vor die Gefahr einer schweren Schädigung der ohnehin schon durch Anarchismus und christliche Demagogie gespaltenen holländischen Arbeiterbewegung auf lange Jahre hinaus gestellt, sich besinnen und wieder in ruhiger Bahnen einlenken wird. Zumal eine Spaltung der Partei auch eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, in den Genossenschaften usw. ohne Zweifel über kurz oder lang zur Folge haben würde. Bei den Kammerwahlen im kommenden Sommer, bei den Gemeinderatswahlen und vor allem in dem unvermeidlichen schweren Kampfe um das allgemeine Wahlrecht würde die Kraft der Arbeiterbewegung schwere Einbuße erleiden.

Zur Abwendung dieser Gefahr hatte der Parteivorstand am Sonnabend vor acht Tagen eine Zusammenkunft von hervorragenden Genossen beider Richtungen veranstaltet. Ausgeschlossen hatte er indes die um das marxistische Wochenblatt „Die Tribune“ sich gruppierenden Genossen, deren Kritik an verschiedenen Parteiorganen insbesondere an der Kammerfraktion den letzten Anstoß zum Ausbruch der Krise gegeben hat. Ein von der Mehrheit der Konferenz beschlossener Antrag auf nachträgliches Zulassen der „Tribüne“-Redaktion wurde rückgängig gemacht, da Genosse Troelstra und andere drohten, dann die Konferenz zu verlassen. In der erwähnten Konferenz stellten sich alle Teilnehmer auf den Standpunkt, daß beide Richtungen in der Partei notwendig sind und neben und mit einander in einem Parteiverband zusammenwirken müssen, und daß beide Richtungen volle Gelegenheit haben müssen zur Vernehmung ihrer Meinungen und Ansichten. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der die Erklärung eines Wochenblattes für wünschenswert erklärt, das als Beilage zum „Het Volk“ erscheinen solle und in dem die marxistische Richtung ihre Ansicht zum Ausdruck bringen könnte. Zwei Redakteure aus den Kreisen der Reformisten sollten zu diesem Zwecke der jetzigen revisionistischen Redaktion von „Het Volk“ angegliedert werden. Die marxistischen Teilnehmer der Konferenz forderten zwei von der Volksredaktion ganz losgelöste Redakteure, was von der anderen Seite jedoch als die Spaltung eher fördernd abgewiesen wurde. Ueberdies machten die revisionistischen Teilnehmer zur Vorbedingung der Errichtung des Wochenblattes die Aufhebung der „Tribüne“, während von den Marxisten die Aufhebung der „Tribüne“ als mögliches, keineswegs als notwendiges Resultat der Herausgabe des Wochenblattes angesehen wurde.

Am selben Sonntag fand eine aus allen Teilen von Holland besuchte Zusammenkunft der „Tribüne“-Gruppe statt, die beschloß, an der Herausgabe des Blattes festzuhalten, was auch immer daraus resultieren möge.

Inzwischen erklärten sich die Genossen Henriette Roland-Holt und Genosse M. F. Wibaut bereit, gegebenenfalls die Redaktion des geplanten wöchentlichen Beiblattes der „Tribüne“ zu übernehmen, während Genosse F. van der Woez, allerdings nicht aus prinzipiellen Gründen, dieselbe ablehnte.

Mit Rücksicht auf diese die Einheitsfront der Marxisten gefährdende Lage fand am letzten Sonntag wiederum eine Zusammenkunft der „Tribüne“-Gruppe statt, die von über 100 Genossen, besonders aus den großen Städten besucht war. Diese beschloß nahezu einstimmig, den Beschluß auf Fortbestehen der „Tribüne“ aufrecht zu erhalten, trotz der Erklärungen der Genossen Roland-Holt und des Genossen Wibaut. Das geplante Wochenblatt könne unter den gegebenen Umständen nicht als Garantie für die Freiheit des Wortes und der notwendigen Kritik in der Partei angesehen werden. Es müsse der Zukunft überlassen bleiben, ob die „Tribüne“ als Sammelorgan und Sprachorgan derjenigen Genossen bestehen bleiben müsse, die sich nicht scheuen, auch die Haltung der Partei und ihrer Organe in den praktischen Fragen der Tagespolitik zu kritisieren.

Dieser Beschluß der „Tribüne“-Gruppe ist zu verstehen, da es durchaus noch nicht sicher ist, daß der außerordentliche Parteitag der Gründung des Wochenblattes unter ausschließlich marxistischer Redaktion zustimmt und ob der freien Meinungsäußerung über die Haltung der Parteiorgane in Zukunft nicht wieder durch irgend eine Aktion gegen die Versammlungen der Kritiker Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Anscheinend bezweckt der Plan, ein Wochenblatt herauszugeben, auch nichts weiter als eine wissenschaftliche Beilage für „Het Volk“, die als solche in jeder Hinsicht zu begrüßen, ja notwendig ist, da die Vermittlung der sozialistischen Prinzipien an das Proletariat sehr im Argen liegt.

Bei der Größe der Meinungsverschiedenheiten bleibt nur noch zu hoffen, daß die Parteimehrheit sich nicht zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung verleiten läßt, womit sie sich außerhalb der Gepflogenheiten der internationalen Sozialdemokratie stellen würde. Dahin möchte es kommen, wenn der am Sonnabend und Sonntag zu Deventer — nicht Utrecht, wie zuerst beabsichtigt — stattfindende Parteitag die Unterdrückung der „Tribüne“ oder den Ausschluß ihrer drei Redakteure beschließen würde. Kein Zweifel, daß in einem solchen Falle die ganze, doch nicht so ganz unerhebliche marxistische Richtung in der Partei gestutzt würde, geschloßen sich gegen solchen Beschluß zu erheben. Sie möchte ihn als einen Fleck auf der Ehre der Partei betrachten, den sie weder vor der Internationale noch vor dem holländischen Proletariat verteidigen könnte.

Gemeindewahlen.

In Mainz (Baden) sorgte bei den Bürgerausschuhwahlen in der dritten Klasse die sozialdemokratische Liste mit 203 Stimmen. Das Zentrum brachte es in dem fast 6000 katolischen Orte nur auf 153 Stimmen.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein in Kiel (Kreis-Holsteinischer Reichstagswahlkreis) hat seine Mitgliederzahl trotz der Krise im 4. Quartal 1908 um circa 200 zu erhöhen vermocht. Am 1. Oktober 1908 zählte der Verein 4336 Mitglieder, am 1. Januar 1909 4511, darunter 280 weibliche. Der Verein vereinnahmte in diesem Quartale 9086,08 M., und verausgabte 6845,81 M.

Der Sozialdemokratische Verein Stuttgart hielt am Sonntag, den 7. Februar, seine Generalversammlung ab. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im letzten Quartale 1908 auf 4916 auf 5369 gestiegen ist. Der Verein Degerloch mit 153 Mitgliedern wurde dem Gesamtverein angegliedert. Die Einnahmen aus Beiträgen erhöhten sich von 12 858 M. auf 14 806 M., die Gesamteinnahme von 19 175 M. auf 21 497 M. Veranlaßt wurden 30 öffentliche Versammlungen und 7 allgemeine Parteiverfassungen. Außerdem sind 157 Versammlungen der Bezirksvereine, davon 116 mit Vorkrägen, zu verzeichnen. Der 1. Vorsitzende Westmeyer wurde einstimmig wiedergewählt. Ein Antrag, den Beitrag für weibliche Mitglieder auf 30 Pf. wie bisher zu belassen und auch die „Gleichheit“ diesen Mitgliedern nach wie vor zu Heften, wurde angenommen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, der den Parteigenossen zur Pflicht macht, für ihre Kinder im Alter von 14—20 Jahren die „Arbeiter-Jugend“ zu abonnieren. Ein Genosse Schriftführer W. Müller hat gewerksmäßig gegen Bezahlung aus geschloßenen Parteiverfassungen an die bürgerliche Presse Bericht geliefert. Dagegen wies dieser Bericht seit Jahren betrieben hat, auch bereits verurteilt worden ist, hatte doch das Schiedsgericht einen Ausschlussantrag der Parteileitung abgelehnt. Die Versammlung beschloß mit sehr großer Majorität, die Angelegenheit der Kontrollkommission zu unterbreiten. Da Müller außerdem auch vor dem Schiedsgericht erklärt hatte, aus nichtgeschloßenen Versammlungen nach wie vor Berichte an die bürgerliche Presse liefern zu wollen, sah sich die Versammlung veranlaßt, einen Beschluß zu fassen, demzufolge den Genossen die Berichterstattung aus von der Partei veranfaßten Versammlungen an die bürgerliche Presse generell untersagt wird.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Kummer 5. Die beiden Straßburger reichsverbändlerischen Massenläger Schweigert und Egenmann haben ihren fünften Triumpfh erringt. Am Montag wurde Genosse Kraßer vom „Sächsischen Volksblatt“ zu Zwidau zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht verurteilte den Schwager des 103 Str.-G.-B., weil nicht eigene, sondern fremde Interessen in Frage kamen. Mit Rücksicht auf die Deffinitivität der Verurteilung einseitig und darauf, daß der Angeklagte noch nicht vorbestraft ist, und der Artikel den Ausbruch einer politischen Erregung bildete, wurde der Angeklagte nur mit 50 Mark Strafe belegt.

Aus Industrie und Handel.

Die schlaunen Kohlenbarone.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat sucht sich in dummpfiffiger Weise der gegen seine Preispolitik gerichteten Vorwürfe zu erwehren — indem es unternimmt, Stimmung zu machen für eine ihm noch günstigere Tarifpolitik. Es sei nicht wahr, daß die billigen Auslandsverkäufe den Zweck hätten, den Inlandspreis hoch zu halten.

Die Frachtenfrage spiele eine große Rolle. Die Eigentümlichkeit, daß die drei großen Kohlenbecken Deutschlands an dessen Peripherie gelegen sind, mache es mit Rücksicht auf die Frachtenverhältnisse erklärlich, daß sich die wirtschaftspolitischen Grenzen dieser Becken nicht mit den politischen decken. Für das Ruhrkohlengebiet sei die Grenze nicht Aachen, sondern darüber hinaus Holland und Belgien, da die Frachten von der Ruhr nach dort nicht so hoch seien, daß die Ruhrkohle dort nicht erfolgreich gegen den fremden Wettbewerb aufzutreten könnte. Im Osten dagegen bilde die Elbe die Grenze, da es dem Syndikat auf Grund der hohen Frachten nicht möglich sei, östlich von der Elbe der englischen Konkurrenz erfolgreich entgegenzutreten. Aus den Frachtenverhältnissen erkläre es sich auch, daß die englische Kohle auf dem Berliner Markt die Oberhand gewonnen habe, da sie um 1 1/2 % pro Tonne billiger dorthin zu transportieren sei. Die Frachtenunterschiede bedingten es auch, daß westliche Gebiete von Hannover und Mitteldeutschland englischer Kohle leichter als der Ruhrkohle zugänglich seien. Der Ruhrkohle bleibe sonach nichts weiter übrig, als andere als die inländischen Absatzgebiete aufzusuchen, sobald überflüssige Ware vorhanden sei. Das Kohlenyndikat verkaufe dort im übrigen nicht billiger, als es durch die Konkurrenz gezwungen sei. Die ganze Frage der Preispolitik und der Auslandsverkäufe des Kohlenyndikats stehe unter dem Einflusse der Tarifpolitik der Eisenbahnverwaltungen.

Die Absicht ist ja deutlich genug zu erkennen. Eine einzige Frage genügt, um zu zeigen, was hinter den Redereien steckt. Warum sind im engeren Ruhrrevier die Kohlen gerade so teuer, teilweise sogar noch teurer als in befruchteten Gebieten? Ist da auch die hohe Frucht der schuldige Teil?

Der wirtschaftliche Rückschlag.

Die Hensburger Reismühle soll auf ein Jahr stillgelegt werden, sämtliche Arbeiter wurden gekündigt. Hier stößt man auf die von den Produzentenorganisationsverbände Praxis, durch planmäßige Einschränkung der Erzeugung die Preise in die Höhe zu treiben, die Folgen wirtschaftlicher Rückschläge auf die Arbeiter abzuwälzen.

Der Andrang Arbeitsuchender im Baugewerbe erreichte eine ungewöhnliche Höhe; er betrug im Dezember nicht weniger als 330,7 auf je 100 offene Stellen gegen 215,7 im Vorjahr; die Arbeitslosigkeit bei den Zimmerern stieg im Dezember sogar bis auf 20,99 Proz. Es geht aus diesen Zahlen die starke Stagnation im Baugewerbe deutlich hervor.

Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat sich, wie die Fachzeitschrift „Glückauf“ berichtet, die Lage im Januar weiter verschlechtert. Die Zeichen mühten zahlreiche Preisrückgänge einlegen.

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz erstreckt sich gegenwärtig über das ganze Land, aber nur in den Städten bemerkt man sich, etwas über ihren Umfang zu erfahren. Das Vorkommen von Arbeitslosigkeit und auch die Arbeitsämter aller anderen Orte berichten von äußerst ungünstiger Lage des Arbeitsmarktes.

Das neue auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge ist wohl die von der Ehrenarbeitergewerkschaft in St. Immer arrangierte Lotterie im Emissionswert von 50 000 Fr. Die Regierung in Bern hat sich nicht geäußert, dem bezweifelungslosen Unternehmen unter der Bedingung zuzustimmen, daß von dem Gewinn auch die unorganisierten Arbeiter unterstützt und in der von der Gewerkschaft bestellten Lotteriekommission den Behörden Vertreter eingeräumt werden. Mitreden wollen also die regierenden Kapitalisten und Agrarier, aber nicht mitzahlen.

Staat und Gemeinden, die sonst für jedes Schützenfest Tausende aus den öffentlichen Kassen spenden, tun gar nichts zur Linderung der Not. Auch hier muß die Arbeiterschaft Wandel schaffen.

Nach dem neuesten Bericht der American Ry. Association hat die Zahl der unbefüllten Eisenbahn-Güterwagen in den mit dem 6. Januar beendeten zwei Wochen wiederum eine Zunahme gefunden, und zwar eine recht große. Denn die Zahl jener Waggons stellte sich an dem genannten Datum auf nicht weniger als 339 019, d. h. um 110 942 höher als am 23. Dezember vorigen Jahres.

In den Vereinigten Staaten von Amerika kamen im Laufe des Jahres 1908 insgesamt 15 600 Konkurse von Industrie- und Handelsbetrieben zur Anmeldung gegenüber 11 725 im Vorjahre, 10 682 und 11 520 in den Jahren 1906 und 1905. Die dabei in Betracht kommenden Passiva beliefen sich 1908 auf 222 815 684 Dollar gegen

197 885 225 Dollar, 119 201 515 Dollar und 102 670 172 Dollar in den drei Vorjahren, während ihnen Aktiva in Höhe von 146 190 325 Dollar für 1908, 138 535 645 Dollar für 1907, 66 610 822 Dollar für 1906 und 57 826 090 Dollar für 1905 gegenüberstanden. Die Konkursverluste waren also im letzten Jahre außerordentlich groß. Die Summe aller Passiven bei Konkursen in Industrie- und Handelsbetrieben einschließlich der Wälder und Transportanstalten war im ersten Vierteljahr 1909 reichlich doppelt so groß wie im entsprechenden Vorjahrsabschnitt, im zweiten um 11,3 Millionen Dollar oder 33 Proz., im dritten um 9 Millionen Dollar größer als 1907, während sie im vierten nur 42,5 gegen 81,3 Millionen Dollar im letzten Viertel von 1907 betrug.

An Konkursen von Bankgeschäften, die in den vorstehenden Summen nicht inbegriffen sind, kamen im Jahre 1908: 180 mit 123 126 056 Dollar Passiven zur Anmeldung gegen 132 mit 233 325 972 Dollar im Vorjahre, 58 mit 18 805 350 Dollar im Jahre 1906 und 78 mit 20 227 155 Dollar im Jahre 1905.

Soziales.

Unternehmerterrorismus, Sozialistenhaft und § 153.

Im Februar 1904 bahnte sich in Kiel ein Streik der Schuhmacher an. Auf der Seite der Unternehmer wurde die Bewegung von einer Kommission aus der Innung und der Freien Vereinigung der Schuhmachermeister geführt. Diese Kommission richtete am 28. Februar an die Meister ein Mandatschreiben, in dem sie diese aufzufordern, sich durch Kommandosunterschrift zu verpflichten, die Beschlüsse der Meisterkommission zu respektieren. Es hieß dann weiter: „Kollegen, welche sich dem nicht anschließen, werden bei Ausbruch des Streiks in den Zeitungen namhaft gemacht, diejenigen davon, die an Behörden liefern, werden den Behörden genannt werden.“ (1) Der Meister Hamer hatte auch die gewünschte Kommandosunterschrift geleistet. Da er aber schon vor dem Streik einen höheren Lohn bezahlt hatte, als die Gesellen verlangten, so hatte er natürlich keinen Grund, die Forderungen abzulehnen. Und nun schrieb die Innung an die Marineverwaltung, den Admiral v. Soden einen Brief, in dem es hieß: „Unter den Forderungen befindet sich auch die, daß der erste Mai freigegeben werde. Der Streik wird also von den Sozialdemokraten geschürt. Nur zwei Meister halten sich abseits und zwar ... und Hamer. Es muß auffallen, daß beide, die doch hauptsächlich ihren Verdienst aus Marinekreisen, Offizieren und Jährlingen haben, die Sozialdemokratie unterstützen. Das Kommando möge entscheiden, daß nur solche Meister würdig sind, die Lieferungen zu leisten, die keine Verräter im gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie sind.“ Tatsächlich erging ein solcher Befehl an die Garnison.

Hamer stellte nun Strafantrag wegen Verrufserklärung nach § 153 der Gewerbeordnung. Der Staatsanwalt lehnte ein Einschreiten aber ab. Nun klagte Hamer gegen die Innung zivilrechtlich auf Ersatz eines Schadens von 7480 Mark, der ihm durch die Demagogik entstanden sei. Die erste Instanz erkannte zugunsten des Klägers. Das Oberlandesgericht und sodann das Reichsgericht wiesen aber die Klage zurück.

Das Vorgehen der Innung sei herbeigerufen durch einen Wortbruch. Unlauterer Wettbewerb liege nicht vor, da er doch nicht geschädigt werden sollte, vor allem hätten die anderen keinen Vorteil geholt. Auch um eine Verrufserklärung nach § 153 der Gewerbeordnung handele es sich nicht, da dies nur möglich sei gegenüber Standesgenossen und nicht gegenüber dritten, also hier dem Generalkommando.

Dürfen die Arbeiter ähnliche Mittel auch gegenüber Streikenden anwenden, ohne einer strafrechtlichen und zivilrechtlichen Verurteilung zu entgehen? Gleiches Recht für alle.

Der „Trost“ der Witwe.

Der Landwirt und Arbeiter J. C. aus Hesse bezog seit 1900 infolge einer Schüttellähmung die farge Invalidenrente. Der Zustand besserte sich später etwas, so daß der Invalide wieder landwirtschaftliche Arbeiten verrichten konnte. Im Jahre 1902 erlitt er nun einen sehr schweren Betriebsunfall. Er kam unter einen Wagen und erlitt schwere innere Verletzungen, Bruch des Unterschenkels usw. Die Berufsgenossenschaft weigerte sich eine Unfallrente zu zahlen, da die Invalidität schon vor dem Unfall vorhanden gewesen sei. Als sich sein Zustand später noch mehr verschlechterte, stellte er den Antrag auf Gewährung der Hilflosenrente, die ihm auch im Rekursverfahren gewährt wurde, weil der Unfall den Eintritt der Hilflosigkeit beschleunigt habe. Jahrelang

lag nun der Arme zu Bett, sich und seinen Angehörigen zur Last. Im August v. J. wurde er vom Tode erlöst, und stellte die Berufsgenossenschaft die Zahlung der Rente ein, weil er ja auch die Witwenrente zu gewahren. Schiedsgericht und Landesversicherungsamt wiesen die Klagen der armen Witwe ab. Im Urteile wird darauf hingewiesen, daß die Unfallrente „nicht als Schadenersatz für den Wegfall eines Verdienstes, da er ja schon zur Zeit des Unfalles erwerbsunfähig war, sondern als Beihilfe für die infolge des Unfalles eingetretene Hilflosigkeit und für die hierdurch vermehrte Wartung und Pflege seiner Person“ gewährt worden sei. Mit seinem Tode sei daher diese Voraussetzung weggefallen, auch die überlebende Witwe wird von der Last der besonderen Wartung und Pflege frei, für welche die Hilflosenrente einen Ersatz bieten sollte“. Der Anspruch auf Witwenrente sei daher unbegründet, da ja der Tod nicht infolge des Unfalles, sondern infolge der schon vor dem Unfall bestandenen Krankheit eingetreten sei. Der behandelnde Arzt hatte das Gegenteil in seinem ausführlichen Gutachten behauptet und erklärt, daß ohne den schweren Unfall der Invalide noch jahrelang am Leben geblieben wäre. Die Witwe hat jetzt wenigstens den amtlichen Trost, und zwar im „Namen des Großherzogs von Hessen“, daß sie zwar keine Rente erhält, doch durch den Unfall und den erfolgten Tod ihres Ehemannes „von der Last der Wartung und Pflege frei“ geworden sei ...

Drangsalierung ausländischer Arbeiter.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß entgegen den Staatsverträgen und den Reichsgesetzen landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeiter dem Legitimationszwang unterworfen sind. Nachdem die ministerielle Verfügung nunmehr nicht nur auf die vom Osten kommenden, sondern auf alle Arbeiter erstreckt ist, geht die Polizei damit vor, zu kontrollieren, ob Legitimationskarten vorhanden sind. Für diese hat der ausländische Arbeiter 5 M. (früher 2 M.) zu entrichten. Von verschiedenen Seiten wird und darüber gellagt. Der ausländische Arbeiter ist gezwungen, eine Karte sich zu besorgen; hat er kein Geld, so wird er darauf hingewiesen, daß dann seine Ausweisung bevorsteht, verschafft er sich das Geld durch seine Arbeitskollegen, so wird er nochmals von der Polizei auf die Ausweisungsgesfahr aufmerksam gemacht, wenn er es unterläßt, beim Wechsel der Arbeitsstelle den Wechsel polizeilich bescheinigen zu lassen. Ausländischen Arbeitern in Berlin gehen jetzt Formulare folgenden Wortlauts zu:

„Berlin, den ...
Es bedarf der Feststellung, ob Sie bereits Ihrer Verpflichtung der Inlandslegitimierung genügt haben.

Sie werden deshalb ersucht, sich im Geschäftszimmer des ... Polizeireviere ... einzufinden und durch Vorlegung einer Arbeiterlegitimationskarte auszuweisen zu wollen.

Sollten Sie sich bereits im Besitz einer solchen befinden, so bedarf es der Erneuerung der Karte für das laufende Kalenderjahr 1909.

Zu diesem Zweck werden Sie ersucht, unter Vorlage der Karte und Ihrer sonstigen Legitimationspapiere bei dem Revier bezw. Polizeibehörde Ihrer Arbeitsstätte die Erneuerung der Karte innerhalb 14 Tagen nach Empfang dieser Benachrichtigung bei Vermeidung der Ausweisung zu beantragen.

Die Erneuerung geschieht kostenlos.

... Polizeirevier.“

Es wäre angebracht, daß ein Ausländer einmal die angebotenen Konsequenzen abwartet und dann mit Hilfe seiner Organisation gegen die Polizei und den Minister des Innern eine Schadenersatzklage anstrengt, um die Rechtsungültigkeit des Legitimationszwanges durch das Reichsgericht feststellen zu lassen. Dieser Weg kostet aber Geld. Auf jeden Fall empfiehlt sich eine Beschwerde der Ausländer bei ihrem Auswärtigen Amt wegen der geschilderten Verletzung der Staatsverträge und des internationalen Rechts.

Eingegangene Druckschriften.

Soeben erschienen: Nr. 4 des Sächsischen Postillon. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Sächsische Wählerform (Bild), Schredlich (Bild), Ein Entschluß (Bild), Verfüßliche Konstitutionsfreunde (Bild). — Zu Darwin's 100. Geburtstag (Leitgedicht), Der Löwin, Was in der Welt vorgeht, „Unständige Leute“, Prager Hummel, Landarbeiterlust, Was man zum Diplomaten braucht, Aus dem Tagebuch eines Abdrillen, Cavalleria Siziliiana, und eine Menge kleinere Beiträge.

Kunst und Künstler. Heft 5. Monatschrift für bildende Kunst und Kunstgewerbe. Vierteljährlich 6 M. B. Cassirer, Berlin W., Derslingerstraße 16.

Geschäftsbericht 1908 des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Jahrbuch Leipzig, 47 Seiten. Selbstverlag.

Die verhässlichste böhmische Unversität. Von Prof. D. Erdmilo. 16 Seiten. Verlag: Narodni rada osaka in Prag.

Die Musikmappe. Heft 5. Monatlich ein Heft. 50 Pf. B. Kobach u. Co., Berlin.

Mehrere Waggons Emaille und Porzellan

ausserordentlich billig

Emaille

- Wasserkessel mit u. ohne Sock 58 78 98 Pl.
- Kaffeekannen grau, neublau und braun 25 38 58 Pl.
- Schmortöpfe mit Ring 68 85 Pl.
- Kasserollen ohne Ring 14 28 38 Pl.
- Waschbecken mit Seifennapf 25 35 48 Pl.
- Emailleteller tief und flach .. 6 7 9 Pl.
- Schaffnerkannen 14 24 36 Pl.
- Näpfe weiss und blau 5 7 9 Pl.

Emaille

- Maschinentöpfe mit und ohne Ausguss ... 12 16 28 Pl.
- Kaffeeteller 6 8 10 Pl.
- Wassereimer 68 95 Pl.
- Dekorierete Eimer Prima Ware 2.45

Diverse Gebrauchsartikel nach Gewicht

Serie I	Serie II	Serie III
Pfund 25 Pl.	38 Pl.	48 Pl.

Porzellan

- Kaffeeservice für 6 Personen, 8tellig .. 1.95
- Kaffeeservice f. 6 Personen, 9tellig 2.50
- Dejeuners dekoriert, 5tellig 98 Pl.
- Kompotteller dekoriert 6 Stück 85 Pl.
- Kaffeetassen dekoriert 12, 15, 20 Pl.
- Kaffeeteller dekoriert 8, 10, 15 Pl.
- Kaffeetöpfe böhmische Form 8 Pl.

Brunnen-Str. 17-18

H. Greifenhagen Nchf.

Veteranen-Strasse 1-2

Heute Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Der heutige Zahlabend

in Berlin wie in den Vororten erfordert angesichts der wichtigen, im Hinblick auf die bevorstehende Arbeitslozenzählung zu machenden instruktiven Mitteilungen das Erscheinen aller organisierten Parteigenossen.

Die Genossen von Friedenau ersuchen diejenigen Berliner Genossen, welche auf den Arbeitstellen und Bauten mit Friedenauer Arbeitern zusammenkommen, dieselben auf die heute Mittwoch von 2 bis 9 Uhr nachmittags im Restaurant „Hohenzollern“, Handbergstraße 64, stattfindende Gemeindevertreterwahl aufmerksam zu machen und sie zur Ausübung ihres Stimmrechts zu veranlassen.

Für die Hinterbliebenen der Parteigenossen, welche Opfer der Grube Rabbod wurden. Vergarbeiter, Bezirk 713 180. M. W. Kempelhofer Nr. 6, Lotterieberein „Große Hoffnung“ 420. Ueberkauß einer Kranzspende R. W. D., Abt. M. W. R. 10, 20. Aus der Sechserklasse des 108. Bezirks 5, Eisbeinessen S. P. 5, Lesabend der Frauen vom 8. Kreis, 8. Abteilung 2, 10. Rabbod durch Varentin 2, 50. Summa 38,80 Mark an das Sekretariat in Dortmund abgehandelt. Emil Voeste, Kassierer.

Zur Lokalliste. Am 13. d. M. veranstaltet in Wilmersdorf der Theaterverein „Einigkeit“ im „Seeschloßchen“, Kaiser-Allee, einen Maskenball; ein gleiches Fest feiert am 20. d. M. in Lichterfelde der Grundbesitzerverein im Lokal von Gunda-Lach sowie der dortige Rauchverein im Lokal von Edel. Die genannten Lokale stehen der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung und sind daher alle etwa angebotenen Billets entschieden zurückzuweisen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch einmal ganz besonders darauf hinweisen, daß in Mariendorf den dortigen Genossen das einzige größere Versammlungslokal entzogen ist. Herr Grasse, Chauffeurstr. 308, der neue Inhaber des Lokals „Zum alten Kolanier“, glaubte sich dadurch möglichst vorteilhaft beim Publikum einführen zu können, daß er sämtliche dort tagende Arbeitervereine hinauswarf. Da dieses Lokal als Durchgangslokal zu den dortigen Friedhöfen benutzt wird, so ersuchen wir speziell die Berliner Parteigenossen, sich diese Helldiener des Herrn Grasse zu merken und das Lokal streng zu meiden. Die Lokalkommission.

All-Offenide. Heute Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Troppeus, Rudower Str. 53, eine Mitglieder-versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Gemeindevertreterwahl. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. Da in dieser Versammlung die Angelegenheit der Arbeitslozenzählung in unserem Orte auf der Tagesordnung steht, so ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

Am Sonntag, den 14. Februar, findet eine Flugblattverbreitung im Orte statt. Die Materialausgabe erfolgt am Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Troppeus.

Berliner Nachrichten.

Die Schulen und der englische Königseinzug.

Allen Patrioten und namentlich unserer Schuljugend ist es schon geläufig, daß bei höfischen, dynastischen Veranstaltungen Schulschluß erfolgt, eine Maßnahme, die vom pädagogischen Standpunkte aus als eine durchaus schädliche betrachtet wird, weil durch die Unregelmäßigkeit des Unterrichts dieser selbst erheblich leiden muß. Und da bis Montag keine Anordnung erfolgte, daß am Dienstag, dem Tage des Königseinzuges, die Schule geschlossen sei, glaubten schon pädagogische Kreise daran, daß nunmehr endlich eine Umkehr zum Besseren eintreten würde. Sie hatten aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die höhere Schulverwaltung war gewöhnt, daß immer in letzter Stunde aus dem Schlosse oder aus dem Ministerium telegraphische Anweisungen auf Schulschluß ergehen und hatte sich deshalb zurückgehalten, selbständig zu handeln, um höheren Entschließungen nicht vorzugreifen.

Als diese ausblieben, hat noch Montag abend das Provinzial-Schul-Kollegium beschlossen, den Unterricht ausfallen zu lassen. Die höheren Lehranstalten, die unter dem Provinzial-Schul-Kollegium stehen, erhielten den Bescheid gestern früh direkt, so daß die Schüler noch vor Beginn des Unterrichts wieder nach Hause geschickt werden konnten. Den Leitern der übrigen Anstalten wurde die Anweisung durch Vermittelung der städtischen Schuldeputation gestern vormittag durch Notepostkarten zugestellt, so daß die Kinder erst zwischen 10 und 11 Uhr entlassen werden konnten.

So lautet wenigstens eine Meldung der „Vossischen Zeitung“. Eine Mitteilung der „Täglichen Rundschau“ besagt, daß diese Anordnung auch wieder auf kaiserlichen Befehl in letzter Stunde angeordnet worden sei. Wir lesen da folgende erbauende Notiz:

„Frei oder nicht frei“ — das war für Lehrer wie Schüler die große Frage, über die noch heute früh Unklarheit herrschte. In Berlin begaben sich die Schüler und Schülerinnen der meisten Lehranstalten heute wie gewöhnlich zum Unterricht. Ein großer Teil wurde dann folglich oder bald nach 8 Uhr entlassen, viele andere aber durften erst um 10 Uhr oder noch später nach Hause gehen. Kinder mit Schulranzen konnte man zu dieser Zeit zahlreich auf den Straßen erblicken. Offenbar hat allgemeiner Wirrwarr geherrscht, und in den Vororten ganz besonders. So wird uns aus einem größeren Berliner Vorort folgendes berichtet: Hier sah man dem heutigen Dienstag mit Spannung entgegen. Der Montag brachte auf dem Umweg über den Magistrat bloß die Verfügung, daß während der Festtage gestagt werden solle — vom Ausfall des Unterrichts war keine Rede. Auch die erste Morgenpost enttäuschte heute die Herrenden. Endlich, kurz nach 10 Uhr, nachdem eben die dritte Unterrichtsstunde begonnen hatte, lief ein Schreiben des Provinzial-Schul-Kollegiums ein, worin mitgeteilt wurde, daß auf Allerhöchstem Befehl am heutigen Tage aus Anlaß des Einzuges des englischen Königs der Unterricht ausfallen solle. Der Brief trug den Poststempel 4-5 W., war also in der Nacht aufgegeben worden. Die Gemeindeschulen erhielten bis zur

Stunde — 11 Uhr vormittags — keine derartige Verfügung. Dort mußte also — mehr oder weniger lustig — weiter Schule gehalten werden.“

Nach diesen Mitteilungen scheinen die in der Berliner Stadtoberordnetenversammlung wiederholt geführten Erörterungen über die Pflichtigkeit einer solchen Anordnung und auch über ihre Schädlichkeit an den in Betracht kommenden Stellen spurlos vorübergegangen zu sein. Ganz abgesehen von der Verpottung der Selbstverwaltung, die in einer solchen Anordnung liegt, greift sie tief in die Verhältnisse vieler Familien ein. Viele Eltern, Vater und Mutter, sind genötigt, um Brot für die Familie zu schaffen, gemeinsam ihrem Brotwerb nachzugehen. Durch eine derartige plötzliche Anordnung des Schulschlusses werden viele Gemeindeschulkinder solcher Eltern oft bis Mittag ausgesperrt und sind den Gefahren der Großstadt ausgesetzt.

Es ist wirklich höchste Zeit, daß endlich solchen direkt schädlichen Anordnungen ein Ende gemacht wird.

Der Einzug des englischen Königspaares in Berlin ist gestern programmäßig erfolgt. Obwohl die Presse keine Einladungen erhalten hatte, wissen die bürgerlichen Blätter langes und breites über die Einzugszeremonie zu berichten. Am Lehrter Bahnhof herzliche Begrüßung und Vorstellung. Abmarschieren der Ehrenkompagnie, am Brandenburger Tor Begrüßung durch die städtischen Behörden. Während der Oberbürgermeister am Krustentisch seine Rede hält und von den guten Beziehungen der beiden Völker spricht und sich freute, daß Eduard heute ins Rathaus kommen will, bewillkommen die diesmal blau gekleideten 12 Ehrenjungfrauen unter Führung des Bürgermeisters die Königin; dann geht's nach dem Schloß. Vom Lustgarten her kommt Kanonenboom. Eine Reihe Offizierspferde bäumen sich. Ein Hauptmann des 1. Garderegiments konnte noch absteigen, bevor das Pferd sich bäumte, während ein anderer Hauptmann mit seinem steigenden Pferde zu Falle kam. Er konnte sich, während das Pferd über den Lustgarten rannte, erheben und wieder ins Glied zurücktreten.

Darauf Verköstigung der spazierbildenden Regimenter und schließlich Einfahrt ins Schloß. Hurrahschreier hatten sich trotz der strengen polizeilichen Absperrung noch genug eingefunden. Unter den Kindern ist viel Papier, namentlich blaues, verwendet worden, selbst die Anschlagtafeln waren festlich aufgeputzt.

Unter den unter den Linden festlich geschmückten Gebäuden wird von einigen Vätern das Haus unter den Linden 2 geräumt und betont, daß die Dekorationen von der bekannten Londoner Mobiliensfirma Waring, Wilson u. Co. ausgeführt sind, deren Inhaber Witter Worring, ein Freund König Eduards, zu diesem Zwecke selbst in Begleitung von mehreren englischen Arbeitern in Berlin eingetroffen ist. In Berlin gab es ja auch keine Arbeiter. Vermerkt wurde auch sehr, daß aus dem Schmutz die Inschrift hervorleuchtete: „Blut ist dicker als Wasser!“

Unmittelbar vor Eintreffen des Juges ertitt in der Siegesallee die 54-jährige Frau Schmidt aus Chemnitz einen Schlaganfall und war sofort tot.

Die Redaktion der „Zeit am Montag“ schreibt uns: „Zu unserem nicht geringen Erstaunen hat ein Mitglied des Aktionsausschusses der sozialdemokratischen Partei den Umstand, daß wir über das Statthaben der Arbeitslosenversammlungen unter der Spitzmarke „Eduards Empfang“ berichteten, für „völlig unangebracht“ empfunden. Daß die bitter ironische Ueberschrift, die doch gerade den Gegensatz zwischen der harten Not auf der einen und dem „patriotischen“ Wrimborkium auf der anderen Seite andeutet, so angelegt werden konnte, als ob die Partei etwa die Arbeitslosen zum „Spazierbilden“ befohlen hätte — diese Deutung erscheint angesichts unseres gerade in der letzten Zeit häufig genug zum Ausdruck gebrachten Standpunktes zu der 60 000 Mark-Bewilligung geradezu absurd.“

Es mag sein, daß die Redaktion der „Zeit am Montag“ mit der ominösen Spitzmarke zu der Ankündigung der Arbeitslosenversammlungen nicht die Deutung hat hervorgerufen wollen, die ihr gegeben worden ist; daß sie aber so, wie geschehen, angefaßt werden konnte, erzieht sie aus der von uns veröffentlichten Inschrift. Und deshalb war es auch unserer Meinung nach sehr am Platze, jeder Mißdeutung durch die Teilnehmer der gestrigen Versammlungen entgegenzuwirken.

100 Prozent Gemeindesteuer, wie in den Vorjahren, wird die Stadtgemeinde Berlin auch im kommenden Etatsjahre erheben.

Erhöhung des Schulgeldes für die Volkshochschule — das ist das Resultat der Ausschussberatungen über die Vorlage des Magistrats betreffend „Neueinstellung der Schulgeldder für Schüler und Schülerinnen der Fortbildungsschulen“. Der Hinweis unserer in Aussicht vertretenen Genossen, daß es die Pflicht der Gemeinde sei, eine derartige der Fortbildung weiterer Kreise gewidmete Institution nicht durch eine Erhöhung des Schulgeldes zu beeinträchtigen, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. Man stellte sich auf den Standpunkt, daß die pro Stunde erhobene Sätze gewissermaßen nur ein Äquivalent des Schulgeldes bedeuten und daß die meisten jungen Männer und Mädchen so gestellt wären, diese geringfügigen Summen zu bezahlen. Sollten wirklich bedürftige Schüler nicht in der Lage sein, das Schulgeld zu zahlen, so seien freistellen bis zu 10 Proz. der zahlenden Schüler vorgezogen, von denen bisher nicht im vollen Umfange Gebrauch gemacht worden sei. Von dritter Seite wurde angeregt, die in der Magistratsvorlage enthaltene höhere Belastung der weiblichen Schüler zu beseitigen und sie den männlichen gleichzustellen. Unter Ablehnung dieses Teils der Magistratsvorlage fand dieser Vorschlag die Zustimmung des Ausschusses. Die Sätze der einzelnen Fächer stellen sich nunmehr wie folgt:

Fortbildungsschulen für Jünglinge.

1. Für Englisch, Französisch, doppelte Buchführung, kaufmännische Korrespondenz, Stenographie, Maschinenschriften, Wechselkunde, Warenkunde, Gesehede, Aktmodellieren, Zeichnen, Nachzeichnen, Projektionszeichnen, Bildezeichnen, Figürliches Zeichnen, Aquarellieren, Schriftzeichnen pro Wochenstunde im Halbjahre je 1,25 M., höher 1 M., mit Ausnahme von Gesehede, wofür früher kein Schulgeld entrichtet wurde.

2. Für Deutsch, Rechnen, Elementares Zeichnen, Schönschreiben, Algebra, Geometrie, Trigonometrie, Physik, Chemie, Elektrotechnik, Einfache Buchführung und Geographie pro Wochenstunde im Halbjahre je 0,25 M. Sämtliche Fächer bisher schulgeldfrei.

3. Für Modellieren werden außer 0,25 M. pro Wochenstunde Schulgeld für das Halbjahr noch 1 M. für Materialkosten erhoben, so daß bei 4 Unterrichtsstunden 0,50 M. pro Wochenstunde zu entrichten sind. Bisher für Materialkosten halbjährlich 1 M.

Fortbildungsschulen für Mädchen:

1. Für Handarbeit, Wäschezuschnitten, Maschinennähen, Putzmachen, Ausbessern, Maschinennähen, in Verbindung mit Deutsch, Rechnen, einfache Buchführung, Schönschreiben, Zeichnen, Geographie, zusammen pro Halbjahr 4 M.

2. Für Deutsch, Rechnen, Schönschreiben, Zeichnen, einfache Buchführung, Geographie pro Wochenstunde im Halbjahre 25 Pf.

3. Für Stenographie und Maschinenschriften mit je 2 Wochenstunden, pro Kursus im Halbjahre je 2 M.

4. Für Englisch, Französisch, doppelte Buchführung, kaufmännische Korrespondenz pro Wochenstunde im Halbjahre je 1 M.

5. Für Schneidern, Plätten, Kochen pro Halbjahr 6 M., für gleichzeitig zwei der Fächer zusammen monatlich 1,50 M.

6. Für Nahrungsmittellehre pro Wochenstunde im Halbjahre je 50 Pf.

7. Gesang und Turnen frei.

Offenlich gelangt es, im Plenum der Stadtoberordneten noch einige Erleichterungen herbeizuführen, trotz des ablehnenden Standpunktes des Ausschusses.

Eine eigenartige Naturerscheinung wurde gestern morgen im Nordwesten von Berlin beobachtet. Kurz nach 7 Uhr zog eine außerordentlich dicke Nebelwand, die jedoch nur eine Breite von etwa zwei Kilometern hatte, aus nordwestlicher Richtung kommend, über Roabit und wurde langsam durch den Luftstrom bis zur Spree vorgeschoben. Ueber die Spree hinweg drangen nur Ausläufer des Nebels, während das Zentrum der Dunstmasse in nördlicher Richtung abzog. Mit dem Nebel, der übrigens so dicht war, daß man kaum zwanzig Meter weit zu sehen vermochte, war ein intensiver Rauchnebel verbunden, der sich an Bäumen, Telefon- und Straßenbahntrahnen ansehte und eine prächtige Winterlandschaft herborzauberte. Um 8 Uhr war bereits die eigenartige Erscheinung verschwunden.

Zur Arbeitslosenfürsorge des Berliner Magistrats.

Umfangreiche Entlassungen sind am letzten Sonnabend wieder in einzelnen Revieren der städtischen Parkverwaltung erfolgt. Es wird uns berichtet, daß im Revier Treptow 27 Arbeiter und im Revier Kreuzberg 18 Arbeiter entlassen wurden. Weitere Entlassungen sind für den kommenden Sonnabend angekündigt. Das Eigenartige in dieser Sache ist aber, daß diese Maßregel direkt vom Herrn Oberbürgermeister ausgehen soll, und zwar soll der Zweck der Entlassung der sein, zu verhindern, daß die entlassenen Arbeiter, die als sogenannte Saisonarbeiter bezeichnet werden, als sog. Tagearbeiter Anspruch auf den Lohn dieser Kategorie 3,50—4,00 M. erheben könnten. Um dies zu verhindern, werden die Arbeiter einfach auf einige Wochen entlassen, um dann von neuem wieder eingestellt zu werden. Den Entlassenen wurde in Aussicht gestellt, daß sie Ende d. Mts. bei den Arbeiten im Schillerpark beschäftigt werden würden. Wir geben die Zuschrift, daß der Herr Oberbürgermeister aus den angeführten Gründen die Entlassungen verfügt habe, nur mit Vorbehalt wieder. Schon um deswegen, weil von dieser Stelle wiederholt in den letzten Tagen und auch gerade in bezug auf die Parkverwaltung die Möglichkeit von Arbeiterentlassungen in Uebrede gestellt wurde. Im übrigen sind die Entlassungen auch nicht wegen Arbeitsmangel erfolgt. Von zuständiger Seite wurde erklärt, daß Arbeit in Menge vorhanden sei.

Es bleibt nur die Annahme übrig, daß die Entlassungen erfolgten, um zu verhindern, daß die Saisonarbeiter, die zurzeit 85 Pf. Stundenlohn erhalten, jenseits den Lohnjah der Tagelöhner von 8,75 bezw. 4,00 erhalten. Und darum schwingt der Magistrat die Hungerpeitsche.

Diese „Sozialpolitik“ verdient gerade jetzt, wo Millionen für Fürstentumspänge ausgegeben werden, die wahre Kennzeichnung als rückständig und arbeiterfeindlich.

Nach Unterschlagung von 10 000 Mark ist der 33 Jahre alte aus Greifenberg gebürtige Kaufmann Georg Baumann aus der Brunhildstraße 10 flüchtig geworden. Baumann machte den Chinafeldzug mit, trat hiernach bei der Palettschiff-Gesellschaft Starke u. Co. ein, wurde Vorsteher des Zweigbüros in der Potsdamer Straße 56 und verheiratete sich in dieser Stellung, in der er sein gutes Auskommen hatte. Am Sonnabend kam er wie gewöhnlich nach der Postkassette in der Ritterstraße, um abzurechnen. Er konnte nicht den vollen Betrag der Verrechnung ablefern, sondern nur eine Teilzahlung leisten, und erklärte das damit, daß er noch nicht alles einkommen habe. Etwas Böses dachte man sich dabei nicht. Erst als Baumann am Montag nicht mehr ins Geschäft kam, schöpften man Verdacht und sah nun die Bücher durch. Hierbei ergab sich, daß 10 000 M. fehlten. Jetzt wurden Schritte zur Verfolgung des Angetreuen getan, der nach der Abrechnung auch nicht mehr zu seiner Familie zurückgekehrt war. Der Flüchtige ist 1,80 Meter groß, hat eine aufrechte, stramme Haltung, dunkelblondes Haar und Schnurbart und trägt einen dunklen glatten Ueberzieher mit schwarzem Pelztragen und einen schwarzen steifen Hut.

Folgen schwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen. Auf der Straßenbahnlinie Köpenick-Röpendal hat sich gestern ein Zusammenstoß ereignet, der von schweren Folgen begleitet war. Bei Wörners Blumengarten in Ober-Schöneweide stießen zwei vollbesetzte Motorwagen mit solcher Wucht zusammen, daß die Fahrgäste von ihren Sitzen heruntergeschleudert wurden. Mehrere Personen erlitten bei dem Unfall Verletzungen. Einer Frau Krümming aus Treptow drang die Hutnadel eines neben ihr sitzenden jungen Mädchens tief in den Kopf. Schwer verletzt wurden ferner zwei Arbeiter. Geringfügiger waren die Wunden, die sich die anderen Fahrgäste zugezogen haben. Beide Wagen wurden stark beschädigt. Die Ursache des Zusammenstoßes ist angeblich darauf zurückzuführen, daß der von Köpenick kommende Wagen die Ausweichgleise überfuhr.

Beim Eislaufen ertrunken ist gestern nachmittag der 27-jährige Schriftfeger Paul Jenker aus der Thurneyscherstr. 3 b. Z. war mit einem Kollegen, dem 24 Jahre alten Arnold Sander, Landsberger Allee 146, nach dem Tegeler See gegangen, um Schlittschuh zu laufen. Die beiden jungen Leute wagten sich auf eine abgegrenzte gefährliche Stelle heran und brachen ein. Drei Herren, die in der Nähe waren, eilten den Gefährdeten zu Hilfe, und es glückte ihnen auch, die beiden aus dem Wasser herauszuholen. Während bei S. die Wiederbelebungsbemühungen von Erfolg gekrönt waren, bemähte man sich bei Z. vergeblich; er hatte den Tod bereits im Wasser gefunden. — In großer Lebensgefahr schwebte ferner der Hausbesitzer Zornmann aus Tegel. Er brach ebenfalls auf dem Tegeler See ein, wurde aber noch im letzten Augenblick gerettet.

Eingebrochen und ergrunten. Auf dem Müggelsee bei der Rettungsstation Rahnsdorf brachen gestern nachmittag nach 5 Uhr zwei Personen ein. Der Müggelsee war polizeilich freigegeben, doch hatten sich die beiden auf die noch nicht sichere Fahrwinne nach Müggelwerber gewagt. Während es gelang, den einen zu retten, erkrankt der andere. Nach der Reiche wurde bisher vergeblich gesucht.

Herr Rahardt, der Obermeister der Tischlerinnung, hat sich in einer kürzlich stattgefundenen Versammlung der Tischlermeister über eine Firma Partsch und deren Verhältnis zum „Lokal-Anzeiger“ geäußert, worüber wir berichteten. Zu dieser Angelegenheit schickt uns Herr Rechtsanwält Hahn folgendes Schreiben:

„Sie bringen in der Nr. 30 des „Vorwärts“ vom 5. d. M. eine Notiz über die Versammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen Berlins, nach der der Obermeister Rahardt geäußert haben soll, daß die Möbelfirma Partsch aus Aerger darüber, daß sie von der Aus-

Stellung der Berliner Holzindustriellen ausgeschloffen wurde, einen eingeschriebenen Brief an die Firma August Scherl geschrieben und gedroht habe, sie würde nicht mehr im „Vokal-Anzeiger“ inserieren, falls noch weitere Besprechungen über die Tischler-Ausstellung erschiene.

Im Auftrage der Firma Rudolf Wartsch ersuche ich Sie ergebenst, Ihre Mitteilung dahin zu berichtigen, daß die Firma Rudolf Wartsch niemals an den Berliner „Vokal-Anzeiger“ einen Brief mit dem von dem Obermeister Rahardt angegebenen Inhalt geschrieben hat und die Behauptung des Herrn Rahardt aus der Luft gegriffen ist.

Ich habe auch bereits Auftrag, die Privatklage wegen Verleumdung gegen Herrn Rahardt anzuführen.

Da Herr Rahardt den Beweis für seine Behauptung erbringen wollte, wird es nicht uninteressant sein, den weiteren Verlauf der Angelegenheit zu verfolgen.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern gegen 12 Uhr mittags in der Köpenicker Straße dicht am Glesischen Tor. Dort wurde ein älterer Herr von einem Steinwagen überfahren und schwer verletzt. Am Kopfe hatte der Verunglückte stark blutende Wunden erlitten, ein Bein war vollständig gebrochen, so daß die Knochen splitter herausliefen. Vollständig hilflos lag der Kerne auf der Straße. Hilfsbereite Passanten machten sich sofort auf die Beine, um zwei in der Nähe wohnende Ärzte herbeizuholen, trafen aber niemand zu Hause an. Inzwischen bemühten sich andere, den am Schließlichen Tor ständig stationierten Schutzmännchen aufzugeben. Vergeblich, obwohl einige Zeit vorher mindestens 10 Schutzleute den in der Schließlichen Straße-Curtwistraße ruhig ihres Weges gehenden Arbeitslosen den Weg versperrten. Einige Hilfsbereite telephonierten an die Inhaftation in der Dresdener Straße, wo ihnen der Rat gegeben wurde, sich an die Rettungswache Glesischer Bahnhof zu wenden. Von dort kam der Bescheid, die Samariter sollten einen Schutzmännchen holen. Es war aber keiner zu finden. Die hatten gestern Besseres zu tun. Um nun dem Schwerverletzten zu helfen, packten ihn Passanten in eine Droschke und schafften ihn nach einem Krankenhaus. Das Publikum, das sich angesammelt hatte, gab ganz unerbittlich seiner Empörung über die „polizeiliche Hilfe“, die fast stets verfehlt, wenn man sie braucht, Ausdruck.

Falsch verstanden. Unsere Notiz in der Sonntagsnummer, daß ein Mitglied der Reichstagsfraktion eine Einladung des Bundes der Industriellen zur Besprechung des Arbeiterkammergesetzentwurfs gefolgt sei, sich aber, weil er dort brüskiert wurde, gleich wieder entfernt habe, ist von unserem Hallschen Bruderblatt aufgefaßt worden, als ob der betreffende Genosse möglicherweise auch — der Bewirtung wegen hingegangen sein könnte! Die Einladung lautete zu einer Versammlung, nicht zu einem Banquet, und es konnte der ganzen Fraktion nach sich nur um eine Versammlung handeln. Den Wählern wird von bürgerlichen Parteien sehr häufig Frei- bier gependelt, bei den Abgeordneten wagt man das denn doch noch nicht. Uebrigens ist gerade der Genosse, um den es sich hier handelt, der letzte, welcher alkoholischer Genüsse wegen auch nur einen Schritt gehen würde; die Notiz des „Hallschen Volksblattes“ hat darum in eingeweihten Kreisen hier nicht geringe Heiterkeit erregt.

Der Zeitung der Anstalt Wuhlgarten wird ein schwerer Fehler zur Last gelegt. Der 22jährige Handelsmann Hermann Wollig, der vor etwa einem Jahre unter dem Verdacht, die Witwe Wiesner in der Gerichtstraße ermordet zu haben, verhaftet und nach der Anstalt für Epileptische in Wuhlgarten gebracht wurde, ist jetzt als gesund aus der Anstalt entlassen worden, da die Ärzte überzeugt sind, daß er weder geisteskrank noch geisteschwach ist, sondern es verstanden hat, Epileptische vorzutun. Im Gefäß seiner Sicherheit stattete Wollig am Sonnabend auf dem Polizeipräsidium dem Kriminalkommissar, der hauptsächlich die Untersuchung gegen ihn geführt hatte, seinen Besuch ab. Seine mit lebhafter Befriedigung zur Schau getragene Freude, daß man ihn garnichts antun könne, währte jedoch nicht lange. Die Kriminalpolizei, die durch ihn selbst so reich von seiner Freilassung erfuhr, verhaftete ihn wieder und wird die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen ihn beantragen.

Wollig durfte nach den geltenden Bestimmungen aus der Anstalt Wuhlgarten überhaupt nicht entlassen werden. Er war als polizeilicher Kranker, wie der Ausdruck lautet, eingeliefert worden und durfte, auch wenn ihn die Ärzte für gesund erklärten, nur nach vorheriger Genehmigung der Polizeibehörde die Anstalt verlassen. War er nämlich nicht Epileptiker, so hätte ihn dann die Behörde gleich in Untersuchungshaft genommen, um die menschliche Gesellschaft vor einem solchen Individuum zu schützen. Es liegt also bei der Entlassung des Wollig ein schwerer Fehler der Anstaltsleitung vor, der noch weitere Untersuchungen nach sich ziehen wird, um in Zukunft derartige Mißgriffe zu vermeiden.

Konsumgenossenschaftliches. Nach Feststellung der Umsätze der Konsumvereine von Groß-Berlin für das zweite Halbjahr 1908 (Juli bis Dezember) ergibt sich ein Gesamtumsatz in den sechs Monaten von 211 175.— M., es ist dies gegen die gleiche Zeit des Vorjahres ein Mehrumsatz von 308 659.— M. In den gesteigerten Umsätzen sind ganz besonders die Konsumgenossenschaft Berlin (23,1 Proz.), Adlershof (19,3 Proz.) und Potsdam (27,7 Proz.) beteiligt, während bei den übrigen Vereinen zum Teil sogar ein kleiner Rückgang infolge der allgemeinen Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. Bereits in 77 Verkaufsstellen ist für Groß-Berlin Gelegenheit zur Beteiligung gegeben, von der die arbeitende Bevölkerung mehr als bisher Gebrauch machen sollte. Einige der Vereine Groß-Berlins beschäftigen sich bereits mit den Vorarbeiten zur Errichtung von Bäckereien, welche als Musterbetriebe eingerichtet werden sollen, und geben zur Bekämpfung des dazu nötigen Kapitals sogenannte Hausbau- oder Grundstücksantelle a 20, 100 und 500 M. heraus; es sind davon im Monat Januar bereits für rund 30 000 M. gekauft worden. Die schon seit Jahren geplante Seifenfabrik der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine hat nun endlich auch die Genehmigung der Behörden gefunden und wird bereits in den nächsten Wochen mit dem Bau derselben begonnen werden. Es ist hierzu ein 40 000 Quadratmeter großes Areal in Gröba bei Niela erworben und soll die Seifenfabrik nur der Anfang einer weiteren Anzahl von Fabriken der Konsumvereine bilden, die dann nicht nur den Zwischenhändlergewinn sondern auch den Unternehmergewinn den organisierten Konsumenten zuführen.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin u. Umgegend, hielt am 7. Februar d. J. im Friedrichshain (Brauerei) eine Ausschüßung ab. Zur Aufnahme waren erschienen Verein „Süd-Weiß, Berlin“, sowie der Vertreter von „Freier Männer-Chor, Rathenow“. Die Aufnahme beider Vereine wurde abgelehnt. Um größere Vereine zu bilden, sollen sich dieselben, da nur 24 Mitglieder hat, einem anderen Verein anschließen. Der Vorstand soll sich weiter mit der Sache befassen. Als Bundesdirigent wird Herr Wobbel mit großer Majorität wiedergewählt. In der Debatte wurde der Wunsch geäußert, diese Stelle auszufüllen. Bei anderen Vorschlägen, welche gemacht wurden, stellte sich heraus, daß die Vorgesetzten überhaupt gar nicht um ihre Zustimmung gefragt worden waren. Als Reductoren wurden Rätebusch, Schmidt und Karz gewählt; als Kontrollrevisor Paul Richter, Verein Nr. 83, und B. Hahn, Verein Nr. 21. Als Ort des diesjährigen Provinzial-Sängertages wird nach längerer Debatte aus Zweckmäßigkeitsgründen Fürstentum bestimmt. Eine längere Aussprache zeitigte der Punkt „Sängertag“. Es wurde angeregt, dasselbe an einem Sonnabend abzuhalten, ein Beschluß jedoch nicht gefaßt, sondern den Vereinen zur Entscheidung überwiesen, ob der Sonnabend oder der Sonntag wünschenswert sei. Die Abstimmung ist sofort in dieser Woche vorzunehmen und das Resultat an den Vorsitzenden, Paul Kupper, Berlin, Petersburger Straße 56, einzusenden. Einem Wunsche, zur Konferenz der Stadtverordneten und Gemeindevorsteher am 14. Februar im Gewerkschaftshaus einen Gesangsbeitrag zu leisten, soll entsprochen werden. Die nächste Ausschüßung sollte Neujahrstag finden am Sonntag,

den 14. März, in der Brauerei Friedrichshain statt. Siehe Inserat am 7. März.

Zeugengefuch. Am 4. Mai 1908 abends 7 1/2 Uhr kam auf der Bahnhofsreppel des Bahnhofs Schönhauser Allee ein Arbeiter dadurch zu Fall, daß er auf einer dort liegenden Apfelsinenschale ausglitt und sich erhebliche Verletzungen zuzog. Zeugen, die diesen Unfall gesehen haben und sich dessen erinnern, werden um Angabe ihrer Adresse an B. Wolke, Wälder Straße 14, Seitenflügel 1 Tr., gebeten.

Feuerwehbericht. Gestern früh um 4 Uhr wurde die Feuerwehr wegen eines Automobilbrandes nach der Friedrichstr. 210 alarmiert. Böswilliger Alarm, der dritte seit kurzer Zeit, veranlaßte das Ausrücken der Wehr nach der Böblicherstraße. Der Täter ist wieder unermittelt entkommen. Vor dem Hause Brunnenstr. 183 war ein Mann unter einem Wagen der elektrischen Straßenbahn geraten. Der 15. Zug hatte einen Wohnungsbrand in der Wisnadenstraße 16 zu löschen. In der Kantenuffstr. 99 brannten Tische in einer Schneidwerkstatt. Um Personen zu retten wurde die Feuerwehr nach der Weibachstr. 3 und Jablonskistr. 25 gerufen. In beiden Fällen konnte die Wehr nicht mehr helfen. Wäsche, Kleider und anderes wurden bei einem Brande in der Jäbestr. 18/19 ein Raub der Flammen. Ferner liefen noch Feuermeldungen aus der Torffstr. 18, Raunigstr. 5 und andere Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Aus der letzten Magistrats-Sitzung. In Sachen der Kirchgemeinde Deutsch-Rixdorf wider die Stadtgemeinde Rixdorf wegen des Kirchhofs an der Bergstraße soll Verfügung gegen das Urteil des Landgerichts II in Berlin vom 20. Oktober 1908 eingelegt werden. — Zur Befreiung der angeschriebenen Stellen am neuen städtischen Krankenhaus in Rudow wählte der Magistrat auf Grund der Ausschreibungsbedingungen: a) als dirigierenden Arzt der inneren Abteilung den Assistenten an der Königl. Charité Professor Dr. Jürgens in Berlin, b) als Professor den Professor am städtischen Krankenhaus in Chemnitz Dr. Ehlers, c) als Oberapotheker den Apotheker am Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Schöneberg Hahn.

Schöneberg.

Die letzte öffentliche Sitzung der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung war nur von sehr kurzer Dauer. Die Vorlage des Magistrats betr. Uebernahme des Bestattungswesens in städtische Regie wurde nach kurzer Debatte einem Ausschuss überwiesen. Stadtrat Schüler empfahl eine möglichst schnelle Erledigung der Angelegenheit, damit bis zum 1. April mit der Einführung begonnen werden kann. Weiter hatte der Magistrat der Versammlung den Bericht der Deputation für die Uebernahme des Abfuhrwesens in städtischer Regie vorgelegt. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion soll der Bericht zunächst gedruckt werden. — Für die Anlegung eines Spielplatzes wird nachträglich die Genehmigung erteilt und werden die Kosten dafür in der Höhe von 1215,88 Mark bewilligt. Zum Vorsitzenden des Gewerbegerichts und des Kaufmannsgerichts wird der in der vorigen Sitzung als Stadtrat eingeführte Landgerichtsrat a. D. Dr. Perwien gewählt. — In nicht öffentlicher Sitzung gab der Magistrat Auskunft über den Stand des Untergrundbahnbaues. Von verschiedenen Seiten wird erucht, den Endpunkt der Schöneberger Linie vom Rollendortplatz nach dem Wittenbergplatz zu verlegen.

Friedenau.

Achtung! Gemeindevertreterwahl. Die Ersatzwahl zur Gemeindevertretung findet heute, Mittwoch, von 2 bis 9 Uhr nachmittags im Restaurant Hohenzollern, Handjerystr. 64, statt. Als Legitimation bringe jeder die vom Gemeindevorstand zugestellte Ausweisarte mit; wer eine solche nicht erhalten hat, verseehe sich mit einer genügenden anderen Legitimation (Steuerzettel, Militärpapiere, Invalidentarte usw.).

Karlshorst.

Der Fuhrherr Gustav Grunow aus Karlshorst, der seit einiger Zeit vermehrt wurde, ist jetzt als Leiche aufgefunden worden. Grunow hatte in Berlin Geld einliefert und trat abends mit dem letzten Zug die Rückfahrt nach Karlshorst an. Er schlief in dem Kutsche ein und erwachte erst in Erlner, als ein Bahnbearbeiter den Zug revidierte. Dem Beamten erklärte der Fuhrherr, daß er sich, weil kein Zug mehr ging, zu Fuß nach Hause begeben werde. Gestern wurde nun Grunow im Stadthorst bei Fürstentwalle erhängt aufgefunden. Von dem einlieferten Gelde hatte der Verstorbene nicht einen Pfennig bei sich, dagegen war das Weinfleisch aufgeschritten. Wie die sofort hinzugeführte Polizei feststellte, zeigte der Körper des Toten keinerlei Spuren, die auf eine Gewalttat schließen ließen, vielmehr wurde als ziemlich sicher Selbstmord angenommen. Zweifelloß ist Grunow auf der Fahrt von Stadthorst nach Karlshorst gefeßelt worden und der Mann hatte das Fehlen des Geldes jedenfalls bald nach dem Verlassen des Bahnhofes gemerkt. Aus Verzweiflung hierüber, so wird vermutet, ist dann G. statt nach seiner Wohnung nach Fürstentwalle gegangen, wo er sich dann durch Erhängen tötete. Die Leiche ist vorläufig beschlagnahmt und nach dem Friedhof in Fürstentwalle gebracht worden.

Zossen.

Die letzte Stadtverordneten-Sitzung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Kenntnisnahme des Verwaltungsberichtes für 1908. Nach den Ausführungen des Bürgermeisters sind für die Stadt im Jahre 1908 sehr wesentliche Fortschritte zu verzeichnen, wie Neupflasterungen verschiedener Straßen, Errichtung eines Gemeindehauses zur Pflege echt christlicher Bestimmung, die Errichtung der Volkshilfsschule sowie die Inangriffnahme des Baues einer Gasanstalt, die bereits im Oktober 1909 fertiggestellt sein soll. Die Einwohnerzahl beträgt jetzt 4830 und hat sich um 56 vermehrt. Die Zahl der stimmungsfähigen Bürger ist von 777 auf 815 gestiegen. Der Wunsch: Errichtung einer Fortbildungsschule fand sehr schnell seine Erledigung, dadurch, daß der Bürgermeister erklärte, daß ihm von der Regierung mitgeteilt worden wäre, daß in diesem Jahre seine Weider für neue Fortbildungsschulen im Staatsbesitz vorgeesehen wären und somit kein Zuzug gemäht werden könne. Die Stadt allein sei nicht imstande, die Kosten einer Schule zu übernehmen, denn dieselben betrügen 1400 M.

Nach unerheblicher Debatte wurde dann noch auf Befürwortung des Bürgermeisters die Errichtung einer Fortbildungsschule zurückgestellt. — Ferner wurde noch der Prozenzfuß der Steuern für 1909 festgestellt. Danach ist auf Antrag des Magistrats derselbe Steuerfuß vorgeesehen wie im Vorjahre und zwar 160 Proz. Gemeindesteuern, 160 Proz. fingierte Kommunalsteuern, 270 Proz. Grundsteuern, 200 Proz. Gewerbesteuer, 200 Proz. Vertriebssteuer. Der Antrag des Magistrats wurde beibehalten angenommen.

Nachdem noch für die in Messina Geschädigten 50 M. bewilligt wurden, wurde die bei 1 1/2 Stunden dauernde Stadtverordneten-Sitzung geschlossen. Es ist bemerkenswert zu sehen, mit welcher Beredsamkeit und Gemüthsstärke diese sogenannten Vertreter der Bürgerchaft die wichtigsten Dinge behandeln. Was der Magistrat empfiehlt, wird angenommen. Die geistige Höhe der Verhandlungen wird durch folgendes Beispiel charakterisiert: Als es sich um die Bewilligung einer Summe für die Geschädigten in Messina handelte, meinte ein Stadtverordneter: „Wein Vordredner ist im Unrecht, wenn er meint, das Geld bekämen doch nicht die Armen und deshalb sollte man die Bewilligung ablehnen. Es müßte schon deshalb bewilligt werden, weil Italien zum Dreieund gehört und ein jeder Patriot soviel Reichthumsgefühl haben müßte, um für die Geschädigten unserer Bundesgenossen einzutreten.“

Wannsee.

In der Gemeindevorsteher-Sitzung am letzten Sonntag wurde die Abnahme der Rechnung für 1907 und die Entlastung des Rechnungsführers beantragt. Die Einnahme betrug 358 892 M., die Ausgabe 301 687 M., so daß ein Bestand oder Ueberschuß von 57 205 M. verblieb. Im Jahre 1908 waren 25 000 M. mehr Ausgaben gemacht, die von diesem Ueberschuß gedeckt sind und die übrigen 82 205 M. sollen für die Anzahlung des Hauses in der Königsstraße zur Apotheke verwendet werden. Es sind an Steuern 77 000 M. mehr eingenommen wie im Voranschlag angedehnt war. Beschlossen wurde, daß die Bodemärkte jeden Dienstag und Freitag im Sommer von 8 bis 11 Uhr und im Winter von 8 bis 12 Uhr stattfinden sollen. Wann der Beschluß in Kraft tritt und welcher Platz in Frage kommt, wird die Gemeindevorsteher später noch zu beschließen haben. Die Florastraße hat die Gemeinde vom Rentier Fr. Schuchardt unentgeltlich übernommen, und ist der Gemeindevorsteher zur gerichtlichen Auflassung bevollmächtigt. Weiter wurde beschlossen, die Glienicker Straße von der Köhlhofenbrückerstraße bis zum Seeweg zu regulieren und zu entwässern. Der Anschlag ist auf 11 000 M. festgesetzt; auch soll der Seeweg bis zu den beiden Willen provisorisch befestigt werden mit allem Material; hierfür sollen 2000 M. ausgegeben werden. In der Kleinen Seestraße soll eine Regenwasserableitung hergestellt werden und zwar vom Guttmannischen Grundstück bis zur Königsstraße, auch soll der südliche Bürgersteig von der Königsstraße bis Villa Siemens befestigt werden, ebenso der Bürgersteig an dem Schulgrundstück. Ein Antrag des Maschinenmeisters Heimrich, eine Trinkhalle zu errichten, wurde abgelehnt.

Röpenid. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl wurde ein endgültiges Resultat noch nicht erzielt. Es findet Stichwahl statt zwischen dem Bürgerlichen Rohrbeck und unserem Genossen Ridel.

Gerichts-Zeitung.

Die Bewertung eines Landarbeiterlebens.

In der Nacht vom 9. zum 10. August vorigen Jahres kehrten mehrere Arbeiter aus dem Dorfe Lüdershagen gegen Mitternacht von einem Waldesfe in ihr Heimatdorf zurück und mußten dabei den Gutshof von Neuenlütke (Vorpommern) passieren. Dort stellte sich ihnen der Inspektor Laevermann entgegen und verbot ihnen den Weg. Als sie geltend machten, daß sie diesen Weg doch immer unbeanstaltet benutzt hätten, griff Laevermann die drei Arbeiter an, so daß es schließlich zu einer Balgerei kam, bei welcher dem Laevermann der Inspektor Raach aus Pantelitz sekundierte. Schließlich konnten die Angegriffenen weitergehen. Als sie bereits in der Nähe ihres Wohnortes waren, hörten sie ihren aus Neuenlütke stammenden zurückgebliebenen Kollegen Hermes jämmerlich schreien. Sie liefen zurück, um zu sehen, was passiert sei und fanden Laevermann und Raach und eine Anzahl Erntearbeiter mit Jagdgewehr und Dunggabeln bewaffnet, die auf Hermes einschlugen. Als die Angreifer der drei ansichtig wurden, stürzten sie sich auf diese, und Raach schlug mit dem Gewehrkolben den Arbeiter Brunschhagen derart auf den Kopf, daß derselbe hinstürzte. Den anderen Arbeitern gelang es, der wütenden Rote zu entziehen. Brunschhagen, der eine schwere Schädelverletzung erlitten hatte, wurde auf eine Dunggabel geworfen und nach Neuenlütke gefahren. Hier wurde der Kerne durch Raach und Laevermann in grauenvoller Weise gemartert. Er wurde geschlagen, gestochen, mußte sich aufrichten und erzittern, sollte Aniebeuge machen usw. Da er aber natürlich immer wieder zusammenbrach, wurde erneut auf ihn eingeschlagen. Als der Schwiegervater aus Neuenlütke herbeilief, ihm Hilfe zu bringen, fand er ihn mit aus dem Kopfe gequollenen Augen. Das Gehirn lag bloß, die Finger waren gebrochen, das Fleisch hing in Fetzen an den Knochen und die Geschlechtsorgane waren grausam verstümmelt. Als der Schwiegervater sah, sie möchten doch seiner Tochter den Chemann, den drei kleinen Kindern den Vater wiedergeben, antworteten die rohen „Jedens“: „Er muß erst bekennen, sonst muß er krepieren.“ Schließlich drohte man dem alten Manne noch mit Erschießen. Um 11 Uhr vormittags kam endlich ein Arzt und zwei Gendarmen, die den Dalbtoten seinen Peinigern entzissen. Am übernächsten Tage erlag Brunschhagen den grausamen Verletzungen.

Nun hatten sich die beiden Inspektoren vor dem Schwurgericht in Greifswald zu verantworten. Und das Resultat? Raach wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, Laevermann freigesprochen! Angesichts solcher Urteile gibt es noch Leute, die sich wundern, daß das Vertrauen zu unserer Justiz in immer weiteren Volkstreffen zum Teufel geht. Was wäre wohl mit den armen Landflaben geschehen, wenn sie einen Gutsinspektor auf solche Weise zu Tode gemißhandelt hätten?

Die „Große Glocke“.

Der letzte Akt aus der Geschichte des Halsbanddiebstahls bei der Gräfin Wartensleben spielte sich gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I ab. Wegen Verleumdung der Gräfin Klara v. Wartensleben geb. Schaefer stand am 20. November v. J. der verantwortliche Redakteur der „Großen Glocke“, Felix Wolf, vor dem Schöffengericht. Es handelte sich um einen Artikel unter der Ueberschrift: „Verbrecherliche Aristokraten“, in welchem allerlei dunkle Andeutungen über das Verschwinden des Halsbandes gemacht und unter anderem gesagt wurde: „Man hat am Alexanderplatz schon in Erwägung gezogen, daß eine Person, die der Gräfin gesellschaftlich gleichgestellt ist, als Täter in Betracht komme und diese Person sich recht oft in der allernächsten Umgebung der Gräfin befindet.“ — Das Schöffengericht hatte mit Rücksicht auf die Schwere der haltlosen Angriffe den Angeklagten zu 600 Mark Geldstrafe od. 60 Tagen Gefängnis verurteilt. — Hiergegen hatte sowohl der Angeklagte als auch die Privatklägerin Verufung eingelegt. Der Angeklagte war zum gestrigen Termin nicht erschienen, sein Verteidiger überreichte für ihn ein Krankheitsattest. Der gegnerische Vertreter wollte dies nicht anerkennen und beantragte, einen Gerichtsarzt mit der Feststellung des Gesundheitszustandes des Angeklagten zu beauftragen. Eventuell wurde die Fortdauer des in letzter Zeit wegen seines Erpressungsüberluges vielgenannten Redakteurs Dabiel beantragt, auf den sich der Angeklagte im letzten Termin berufen hatte und der nicht nur Redakteur der vom antisemitischen Abgeordneten Bruhn geleiteten „Wahrheit“, sondern auch Inspirator der „Großen Glocke“ gewesen ist. — Die Anträge erledigten sich dadurch, daß auf telephonische Anfrage der Angeklagte seine Verurteilung zurückzog, worauf Klägerischerseits dasselbe geschah.

Der „abessinische Prozeß“

des Kaufmanns Arnold Holz gegen den Kommerzienrat Karl Vosa beschäftigte gestern die Strafkammer des Landgerichts II in der Verurteilungskammer. Der Prozeß ist seinerzeit vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg unter Aufsicht der Öffentlichkeit verhandelt worden, um eine etwa zu befürchtende Beschädigung von Reichsinteressen zu vermeiden. Kommerzienrat Vosa war beschuldigt worden, im Jahre 1908 zu den Belg. Legationsräten Hamann und Zimmermann beleidigende Äußerungen über den Privatkläger gemacht und zu dem Schriftsteller Dr. Funke

gefragt zu haben: Der Beklagte habe durch Intrigen seine Expedition nach Westfalen geschädigt und ruiniert und sei ein Schwindler. Der Angeklagte hatte die Versicherungen zu den beiden Reichsbeamten bestritten und im übrigen bezüglich seiner Versicherung zu dem Dr. Junke den Beweis der Wahrheit angetreten. Gleichzeitig erhob er Widerklage mit der Behauptung, daß der Privatkläger ihn im Jahre 1906 in Westfalen mit Schimpfworten bedacht habe. Das Schöffengericht hielt die beleidigenden Versicherungen zu den beiden Geh. Regierungsräten nicht für nachgewiesen, war aber im übrigen der Meinung, daß es dem Angeklagten nicht gelungen sei, den Beweis der Wahrheit zu führen und verurteilte ihn wegen Verleumdung zu 800 M. Geldstrafe. Bezüglich der Widerklage sollte nach Beschluß des Schöffengerichts durch Vermittelung des Auswärtigen Amtes zunächst Auskunft vom König Renell I. eingeholt werden, ob die Verleumdung nach abessinischer Recht strafbar ist und in welcher Zeit sie verjährt.

Gegen diese Entscheidung hatte Bosh Verurteilung eingelegt, die Justizrat Kleinholz dahin begründete: Das Schöffengericht habe einen formellen Fehler begangen, denn es durfte nicht über die Klage allein entscheiden, da nach § 428 Str.-Pr.-O. über Klage und Widerklage gleichzeitig zu erkennen sei. Justizrat Reinbacher stellte die Entscheidung dem Gerichtshofe anheim. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und verwies in Gemäßheit des § 309 Str.-Pr.-O. unter Aufhebung des Urteils die Sache zur Entscheidung an die erste Instanz zurück.

Aus der Frauenbewegung.

zunahme der weiblichen Arbeitskraft.

Zur Ergänzung der bereits mitgeteilten Hauptzahlen über das Wachstum der weiblichen Arbeitskraft im Erwerbsleben, lassen wir hier noch Spezialangaben folgen. Diese zeigen den Anteil und das Stärkerhältnis des weiblichen Geschlechts in den verschiedenen Berufsgruppen. Die nebenberufliche Tätigkeit, die nicht nach Personen, sondern nach der Zahl der Fälle ermittelt ist, lassen wir, um störende Momente in der Uebersicht zu vermeiden, unberücksichtigt. Es wurden Arbeitskräfte gezählt:

	Aufsichts- und kaufmännisches Personal		männliche weibliche	
	1895	1907	1895	1907
Landwirtschaft zc.	60 426	59 669	13 408	11 420
Industrie und Gewerbe	145 779	371 952	4 769	39 923
Handel und Verkehr	142 208	235 403	6 964	51 033
Insgesamt	348 413	667 024	25 141	102 376

Demnach hat in der Landwirtschaft die weibliche Arbeitskraft in Aufsicht führenden Positionen etwas abgenommen; dagegen erzielte sie in kaufmännischen Funktionen in Industrie, Handel und Verkehr eine starke Zunahme. Insgesamt ergibt sich in dieser sozialen Gruppe für die männliche Arbeitskraft eine Zunahme von 91 Prozent, für die weibliche von 306 Prozent.

	1895		1907	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Landwirtschaft	2 035 638	1 908 757	1 280 673	2 544 105
Industrie und Gewerbe	2 993 176	4 365 510	483 018	794 947
Handel und Verkehr	5 283 747	8 522 922	1 98 449	826 522
Wechselseitige Lohnarbeit	155 753	112 830	148 377	209 518
Insgesamt	5 708 300	7 205 019	2 112 516	3 875 032

In dieser Gruppe in der Landwirtschaft hat die weibliche Arbeitskraft um das Doppelte zugenommen; die männlichen Arbeiter haben einen absoluten Rückgang von 131 801 zu verzeichnen. Die Gesamtgruppe erfährt einen Zuwachs, der bei der männlichen Arbeitskraft rund 28 Proz., bei der weiblichen 83 Prozent ausmacht. So sieht man auf allen Gebieten ein den Gesamtzuwachs weit übersteigendes

Vordrängen der weiblichen Arbeitskraft. Trotzdem staatsbürgerliche Rechte werden dem weiblichen Geschlecht unter heuchlerischer Phrasologie vorenthalten.

Eine neue Variation des Wohltätigkeitschwindsels.

Berlin W. hat eine neue Sensation. Unter der Denife: "Die Dame in Kunst und Mode" hat ein Kunstgewerbehaus in der Leipziger Straße eine Ausstellung von Luxusartikeln eröffnet, die in ihrer Aufmachung nach verschiedenen Richtungen wahrhaft verblüffend wirkt. Was man sonst in den großen Modedepot nur vereinzelt zu sehen bekommt, all das luxuriöse, zum "Interieur" und "Trousseau" der vornehmen Dame gehörende Drum und Dran ist hier in einer Weise arrangiert, die ein realistisches Bild von dem üppigen, verschwenderischen Leben gibt, das man auf den Höhen der Reichtümer führt. All die unzähligen, komplizierten Dinge, deren man in diesen Kreisen zum Schmuck, zur Pflege des Körpers, zur Toilette bedarf, sind in außerordentlich wertvollen Exemplaren in einer langen Reihe von parfümierten Vitrinen, Salons, Schlaf- und Toilettezimmern künstlerisch zwanglos so gruppiert, als ob sie sich — wie der Katalog sich ausdrückt — „nach der Nähe ihrer schönen Besitzerin schenken“. In dieser Weise ist z. B. das Schlafzimmer einer Weltbilde, die im Begriffe steht, abzureisen, arrangiert. Diese Idee gibt Veranlassung, in geöffneten Schränken, Schubläden, Handtaschen und Koffern, die an Pracht und Gediegenheit miteinander wetteifern, all die eleganten Kleider und Blusen, die duftigen Wäschezeuge, feidenen Strümpfe, feinen Schuhe und tausend Kleinigkeiten der Toilette zu zeigen, die zur Reifeausstattung der reichen Dame gehören.

Schmad, auf der Höhe seiner Aufgabe, veräußert nicht, in der bürgerlichen Presse rühmend des edlen Zweckes dieser Ausstellung zu gedenken. So wie man in der vornehmen Welt sonst, um sein soziales Gewissen zu salbieren, „zum Besten der Armen“ tanzt, musiziert und sich antizipiert, so zeigt man hier, wie man standesgemäß wohnt, schläft und sich schmückt — zum Besten der Erholungshäuser für Heimarbeiterinnen. Damit ist der Wohltätigkeitschwung der Herrschenden entschieden um eine neue Note bereichert worden. Ihr soziales Verständnis aber liege sich gar nicht besser charakterisieren, als durch die Tatsache, daß sie sozusagen in aller Öffentlichkeit eine Orgie tollster Prunk- und Verschwendungssucht veranstalten, um armen Heimarbeiterinnen einige kleine Bergünstigungen zu verschaffen. Erholungshäuser wären für diese Ausgeburt unter allen Ausgeburteten gewiß eine sehr wünschenswerte Sache, aber es gibt eine ganze Reihe von Dingen, die ihnen unendlich viel mehr not taten. Das wird jeder zugeben, der jener anderen Ausstellung beigewohnt, die vor nicht allzulanger Zeit in dieser, unergieblichen Bildern das namenlose Elend der Heimarbeiterin enthüllte, ein Elend, dessen Größe aller Wohltätigkeitsbestrebungen spottet.

Die Armut als Sportobjekt der reichen Damen, das ist eben Mode. Mit sozialer Erkenntnis oder sozialem Streben hat das absolut nichts zu tun. Was die Arbeiterinnen allgemein und die Heimarbeiterinnen insbesondere verlangen, das ist Schutz gegen schrankenlose Ausbeutung und die Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürger. Die von den krah Genußsuchtigen beliebte Bewohlfahrterei empfinden sie als Verhöhnung ihres Menschentums, das seinen Stolz findet in dem Bewußtsein, als Bittererzeuger nützliche Glieder der Gesellschaft zu sein.

Kunstler Marktbericht der städtischen Marktbesorger-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft langsam, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft mittl., Preise nachgebend. Geflügel: Zufuhr nicht genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßwaren: Zufuhr mäßig, besonders in Blumenkohl, Geschäft etwas reger, Preise fest.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Freitag, den 10. Februar, im 3. Stock des Postamtes, vier Treppen, 10. 11. 12. Uhr statt. Jeden Freitag 7 Uhr Sonntagsbeginn die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Brief und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage verstreichen. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

W. N. 24. 1. und 2. Leider ist gegen den langamen Geschäftsgang nichts zu machen. Verpflichtet zur Antwort war der Magistrat nach dem Gesetz nicht. G. 2. 1. Verjährung würde in 5 Jahren eintreten. Die Verjährungsfrist läuft aber von jeder richterlichen Handlung ab von neuem, z. B. Erlass eines Steckbriefes, 2. Etwa 6 Monate. 3. Bei der Staatsanwaltschaft. W. N. 100. Möglichst bald wird angenommen, die Vernehmungsberechnung verbietet dies. Die Vernehmungsberechnung ist möglich. Die Vernehmungsberechnung umfaßt den 181. bis 201. Tag. 2. In Ihrer Vertretung können Sie einen Anwalt bestellen. Bestimmte Anwälte, welche Firmen usw. zu empfehlen, können wir grundsätzlich nicht. W. N. 29. Eine Kulvertenart ist in unzulässiger Weise nicht oder kanalisationsfähig. — G. N. 9. 1. Ein Richteramt ist nicht absetzbar. 2. Die Vollstreckung gibt Ihnen Auskunft. — G. N. 57. Sie können solches Gesuch machen; leider hat es wenig Aussicht auf Erfolg. Ein Anwalt steht Ihnen nach dem Gesetz nicht zu. — G. N. 23. Der Wirt ist leider im Recht. Für den Fall einer Exekutionsklage würde der Mieter verlangen müssen, daß die von ihm angeführten unentbehrlichen Gegenstände von ihm mitgenommen werden. Es könnte hierauf im Wege der Widerklage bei der Exekutionsklage geklagt werden. — G. N. 18. Ein kleiner Teil wird Ihnen voraussichtlich von den Gerichtskosten zurückgezahlt werden.

Stationen	Barometer	Wind	Wetter	Temp. d. Tag	Stationen	Barometer	Wind	Wetter	Temp. d. Tag
Schwetzingen	770	SSW	1 Dunst	-6	Karlsruhe	768	SSW	4 halb bb.	-24
Darmstadt	770	SSW	2 Nebel	-5	Heidelberg	780	SSW	1 Nebel	-27
Berlin	771	SSW	1 wolken	-5	Stuttgart	769	SSW	5 Regen	8
Karlsruhe	771	SSW	1 Dunst	-7	Frankfurt	754	SSW	4 bedeckt	8
Mannheim	773	SSW	2 wolken	-11	Basel	767	SSW	2 wolken	-4
Wien	770	SSW	3 halb bb.	-4					

Wetterprognose für Mittwoch, den 10. Februar 1909. Etwas milder bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden und zunehmender Bewölkung; nachher geringe Niederschläge.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 8. 2.	seit 8. 2.	Wasserstand	am 8. 2.	seit 8. 2.
Remel, Elbe	201 ¹⁾	-1	Soale, Großh.	406	-104
Bregel, Insterburg	78 ²⁾	-5	Dabel, Spandau ³⁾	84	+4
Wesche, Elbe	86 ²⁾	-2	Halsenow ⁴⁾	99	-7
Oder, Ratibor	142 ²⁾	-08	Spree, Soremborg ⁵⁾	200	0
Roßlau	104 ²⁾	-30	Deeslow	85	+2
Frankfurt	284 ²⁾	+32	Saale, Müden	275 ²⁾	-189
Wartbe, Schirm	96	+8	Rhein, Rind	514	-0
Leipzig, Landsberg	77 ²⁾	+1	Rhein, Reginn	—	—
Rega, Sorbamm	64	+3	Rhein, Rind	408	-31
Gide, Zeitz	308	-142	Rhein, Rind	537	-41
Dresden	360	+18	Rega, Rind	140	-60
Berlin	433	+25	Rain, Weichsel	601 ²⁾	-31
Wagdeburg	360 ²⁾	+78	Rosel, Elbe	178	-34

1) + bedeutet Sturm, - Fall. — 2) Unterpegel. — 3) Gießwand. — 4) Grundbeil. — 5) Gießwand. — 6) Starke Grundbeil. — 7) Der höchste Wasserstand: 680 cm trat am 7. um 8 Uhr nachmittags ein. Nach telegraphischen Meldungen ist die Elbe bei Dresden bis heute vormittag schon auf 160 cm gefallen, bei Borsig, wo starker Eisgang herrscht, ist sie auf 445 cm gestiegen und noch weiter in möglichem Steigen. Die Weiser bei Rind ist bis heute 8 Uhr vormittags auf 454 cm gefallen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 10. Februar: Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Carmen. Königl. Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans. Opernhaus. Revolution in Strassburg. Kammerstücke. Der Arzt am Scheitwege. (Anfang 8 Uhr.) Neues Schauspielhaus. Calisto. Lessing. Der König. Komische Oper. Ragul. Opernhaus. Einer von unsere Leut. Neues. Die fremde Frau. Kleines. Moral. Opernhaus. Der Held. Schauspielhaus. Seine kleine Freundin. Residenz. Kammerspiele um Amelle. Schiller. O. (Haller-Theater.) Komtesse Guckerl. Schauspielhaus. Der tapfere Soldat. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Der Pfarrer von Kirchfeld. Lustspielhaus. Seine kleine Freundin. Hebbel-Theater. Der Liebhaber. Neues Operetten-Theater. Die Dollarräuberin. Opernhaus. Die Dollarräuberin. Residenz-Theater. Die Dollarräuberin. Bürgerliches Schauspielhaus. Undine.

Lessing-Theater. Mittwoch 8 Uhr: Der König. Donnerstag 8 Uhr: Der König. Freitag 7 1/2 Uhr: Rosmersholm.

Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Einer von unsere Leut. Morgen: Einer von unsere Leut.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Die fremde Frau. (La femme X...)

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Der tapfere Soldat.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Mittwoch, 10. Februar, Anf. 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Seine kleine Freundin.

Hebbel-Theater. Königsgraben Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Der Liebhaber.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 13, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarräuberin.

Residenz-Theater. — Direction: Richard Alexander. — Abends 8 Uhr: Kammerspiele um Amelle.

Bürgerliches Schauspielhaus. Kastanien-Allee 7-9. Donnerstag — tadello! Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.

Metropol-Theater. Täglich 8 Uhr: Donnerwetter — tadello! Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.

Folies Caprice. Zum 62. Male: Ein lediger Ehemann. Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Schiller-Theater. Mittwoch, abends 8 Uhr: Komtesse Guckerl. Donnerstag, abends 8 Uhr: Komtesse Guckerl. Freitag, abends 8 Uhr: Komtesse Guckerl.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Das kleine Heim. Donnerstag, abends 8 Uhr: Das Erbe. Freitag, abends 8 Uhr: Charleys Tante.

Brauerei Friedrichshain. Heute sowie täglich: Gr. Münchener Bock-Feste. Berühmtester Festwirt Schorsch Ehrengreber aus München mit seiner Truppe (60 Personen). Schönste Alpen- Dekoration. — Tiroler Natur-Sänger. — 30 bayerische Mad'ln in Kostüm. Heute Mittwoch: Gratisverteilung entzückender Damenspenden. Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. 8 Uhr Prof. Dr. L. Plate: Darwin als Mensch und Forscher und der jetzige Stand seiner Lehre. Horenal 8 Uhr: Dr. W. Berard: Die Einteilung des Tierreiches.

Derhard Rose Theater. Dr. Kautzstr. 132. Abends 8 Uhr: Die Räuber. Theaterstück in 5 Akten v. F. v. Schiller. Wochenlappspende. Donnerstag: Einjährig-Unterricht.

Rixdorfer Theater. Bergstraße 147. Mittwoch, den 10. Februar 1909: Hedda Gabler. Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen. Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater. Direction: Rob. Dill. Dannebergstr. 10. Zopf und Schwert. Historisches Lustspiel von Gublow. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Passage-Panoptikum. Neu! Neu! Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Zirkus Schumann. Heute Mittwoch, 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Große Jubiläums-Vorstellung. Zum 100. Male: Golo der Seeräuber u. Mädchenhändler. Große feierliche Ausstattungs-pantomime der Saison. Die Sensation des Tages Tiberio.

Ringkampf mit dem Stier. Pael das Weltwunder. Das boxende Känguruh. Die Waffenschmiede? sowie das riesenprogramm.

Apollon Theater. Abends 10 Uhr: Hedi Herdina in ihrer Blausnummer. Hoch der Kaviar!! Dazu das glänzende Februar-Programm. Abends 8 1/2 Uhr: Onkel Casimir.

Casino-Theater. Postinger Str. 37. Täglich 8 Uhr. Sensationell! Rußland. Aktuell! Rußland. Sonntag 4 Uhr: Winter Gräber.

Passage-Panoptikum. Neu! Neu! Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

XIV. Saison! Zirkus Busch. Heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: Große Gala-Vorstellung um ca. 9 Uhr: Australien des weltberühmten Konsul Peter!

Die Vieilles! Olympia Dervall! Jerner: Herr Buschardt-Foxtrot, Schrittreiter. Herr E. Schumanns Weltreise. Konzert u. Kanetti, Reiterkünstler. Um ca. 9 1/2 Uhr: Auswanderer! sowie das große Programm!

Passage-Theater. Anna Müller-Lincke Robert Koppel und das grandiose Februar-Variété-Programm. Ab Donnerstag, 12. Febr.: Kurzes Gastp. von Mdm. Hanako.

Japans größte Schauspielerin, mit ihrem Ensemble. Keine erhöhten Preise!

Palast-Theater. Durgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Borsig. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr. Das glänzlich neue Februar-Programm.

12 Debüts 12. Reu! Reu! Der arme Kajimir. Schwan in 1 Akt v. Schmidt-Garlands.

Familienfakten, auf allen Bühnen halbe Kreise, nur an Hochfesten gütig, überall gratis zu haben.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Singhalesen. Gaukler-Truppe in ihr. wilden Helmatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Gebrüder Herrfeld-
Theater. Vorverk. 11-2 Uhr.
 57 Kommandantenstr. 57.
 Heute Mittwoch, 10. Februar, zum 133. Mal:
Die beiden Bindelhands
 dazu neuer Variététeil
 5 Grebaleffs - Lyrico-Quartett - Diederich Upts - Georg Schindler Les Astrées.

WINTERGARTEN
Saharet
Gertrude Barrison
Simon u. Gardner
 in ihrer amerikanisch. Barleske:
Der neue Kutscher
 und das drollige Faschings-Programm!

Neue Welt
 Hasenheide 108-114.
Original bayer. Boek-Bier-Fest
 Original-Alpendekoration.
 Sensationelle Original-Prämierungen.
Orig.-Bauernkapelle
 Baron Muckl.
Orig.-Meistersänger
 Max vom Heede.
 Original bayerische Madi.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
 Sonnt. 3 Uhr. Sonnt. 50 Pf.

Sanssouci
 Kottbusser Straße 6.
 Direktion Wilhelm Kolmer.
 Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsch. Sänger
 u. Tanzkränzchen.
 Einakter, Ensemblekonzerte.
 Aktuelle Vorträge in Wort und Lied etc.
 Beg. Sonnt. 5. wochentl. 8 U.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
 Zum Schluss:
Der Kompanieball.
 Militärische Humorette von Meysel.
 Anfang wochentl. 8 Uhr, Sonnt. 7 U.

Berliner Eis-Palast
 Ständige Eisbahn.
 Bis nachts 12 Uhr geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.
Königstadt-Kasino.
 Dotzmarktstr. 72.
 Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
 Auftreten erstklassiger Kräfte.
Franz Sobanski
 Solist Chigetta. - Joe de Diaz.
 Lola Strella. - Jim und Jan.
Riesen-Erfolg!
Liedfrauenmilch.
 Operette in 1 Akt.
 Anf. d. Vorst. 8. Sonntags 6 1/2 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.
 Goltzstr. 9.
 Das vorzügliche Februar-Programm.
Schlager auf Schlager.
 u. a.: Neu!
Tobias Brautfahrt.
 Romische Operette und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 U 15.
 Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Niendorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Theater Variété Brillant
 (City-Passage)
 Dresdenstr. 52/3 Annonst. 42/3
 Täglich: Kulturen von nur erstklassigen Spezialitäten bei gänzlich freiem Entree, auch Sonntags. Sonnabend und Sonntag nach der Vorst.: Gr. Freitanz, Kinematograph.

Walhalla-Variété-Theater
 Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
 Anfang 8 Uhr. Die neuen Februar-Spezialitäten.
 Im Tunnel: Hochzeit, Regimentskap. Theaterbel. freies Entree.

Merken Sie sich den Namen

„Goldperle“ und verlangen Sie stets ausdrücklich **Vollkornweizenmehl** „Goldperle“. Jedes Paket enthält ein hübsches praktisches Geschenk.
 Fabrikant: **Carl Gentner, Göppingen.**
 Schutzmarke.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. A. Gahnisch, Auguststr. 50.
 W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
 O. W. Mann, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Koppenstr. 83.
 H. Wengels, Rüdigerstr. 3.
 NO. 2. Lucht, Zimmernstr. 12. J. Reul, Barnimstr. 42.
 N. S. Maiche, Adlerstr. 24. F. Trapp, Stettiner Str. 10. Karl Mars, Lybener Str. 123. Karl Weihe, Kasarstr. 49.
 S. Vogel, Vorplatzstr. 37. A. Tisch, Invalidenstr. 124.
 S. Dehnd, Ruheplatzstr. 24.
 NW. Karl Anders, Salzweberstr. 8. Wedert, Goltzmarktstr. 29.
 SW. S. Werner, Gneisenaustr. 72. Dachs, Hagelberger Str. 27.
 S. St. Fris, Brinzenstr. 31. Rich. Schmidt, Kottbusser Damm 8.
 SO. Paul Böhm, Laufener Platz 14/15. P. Gersch, Engelstr. 15.
 Adlershof. Erich Steiner, Gadenbergstr. 5. II. Baumgartenweg. S. Gornig, Marienbaderstr. 13. I. Borsigwalde. Paul Kienast, Kämpferstr. 10.
 Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Selenheimer Str. 1. Friedrichshagen. Otto Schröder, Friedrichstr. 60. Siff. II. Grünau. Franz Klein, Bahnhofstr. 6. III. Johannisthal. Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 4. Karlshorst. Richard Käfer, Adelsstr. 9. II. Köpenick. Emil Wähler, Riekerstr. 6. Laden. Lichtenberg. Otto Seifert, Kronprinzstr. 4. I. Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, König-Charlessee 39a. Nieder-Schöneweide. Bonatowitsch, Dasselwerderstr. 8. Nowawes. Wilhelm Jappe, Preilerstr. 40. Ober-Schöneweide. August Henjes, Laufener Str. 2. I. Pankow. Wählestr. 73. Reinickendorf. P. Gurfch, Kamekestr. 12. Rixdorf. W. Schmidt, Redarstr. 7. Conrad, Hermannstr. 50. Rummelsburg. H. Reizenran, Alt-Borsigweg 66. Schmargendorf. Gustav Kaminski, Canowstr. 2. Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 51 im Laden. Spandau. Köppen, Jagowstr. 9. Steglitz. S. Versee, Schloßstr. 119. Tempelhof. Albert Thiel, Friedrich-Wilhelm-Str. 50. Treptow. Robert Gramenz, Rieboldstr. 412. Loden. Wilmersdorf. Töffe, Sigmaringenstr. 5.

Wie die Sonne
 auf dem Rasen, so bleicht die Wäsche im Kessel bei Gebrauch von
Persil.
 Gibt blendend weiße Wäsche, ohne Reiben und Bürsten, ohne jede Mühe und Arbeit! Absolut unschädlich, schon das Gewebe und bewirkt enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld.
 Uebereall erhältlich.
ALLEINIGE FABRIKANTEN:
Henkel & Co., Düsseldorf.

Zwei Gelegenheiten:
 der Einzug der neuesten Frühjahrsmodelle, 1909, der Abschluß des großen Inventur- und Räumungs-Ausverkaufs im
Spezial-Konfektionshause Westmann
 Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemstr.)
 und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße, nehmen jetzt das allseitige Interesse in Anspruch!)
Für 1/5 des Wertes:
 Uebergangsmäntel x Frauenmäntel x Astrachan- und Plüschkonfektion, Paletots, Jacketts, Capes, Kimonos, Kinderkonfektion, Pelzkonfektion, Abend- und Theatermäntel, Kostüme, Kostümröcke, Miederröcke, Kleider, Blusen
 Originalwert teilweise bis M. 45,- bis M. 60,- bis M. 80,- bis M. 150,- bis M. 250,- bis M. 400,-
 jetzt nur M. 9,- nur M. 12,- nur M. 18,- nur M. 30,- nur M. 50,- nur M. 80,-
Gratis bei Einkauf schon für 20,- Mark: ein elegantes Cape!
Schon für die Hälfte des Wertes: Die elegantesten Frühjahrs- u. Sommermoden, darunter bereits kopierte Fassons!
 Originalmodelle, Reismuster, Kopien, - selbst für die stärksten Figuren vorzüglich - für jeden irgend annehmbaren Preis!
Einsegnungskleider in reichster Auswahl!
 Genaue Beachtung meiner Firma und Hausnummer dringend geboten!

Danksagung.
 Allen Freunden, Bekannten und Verwandten sowie den Kollegen, den Gebern der Firma Braun und dem Verbande sage meinen herzlichsten Dank für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, Witwe Emilie Müller.

Gelegenheitskauf!
Allgemeine Geschichte der Literatur
 von ihren Anfängen bis auf die Gegenwart.
 Von Gustav Karzeles.
 Neue Ausgabe, fortgeführt bis Ende des 19. Jahrhunderts.
 Aufwändig illustriert mit 145 Tafeln, Farbendruck und 538 Porträts und Abbildungen im Text.
 3 Bände gebunden statt 32 M. nur 15 M.
 Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Billigste Bezugsquelle gedieg. Trauergarderobe
Westmanns Trauer-Magazin
 Berlin W., Mohrenstr. 37a NO., Gr. Frankstr. 115.
 Genaue Beachtung meiner Firma u. Hausnummer geboten!

Die bestexistierenden Zähne
180 M.
 Fast gänzlich schmerzlos Zahnziehen
1 M
Reform-Zahn-Praxis
Carl Rudolph.
 Unter persönlicher Leitung von 3 praktischen Zahnärzten und Assistenten.
 1. Praxis: Elsasser Straße 14 (Nähe Rosenthaler Tor).
 2. Praxis: Friedrichstr. 35 (gegenüber dem Apollo-Theater).
 3. Praxis: Oranienstr. 61 (am Moritzplatz).
 4. Praxis: Pallasenstr. 106 (Ecke Landsberger Straße).
 5. Praxis: Huttenstr. 65 (Moabit).
 6. Praxis: Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 117 (Ecke der Pestalozzistraße).
 Sprechzeit: 9-7 Uhr, Sonntags 9-1 Uhr.

Gastspiel-Theater
 Köpenicker Straße 68. 8 1/2 Uhr:
Gastspiel Hedwig Lange.
Der Hüttenbesitzer.
 9285

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis
 Landsberger Viertel, Bezirk Nr. 359.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse der Gastwirt **Gustav Kirschnick** Weidenweg 85 gestorben ist. 215/14
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Königlichen Kirchhofes in Weihensee aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
 Am 8. Februar starb plötzlich im Alter von 61 Jahren unser Mitglied, der Zimmerer **G. Kirschnick.**
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Königlichen Kirchhofes in Weihensee, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 9325 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.
Nachruf.
 Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Steinmetz **Hermann Friedrich** (15. Bezirk) am 8. Februar freiwillig aus dem Leben geschieden ist.
 Ehre seinem Andenken!
 934/6 **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Ortsverwaltung Berlin 2.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Refektorbeiter **Otto Bergunde** am Sonntag, den 6. d. Mts., im Alter von 50 Jahren gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Galgalha-Gemeinde-Friedhofes, Barfußstraße aus statt.
Verwaltung 2.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines geliebten Vaters, unseres guten Vaters sprechen wir hiermit allen Verwandten, Freunden, Kollegen und Bekannten sowie dem Leserverein „Einigkeit“ unseren herzlichsten Dank aus.
 9305
Frau Anna Griebel und Kinder.
Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer innigstgeliebten Mutter **Hedwig Schwerdtner** sagen wir allen Verwandten, Kollegen, Genossen und Bekannten, insbesondere dem Senefelder-Gesangverein und den Kollegen der Firma Maisonbach, Riff & Co. unseren herzlichsten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
Bernh. Schwerdtner nebst Kindern.
 9285

Unserem Bezirksleiter **Emil Klein** die herzlichsten Glückwünsche zum Geburtstag! Ein dreifach domnendes Hoch!!!
 Bezirk 7, Ziegel.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Götlicher Viertel, Bezirk Nr. 166.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler **Louis Klopsch** Mariannenstr. 8 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstr. 11, aus statt.
 215/15 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis
 Götlicher Viertel, Bezirk Nr. 225, Teil II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler **Hermann Schulz** Magdiner Straße 19 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 215/16 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.
 Am 6. d. M., nachmittags 4 Uhr, starb nach kurzem Krankenlager unser treuer Kollege, der Tischler **Hermann Schulz.**
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Kollegen der Tischlerei **H. Kühn, Lützen-Wer 12.**
 Die Beerdigung findet morgen, Donnerstag, den 11. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Louis Klopsch** am 7. Februar gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 10. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Hermann Schulz** am 6. Februar gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Gustav Sand** am 6. Februar gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 10. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 79/19 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.
 Zweigverein Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 7. Februar der Kollege **Friedrich Mielke** (Brauerei Vahnenhof, Alt. II.) verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung erfolgt heute, Mittwoch, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Charlottenburg, Büstenbrunner Weg.
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die so schöne Kranzpende bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes **Franz Noster** sagen allen Freunden und Kollegen herzlichsten Dank.
 9285
Franz Noster u. Frau.

Junge Mädchen, welche in England, können aufgenommen werden im Deutschen Mädchenheim, 8 Sandsteig Gardens, London. Wäh. erst d. Vorstand.

Die belgischen Gewerkschaften über das Genter System.

Ein Genter Genosse schreibt uns:

Mit Rücksicht auf den zurzeit roge besprochenen Plan einer gemeindlichen Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit auf der Grundlage des Genter Systems in Berlin dürfte es angebracht sein, an dieser Stelle einige Worte über die Erfahrungen zu sagen, die mit diesem System dort gemacht worden sind, wo es am längsten funktioniert und seine weitergehende Ausbildung erfahren hat, nämlich in Belgien und insbesondere in Gent selber. Um so mehr, als auf dem jüngsten belgischen Gewerkschaftskongress, der zu Weihnachten 1908 in Brüssel tagte, diese Frage ausführlich behandelt worden ist und einen interessanten Meinungsaustausch veranlaßt hat.

Wir wollen dabei, obwohl das Genter System zurzeit in fast allen wichtigen Städten Belgiens eingeführt worden ist, speziell die Genter Verhältnisse im Auge behalten, die in jeder Beziehung für das übrige Belgien als typisch gelten können. Die Genter Erfahrungen erstrecken sich übrigens auf den längsten Zeitraum, unterscheiden sich jedoch sonst nicht von denen, die in den anderen Städten gemacht worden sind. Auf die Genter Einrichtungen selber einzugehen, halten wir für überflüssig, nachdem sie bereits im „Vorwärts“ und im „Correspondenzblatt der General-Kommission“ in ihren Grundzügen, in der wenigstens den Spezialisten bekannten Denkschrift der Reichstags-Kommission sogar recht ausführlich geschildert worden sind. Wir wollen lediglich die Erfahrungen und die Ansichten der belgischen und Genter gewerkschaftlich tätigen Genossen über das System wiedergeben, ohne jedoch für die deutschen oder Berliner Verhältnisse irgendwelche unmittelbare Schlussfolgerungen zu ziehen.

Denn schon das Prinzip des Genter Systems als eine gemeindliche Einrichtung muß völlig verschieden bewertet werden, je nachdem man sich auf den Standpunkt der deutschen oder der belgischen Gewerkschaften stellt. Für letztere war wenigstens zu der Zeit, wo das Genter System eingeführt wurde, die örtliche Grundlage die einzig praktisch mögliche, weil die belgischen Gewerkschaften im Gegensatz zu den deutschen damals noch ganz auf lokalistischer Grundlage standen und zum größten Teile heute noch stehen. Wie sich inzwischen infolge der Entwicklung der belgischen Gewerkschaften ihr Standpunkt gegenüber der behördlichen Arbeitslosenunterstützung geändert hat, werden wir bei der Erörterung der Verhältnisse des jüngsten belgischen Gewerkschaftskongresses sehen. Soviel aber muß festgehalten werden, daß die gemeindliche Unterstützung zu der Zeit ihrer Einführung deswegen möglich und allein möglich war, weil auch die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung bloß örtlich, und zwar von dem einen zum anderen Orte sehr verschieden geregelt war.

Abgesehen aber von dieser prinzipiellen Seite der Frage sind es vor allem drei Punkte in der praktischen Durchführung des Genter Systems, die zu Bedenken und Schwierigkeiten verschiedener Art den Anlaß bieten und auch in Gent geboten haben.

Da ist zunächst die überaus wichtige Frage, ob und wie die behördliche Arbeitslosenunterstützung jenen Arbeitern zugute kommen soll, die überhaupt keiner oder keiner der Unterstützungskasse angegliederten Organisation angehören. In Gent hat man bekanntlich, und zwar einfach damit nicht die ganze Einrichtung an dem Widerstande der Unternehmer und der bürgerlichen Ratmehrheit scheitern, eine Regelung mit der Postparafise getroffen, die den nicht organisierten Arbeitern dieselben Rechte auf die gemeindliche Unterstützung gewährt, als ihren organisierten Kollegen, wenn sie anstatt einer Organisation beizutreten, durch individuelles Sparen sich gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit versichern, und zwar auf folgende Art, die im Artikel des Genossen P. D. im „Vorwärts“ vom 1. November 1908 nicht ganz zutreffend geschildert wurde: Jeder Arbeiter, der ein Postparafisenbuch besitzt und sich beim Sekretär des Gemeindefondsausschusses (in der Arbeitsbörse) eintragen läßt, bekommt dort nach einer Karenzzeit von 3 Monaten denselben Zuschuß auf seine Rückforderungen im Falle der nachgewiesenen Arbeitslosigkeit, als die gewerkschaftlich Organisierten. Die Kontrolle über die Richtigkeit der Angabe der Arbeitslosigkeit wird durch tägliches Einzeichnen auf einer Liste in der Arbeitsbörse sowie durch persönliches Nachforschen durch den von der Arbeitsbörse angestellten Kontrolleur, unter Umständen auch durch die Polizei, besorgt.

Um die Unternehmer zu befriedigen und sie davon zu überzeugen, daß die Arbeit nicht sei, einen Druck auf die Arbeiter auszuüben, damit sie sich gewerkschaftlich organisierten, um der Vorteile des Gemeindefonds teilhaftig zu werden, wurde besonders im Januar 1902, wo die Sparversicherung in Kraft trat, durch den Fondsausschuß eine besonders lebhaft Agitation durch Plakate, Zeitungsartikel usw. geführt, um die nicht organisierten Arbeiter auf sie aufmerksam zu machen. Trotz dieser Agitation und den geradezu verlockenden Bedingungen fanden sich im Jahre 1902 nur drei Sparere, die sich eintragen ließen. 1904 stieg die Zahl auf 12, die im ganzen auf 204 Francs Rückforderungen 180 Francs Zuschuß bekamen. 1905 finden wir dieselben 12 Sparerpostel zurück, neben ihnen bestehen aber 1904 zwei, 1905 drei Sparvereine mit insgesamt 300 Mitgliedern, die der Sparkasse 1904 3294 Francs, 1905 4122 Francs entnahmen, worauf sie 1904 2439 Francs, 1905 2021 Francs Zuschuß bekamen. Das macht pro Kopf im Durchschnitt 1904 9,42 Francs, 1905 8,48 Francs jährlichen Zuschuß, während die Organisierten im Durchschnitt pro Kopf 1904 1,58 Francs, 1905 2,11 Francs Zuschuß erhielten.

Diese Zahlen, die wir leider nur bis 1905 angeben können, weil der dreijährige Bericht über 1906 bis 1908 noch nicht erschienen ist, reden Bände über die „Vorzüglichkeit“ dieser Sparvorrichtung. Denn zunächst beweist die lächerlich geringe Zahl der individuellen Sparere, daß die Arbeiter, die nicht aufgeklimmt genug sind, um die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu begreifen, auch nicht das nötige Quantum Intelligenz und Voraussicht besitzen, um sich individuell, wenn auch unter so günstigen Bedingungen, wie die in Gent gebotenen, zu versichern. Zweitens aber beweist das Aufkommen von Vereinen von Spareren, die für ihre Mitglieder Zuschüsse erwirken, die vier- und fünfmal höher sind als die der gewerkschaftlich Organisierten, daß die Unterstützung der Sparere dem Betrag und dem Schmarotzertum bloß die Tür öffnet. Denn zu diesem Ergebnis kam die Verwaltungs-Kommission, als sie 1905, durch die obigen Zahlen fähig gemacht, eine gründliche, außerordentlich schwierige Enquete im Schneider-Gewerbe unternahm, in dem sich die Mitglieder dieser Sparvereine fast ausschließlich rekrutierten. Das Ergebnis dieser Enquete, die auch für die Arbeiterverhältnisse der Schneider recht interessantes Material ans Licht brachte, wurde in einem gedruckten Be-

richt niedergelegt und bot den Anlaß zur Einführung von besonderen Bestimmungen für die Schneider, wonach sie nur für diejenigen Tage der Woche Zuschuß erhalten können, die über den dritten Tag der Arbeitslosigkeit hinausgehen. Auch wurden die als völlig ungenügend erkannten Kontrollmaßnahmen für die Hausindustrie erheblich verschärft, und im allgemeinen dem Fondsausschuß das Recht zugehoben, die Höhe der Zuschüsse für die Sparere nach eigenem Gutdünken festzusetzen. Seit jener Zeit machen denn auch diese Sparvereine keine besonderen Fortschritte mehr; Anfang 1908 waren ihrer 4 mit 100 Arbeitslosen jährlich angeschlossen. Sogar die eifrigsten Anhänger der Sparunterstützung mußten demnach gestehen, daß ihr System sich nicht weniger als glänzend bewährt habe.

Eine weitere wichtige Frage ist die, inwiefern aus der Kontrolle der Behörde über die Funktionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung für die Gewerkschaften Unannehmlichkeiten oder Gefahren entstehen können. Diese Frage wurde in Gent in durchaus befriedigender Weise gelöst. Die Technik des ganzen Unterstützungsverfahrens ist überhaupt sehr einfach: Die Gewerkschaft zahlt dem Arbeitslosen mit ihrer Unterstützung zugleich den von ihr berechneten Gemeindefondszuschuß aus; am Ende jedes Monats bringt der Gewerkschaftssekretär auf einem gedruckten und sehr einfach disponierten Formular die Liste der Auszahlungen mit den Namen der unterstützten Mitglieder, der Anzahl der Arbeitslosigkeitstage, dem Betrag der gewerkschaftlichen Unterstützung und des darauf ausgezahlten Zuschusses; letzterer wird ihm dann zurückbezahlt. Die Verwaltung des Fonds wird von den Beamten der Arbeitsbörse besorgt und erfordert nur etwa 1000 Franc im Jahre. Da natürlich die Gewerkschaften selber in erster Linie an der Kontrolle über die Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder interessiert sind, so hat sich die Kontrolle des Gemeindefonds hauptsächlich auf das Gebaren der Gewerkschaften selbst zu erstrecken. Ein Beamter der Arbeitsbörse erfüllt dazu im Nebenamt die Funktion eines Kontrolleurs. Er allein hat das Recht, zu jeder Zeit Einsicht zu nehmen in die Bücher der Gewerkschaften, natürlich aber nur insoweit, als sie sich auf die Arbeitslosenunterstützung beziehen. Die Resultate seiner Nachforschungen darf er den Fondsausschussmitgliedern berichten, diese müssen sich jedoch unter Eid verpflichten, niemand etwas darüber mitzuteilen. Eine Verschärfung dieser Kontrolle wurde im Mai 1907 durch Einführung eines ziemlich komplizierten Systems von Kontrollsystemen vorgenommen, die die gegenseitige Ueberwachung der Gewerkschaften verschiedener Richtung, der Sparvereine und der Gemeindefonds sichern soll. Bis jetzt hat alles vorzüglich geklappt und haben sich keine Mißstände oder Unannehmlichkeiten ergeben.

Es hat sich jedoch in Gent gezeigt, daß die Gefahr einer Beeinflussung der Gewerkschaften im bürgerlichen Sinne mit dem Genter System in anderer, und zwar in zweifacher Beziehung vorhanden ist. Erstens werden die Gewerkschaften veranlaßt, ein nach der Ansicht vieler gewerkschaftlich tätigen Genossen, im Verhältnis zu den sonstigen Aufgaben der Gewerkschaften und den zu ihrer Erfüllung vorhandenen Mitteln zu großes Gewicht auf die Arbeitslosenunterstützung zu legen. Daher die Gefahr einer Schwächung des Kampfes, zahlreicher Streitigkeiten mit den Mitgliedern wegen materieller Interessen, und die unter Umständen unangenehme Folgen der Vermehrung des Beamtenstandes der Gewerkschaft, die wegen des erheblichen aus der Arbeitslosenunterstützung entstehenden Arbeitszuwachses nicht ausbleibt. Das sind allerdings Nachteile, die weniger oder mehr mit der Ausdehnung des Unterstützungsverfahrens überhaupt zusammenhängen und die außerdem gefährlich zu sein, sobald ihre Gefährlichkeit von den Betroffenen erkannt wird, was in Gent glücklicherweise der Fall ist.

So haben im Jahre 1906 die Vertreter der Genter sozialistischen Gewerkschaften im Gemeindefondsausschuß aus diesen Bedenken heraus mit Erfolg alle Vorschläge bekämpft, die eine weitere Ausdehnung der Arbeitslosigkeitunterstützung (wie im Falle der Stundenarbeitslosigkeit, der Arbeitslosigkeit an einem Tage in der Woche usw.) bezweckten.

Außerdem liegt eine Gefahr darin, daß die Gewerkschaften ein materielles Interesse daran haben, sich die Gunst der bürgerlichen Gemeindevormaltungen zu erhalten, etwa um die Vorteile der gemeindlichen Unterstützung nicht zu verlieren. So ist es in Gent in den Jahren 1905 und 1906 vorgekommen, daß infolge eines sehr scharfen Kampfes der sozialistischen Fraktion gegen die liberale Gemeinderatsmehrheit die Möglichkeit eine Zeilung sehr nahe lag, daß die Subvention vom Gemeinderat verweigert werde, wodurch natürlich in erster Linie die sozialistischen Gewerkschaften getroffen worden wären. Die Vertreter der letzteren erklärten jedoch, in diesem Falle würde die Arbeitslosenunterstützung samt des gemeindlichen Zuschusses aus der Gewerkschaftskasse weiter bezahlt werden und das wäre auch zweifellos geschehen. Dieser Fall zeigt jedenfalls, daß, wenn auch bei einem genügend ausgeprägten sozialistischen Bewußtsein praktisch nachteilige Konsequenzen sich daraus nicht ergeben können, die Gefahr einer Beeinflussung der Gewerkschaften durch die sie subventionierenden bürgerlichen Gemeindevormaltungen besteht und ins Auge gefaßt werden muß.

Die belgischen Gewerkschaften haben stets diese Nachteile des Systems gern mit in den Kauf genommen und trotzdem für die Durchführung des Genter Systems in allen Gemeinden gewirkt. In letzter Zeit hat sich nun aber in belgischen Gewerkschaftskreisen eine gewisse Reaktion geoffenbart gegen die anfängliche fast unbedingt günstige Beurteilung des Genter Systems. Auf dem jüngsten Gewerkschaftskongress, dem ersten, worauf eine einigermaßen gründliche Besprechung der Frage stattfand — man hatte sich bis dahin meist auf debattierlose Annahme von sympathischen Resolutionen beschränkt —, trat diese Tendenz in dem Referat des Genossen Troclet, Lüttich zutage. Dieser stellte dem Genter System jenes der Provinz Lüttich entgegen. Hier ist es die von einer radikal-sozialistischen Mehrheit beherrschte Provinzialverwaltung, die die örtlichen und provinziellen Gewerkschaftsorganisationen aller Richtungen durch feste jährliche Zulagen unterstützt, deren individuelle Verwendung — natürlich aber nur für den Zweck der Arbeitslosenunterstützung — dann ihnen überlassen bleibt. Die Subvention wird zur Hälfte nach dem Maßstabe der im Laufe des Jahres von der Gewerkschaft ausbezahlten Unterstützung, zur anderen Hälfte nach den von ihren Mitgliedern für die Arbeitslosigkeitsklasse insgesamt entrichteten Beiträgen verteilt. Dieses System, sagte Genosse Troclet, habe in viel höherem Maße dazu beigetragen, die Gewerkschaften zu entwickeln, als das Genter. Für letzteres hätten die Genossen, die für seine Verwirklichung gekämpft haben (selbstverständlich mit Ausnahme der Bestimmungen zugunsten der Sparere), sich gar zu sehr begeistert. Es sei keineswegs sozialistisch, wie man vielfach behauptet habe, sondern im Grunde durchaus bürgerlich-individualistisch, während das Lütticher System auf dem Prinzip der kollektiven Unterstützung beruhe. Vor allen Dingen wandte Genosse Troclet gegen das Genter System ein, daß es durch seine örtliche Beschränkung auf einige größere Gemeinden den Ausbau der provinziellen und nationalen Gewerkschaftskassen

hemme und den Arbeiter künstlich an seinen Wohnort fessele, denn er habe im Falle der Arbeitslosigkeit wegen der erhöhten Unterstützung kein großes Interesse daran, anderwärts, wo die Arbeitslosigkeit günstiger sei, Arbeit zu suchen. Dagegen komme die kollektive Unterstützung der Gewerkschaften durch Staat, Provinz und Gemeinde dem Ideale der Arbeiterpartei — der allgemeinen obligatorischen Versicherung durch den Staat mit Hilfe der übrigen öffentlichen Verwaltungskörperschaften — viel näher. Ueberall solle also vielmehr die kollektive Subvention nach dem Lütticher Prinzip erstrebt werden.

In der Debatte sprachen die meisten Delegierten sich im Sinne Troclets aus. Die Genter Delegierten bezeichneten die Frage als ungenügend geklärt und verlangten ihre Besprechung auf einem außerordentlichen Kongresse. Sie blieben jedoch in der Minorität und die Resolution Troclet wurde mit großer Mehrheit angenommen. Sie verlangt in ihrem entscheidenden Teile:

„Jährliche Subventionen der gewerkschaftlichen (örtlichen, provinziellen und nationalen) Einrichtungen zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit durch die öffentlichen Gewalten. Diese Subventionen sollen nach einem kollektiven, nicht aber nach einem individuellen Maßstabe ausbezahlt werden. Der Kongress fordert alle Genossen auf, in dieser Richtung je nach den örtlichen Umständen aber stets im Interesse der Entwicklung der Organisationen zu wirken.“

Dieser Verlauf der Debatte ist deswegen interessant, weil er den Wandel der Anschauungen beleuchtet und widerspiegelt, der sich im Laufe der letzten drei Jahre in der belgischen Gewerkschaftsbewegung vollzogen hat im Sinne der Entwicklung vom Lokalismus zur Konzentration in Industrierestriktionen. Nachdem ein immer größerer Teil der belgischen Gewerkschaften den Weg dieser Entwicklung zum Zentralverband eingeschlagen hat, kann sie auch das Genter System vor allem wegen seiner örtlichen Beschränktheit nicht mehr befriedigen, ihr stetes Fortschreiten wird auch die Provinzialverwaltungen und den Staat zu immer größeren Konzessionen auf diesem Gebiete zwingen, das Genter System wird nicht mehr als eine ungenügende Lösung empfunden werden.

Verfammlungen.

Die Vorträge der Genossin Jeklin

bei Keller, deren erster für Montag, den 8. Februar, angekündigt war, konnten leider an diesem Tage nicht begonnen werden. Die Genossin Hofmann den Verammelten mitteilte, war Genossin Jeklin bedauerlicherweise im Laufe des Tages erkrankt, daß sie unmöglich erscheinen konnte. Voraussichtlich wird sie ihre Vortragssolge am nächsten Montag beginnen. Sollten Änderungen eintreten, so erfolgt darüber im „Vorwärts“ eine Bekanntmachung. Die Kunde von der Erkrankung unserer Genossin löste bei den Verammelten allgemein ein Gefühl lebhaftesten Bedauerns aus.

Die Generalversammlung der „Freien Volksschule“ für das erste Winterquartal fand am 28. Januar im Gewerkschaftshaus statt. Den Abend eröffnete ein mit starkem Beifall angenommener Vortrag von Heinrich Schulz über Rechte. — Darauf erstattete der Vereinsvorsitzende Konrad Schmidt den Geschäftsbericht für das verlossene Winterquartal 1908. Im neuen Schauspielhaus wurden in dieser Saison in den Sonntagsvorstellungen des Vereins gespielt: Wolgogens „Kinder der Erzengel“, „Julius Caesar“ von Shakespeare und Sardous Komödie „Kabogas“; im Lessing-Theater: Hauptmanns „Verunkelte Glode“; im Thalia-Theater: „Teuclum“ von Rosmer; im Hermsfeld-Theater haben die Aufführungen des „Probendebüt“ von Dreher begonnen. In Aussicht genommen sind im neuen Schauspielhaus „Rachschal“ von Gorki und im Thalia-Theater ein bisher in der Volksschule noch nicht gespielter Angenruber: „Der Fried auf der Erde“. Mit den Kaufabenden hat man in dieser Saison pausiert. Das Winterfest erzielte einen guten Erfolg. Am 22. Februar wird der Verein einen humoristischen Abend mit Karoal Salzer veranstalten. Die Theaterverträge für die kommende Saison sind bereits abgeschlossen. Zu den früheren Bühnen hat man, um eine Erweiterung des Vereins zu ermöglichen, für eine Serie das Residenztheater hinzugenommen. — Den Kassenbericht erstattete Winkler. Das Quartal schließt bei einer Einnahme von 4264 M. und einer Ausgabe von 3723 M. mit einem Bestande von 5400 M. — In der Diskussion über den Geschäftsbericht greift Meng den Ausschuß wegen der Aufführung des „Kabogas“ an, da diese Komödie ein Tendenzstück gegen die Arbeiterbewegung sei. Auch tadelt er den Vertragsabschluss mit dem Residenztheater, in dessen Repertoire der Verein schwerlich etwas Gecignetes finden werde. Der Leiter der Verammlung, Waake, weist die Angriffe als unbegründet zurück. Man solle der Satire gegenüber doch nicht so empfindlich sein; im übrigen richte sich „Kabogas“ ja gar nicht gegen den modernen Sozialismus, der 1872, zur Zeit, als die Komödie geschrieben wurde, noch in den Kinderschuhen stecke, sondern gegen die Revolutionspielerei eines radikal tuenden Kleinbürgertums. Adolf Hoffmann hält die Aufführung gleichfalls für bedenklich. Es gäbe Mitglieder, auf die sie hätte verwirrend wirken können. Zubeil wendet sich gegen die Angriffe. Er sei für volle Freiheit der Satire und meine, daß auch die Mitglieder derselben lernen sollten. — Winkler begründete darauf den Antrag des Vorstandes, wonach der Beitrag auf monatlich 1 M. erhöht, der Augustbeitrag dagegen auf 60 Pf. ermäßigt werden soll, wodurch im ganzen der jährliche Mitgliedsbeitrag um 40 Pf. steigen würde. Dieser Zuschlag sei infolge der stetig steigenden Ausgaben für Bühnenmiete und Autorenhonorare unumgänglich. Er sei knapp bemessen und sehe voraus, daß es der Agitation der Vereinsmitglieder gelingen werde, die zwei neu einzurichtenden Abteilungen im nächsten Jahre rechtzeitig zu füllen. In der Diskussion befürworteten Hoffmann, Zubeil, Mayer, Luder, daß der Beitrag für August, wo keine Vorstellung stattfindet, überhaupt zu beseitigen sei. Dafür solle man lieber den Beitrag in den anderen Monaten auf 1,10 M. erhöhen, wodurch der Vorstand zugleich pro Jahr und Mitglied 40 Pf. mehr, als er in seinem eigenen Antrag forderte, erhalten würde. Waake und die Obleute Carl und Zwanzig treten für die unveränderte Annahme des Vorstandsantrages ein. Das Ausschußmitglied Robert Schmidt erklärt sich für den Hoffmann-Zubeilschen Vorschlag. Um ein zu spätes Einlaufen der Septemberbeiträge zu verhindern, genüge es, die Bestimmung mit aufzunehmen, daß dieselben bis zum 15. September von den Mitgliedern einzuzahlen seien.

Die Abstimmung ergibt, daß die Verammlung einstimmig für Erhöhung der Beiträge ist. Gegen 35 Stimmen wird der Hoffmann-Zubeilsche Antrag mit dem Robert Schmidtschen Amendement angenommen. Der Augustbeitrag fällt also künftig fort. Der monatliche Beitrag wird auf 1,10 M. und dementsprechend der für die Mitglieder in den Abendabteilungen auf 1,30 M. erhöht. Der Vorstand hat das Recht, bei günstigem Kassenbestande Ermäßigungen vorzunehmen. Waake schloß die Verammlung mit dem Appell an die Mitglieder, eifrig für die neuen Abteilungen zu werden.

